



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Sebastian Franz, Stefan Rößle, Alexander Dobrindt, Carmen Pepiuk, Hannelore Langwieser und Katrin Albsteyger. Bild: GZ

## KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

# Kommunale CSU-Schwerpunkte im Deutschen Bundestag

Alexander Dobrindts Befund war ebenso klar wie schonungslos: Die Ampelregierung sei inzwischen eine Gefahr für die Stabilität des gesamten politischen Systems und „Teil der strukturellen Probleme“ in Deutschland. Da die finanziellen Spielräume fehlten, sei die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr, unterstrich der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag im Rahmen der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Unter der Leitung des Vorsitzenden Landrat Stefan Rößle forderte Dobrindt eine „dramatische Kurskorrektur“.

„Die Kosten dürfen nicht aus dem Ruder laufen“, forderte der Landesgruppenchef. Gerade im sozialen Bereich würden immer mehr und höhere Ansprüche geschaffen. Die Ausgaben für soziale Leistungen, insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe, sowie die Integration von Flüchtlingen seien stark gestiegen. Allein zwischen 2019 und 2022 erhöhten sich die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe um über 110 Millionen Euro auf rund 1,14 Milliarden Euro.

## Zunehmende Aufgaben, steigende Ausgaben

Die zunehmende Aufgabenbelastung führt dazu, dass die Personalausgaben von 2018 bis 2023 um etwa 530 Millionen Euro gewachsen sind, was einer Steigerung von 35 Prozent entspricht. Mit über 5 Milliarden Euro allein im 1. Halbjahr 2024 erreichte das kommunale Finanzierungsdefizit einen neuen Ne-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

## Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

## Kommunale Spitzenverbände:

# Beschluss der MPK weist in die richtige Richtung

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen in einer gemeinsamen Erklärung, dass die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten einen wichtigen Beschluss zu den Kommunen als Basis der demokratischen Gesellschaft gefasst hat. „Städte, Landkreise und Gemeinden sind die Orte, an denen die Bürgerinnen und Bürger den Staat und die Demokratie erleben. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sie finanziell handlungsfähig sind und in die Entscheidungen von Bund und Ländern einbezogen werden, um gute und umsetzbare Gesetze zu schaffen“, erklärten die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände Oberbürgermeister Markus Lewe (Deutscher Städtetag), Landrat Dr. Achim Brötel (Deutscher Landkreistag) und der Vizepräsident Bürgermeister Ralph Spiegler (Deutscher Städte- und Gemeindebund).

Besonders die prekäre Finanzlage der Kommunen muss durch eine höhere Steuerausstattung verbessert werden. Zudem müssen eine vollständige Kostenerstattung für übertragene Aufgaben nach dem Konnexitätsgrundsatz sowie eine Vereinfachung und Entbürokratisierung der Förderprogramme zu einer Verbesserung beitragen. „Wir begrüßen diese Ansätze, dürfen aber dabei nicht stehenbleiben. Die Finanzprognosen zeigen sehr deutlich, dass die Kommunen dringend finanziell besser ausgestattet werden müssen, wenn sie handlungsfähig bleiben sollen. Wir erwarten, dass Bund und Länder dies erkennen und die Kommunalfinanzen strukturell dauerhaft stärken“, so die Präsidenten.

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten betonen die Potenziale der Digitalisierung für mehr Bürgernähe und effizienteres Verwaltungshandeln. Diese Chancen müssen genutzt werden. Es muss gelingen, bei der Digitalisierung im Bundesstaat mehr Fahrt aufzunehmen und damit nicht nur die Städte, Landkreise und Gemeinden, sondern auch den Standort Deutschland insgesamt zu stärken. □

## Füracker zum kommunalen Finanzausgleich:

# 2025 – knapp 12 Milliarden Euro für Bayerns Kommunen

Die Bayerische Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände haben sich im Spitzengespräch auf einen kommunalen Finanzausgleich 2025 in Höhe von 11,98 Milliarden Euro geeinigt.

Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 608,6 Millionen Euro für Bayerns Kommunen. „Gemeinsam

haben wir auch in diesem Jahr einen fairen Kompromiss erzielt. Die Verhandlungen waren schwierig, aber allzeit von großem gegenseitigem Respekt geprägt, um akzeptable Lösungen zu finden“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker während einer Pressekonferenz in München.

## Die Lage bleibt sehr ernst

Die Ausgangslage sei aufgrund von riesigen prognostizierten Steuermindereinnahmen sowohl beim Freistaat wie auch bei den Kommunen und gleichzeitig enormen Kostensteigerungen äußerst schwierig gewesen. Die bayerischen Kommunen erhalten im Jahr 2025 insgesamt 11,98 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich. „Wir zeigen damit, dass der Freistaat Bayern, insbesondere vor dem Hintergrund der schwachen Steuerentwicklung, auch in herausfordernden Zeiten als zuverlässiger Partner fest an der Seite seiner Kommunen steht. Die finanzielle Lage unserer Kommunen ist und bleibt weiterhin ernst – sehr ernst. Sie haben mit stetig wachsenden Ausgaben und steigender Bürokratie zu kämpfen. Der Bund entwickelt immer wieder neue Ideen für hohe Standards, Leis-

## Bayerischer Gemeindetag in Veitshöchheim:

# Deregulierung und Bürokratieabbau

Die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden sowie die scheinbar nicht einzudämmende Bürokratie standen im Mittelpunkt der diesjährigen Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags in Veitshöchheim. Hans-Peter Mayer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes, formulierte die Sorgen und Nöte der bayerischen Kommunen und forderte einen „neuen Gesellschaftsvertrag“. Der Staat werde sich nicht mehr alles leisten können, was sich die Bevölkerung wünscht. Darüber müsse gesprochen werden.

Zwei Tage spannender Begegnungen und intensiver Gespräche zeigten, dass Staat und Kommunen die großen Aufgaben der Zukunft nur gemeinsam bewältigen können. Darüber waren sich die rund 120 Rathaushäuser sowie eine große Zahl an Ehrengästen aus Politik, Verwaltung, Regierungen, Ministerien, Verbänden und Wirtschaft aus ganz Bayern einig.

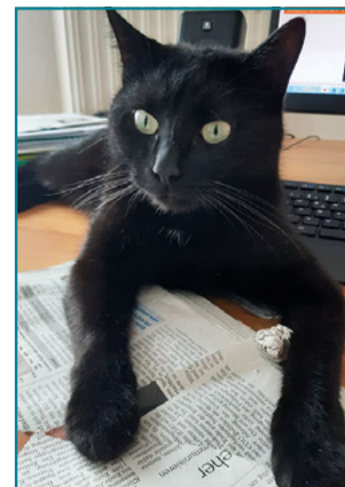
## Desolate Politik der Bundesregierung

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hatte zwar wie erwartet keine Geldgeschenke dabei, machte aber deutlich, dass man die kommunalen Belange ernst nehme und im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen aufeinander zuge-

hen werde. Auch wies Füracker darauf hin, dass die vielfältigen Herausforderungen der Kom- (Fortsetzung auf Seite 4)



Bayerns Finanzminister Albert Füracker gemeinsam mit Hans-Peter Mayer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags. □



Angesichts der horrenden Summen, die von der Politik mittlerweile gefordert werden, mutet er schon etwas aus der Mode gefallen an: der Weltpartag, der dieses Jahr zum 100. Mal stattfindet. Unser Rathauskater Pino will ihn aber hegen, achten und mit Finanzbildung ergänzen, denn „Sparsamkeit ist die Basis allen Wirtschaftens.“ Seite 19

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Alarmstufe Rot beim Finanzgipfel	2
Erwachsenenbildung – unverzichtbar für die Gesellschaft	2
J. Herrmann: Gefahr durch Erosion demokratischer Grundsätze	2
GZ-Podcast: Wohnbauquartiere nach ESG-Kriterien	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunalfinanzen: Zeit für kraftvolle Entscheidungen	3
Bayerischer Innovationspreis Ehrenamt 2024	3
Kommunale Bauthemen	5 - 11
Kommunaltechnik • Wald • GaLaBau	11 - 13
Digitalisierung • e-Government • Breitband	14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20



V.l.: LR Franz Löffler, Lkr. Cham, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, LR Stefan Rößle, Lkr. Donau-Ries, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen, LR Sebastian Gruber, Lkr. Freyung-Grafenau, Erster Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, LR Thomas Karmasin, Lkr. Fürstfeldbruck, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Josef Zellmeier, MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag, Florian Streibl, MdL, Vorsitzender der FREIE WÄHLER-Landtagsfraktion, Staatssekretär a.D. Roland Weigert, MdL.

Bild: Bayerischer Landkreistag

[Bayerische Landräte reden mit Regierungsfractionen:](#)

## Alarmstufe Rot beim Finanzgipfel

Landkreise fordern Unterstützung vom Freistaat Bayern

Die finanzielle Situation der Landkreise in Bayern hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Die bayerischen Landräte haben deswegen im Hofbräu Keller in München einen Krisengipfel zu den Kommunalfinanzern mit den Mitgliedern der CSU-Landtagsfraktion und der Fraktion Freie Wähler abgehalten. Angesichts steigender Ausgaben in nahezu allen Aufgabengebieten fordern die Landkreise eine substantielle Aufstockung der finanziellen Mittel durch den Freistaat, um ihre grundlegenden Aufgaben weiterhin erfüllen zu können.

Die Hauptursachen für die Schieflage der Kreisfinanzen sind klar: Die Ausgaben für soziale Leistungen, insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe, sowie die Integration von Flüchtlingen sind stark gestiegen. Allein zwischen 2019 und 2022 erhöhten sich die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe um über 110 Millionen Euro auf rund 1,14 Milliarden Euro. Die zunehmende Aufgabenbelastung führt dazu, dass die Personalausgaben von 2018 bis 2023 um etwa 530 Millionen Euro gewachsen sind, was einer Steigerung von 35 Prozent entspricht. Mit über 5 Milliarden Euro alleine im 1. Halbjahr 2024 erreichte das kommunale Finanzierungsdefizit einen neuen Negativrekord.

### Defizitausgleiche

Zusätzlich belasten Defizitausgleiche, insbesondere bei Krankenhäusern und im öffentlichen

Personennahverkehr (ÖPNV), die Kreishaushalte enorm. Die Landkreise haben in den Jahren 2021 bis 2023 rund 1,24 Milliarden Euro für ihre Krankenhäuser aufgebracht, wovon ein erheblicher Teil für Defizitausgleiche verwendet wurde.

### „Ein Schlag in das Herz unserer Demokratie“

„Die Kosten laufen uns davon und sind mit kommunalen Mitteln nicht mehr in den Griff zu bekommen. Die Landkreise erledigen die Aufgaben des Freistaates mit kommunalem Personal. Im sozialen Bereich werden immer mehr und höhere Ansprüche geschaffen. Wir können hier nicht weniger ausgeben, weil wir diese Ansprüche kraft Gesetzes erfüllen müssen. Bei der Finanzausstattung ist der Freistaat unser erster Ansprechpartner. Die finanziellen Reserven im Staatshaushalt müssen daher für die Kommunen genutzt werden, ansonsten kostet es uns die kommunale Selbstverwaltung und ist ein Schlag in das Herz unserer Demokratie“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstfeldbruck, einleitend. Landrat Franz Löffler, Cham, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, beim Bayerischen Landkreistag,

bekräftigte: „Im Bundesrat haben die Kommunen keine Stimme. Die Finanzbeziehungen finden zwischen Bund und Ländern statt. Wir müssen uns miteinander die Frage stellen, wie wir mit unserem Sozialstaat umgehen. Leistungen müssen eingegrenzt und dereguliert werden.“

### Neue Negativrekorde

Landrat Stefan Rößle, Donau-Ries, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag: „Die kommunalen Finanzierungssalden erreichen neue Negativrekorde und verdeutlichen die ungebremste Ausgabedynamik. Die bayerischen Kommunen bilden damit das Schlusslicht unter den Flächenländern. Wir brauchen ein tragfähiges Fundament, das sich auf das Notwendige fokussiert. Der notwendige Abbau von Ausgaben und Standards geht aber nicht von heute auf morgen. Wir brauchen einen kräftigen Aufschlag des Freistaats Bayern. Ein kraftvoller kommunaler Finanzausgleich 2025 wäre ein erster Schritt.“

### Forderungen der Landkreise

Der Erste Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Sebastian Gruber, Freyung-Grafenau: „Während der Freistaat bei seiner Politik der Nicht-Verschuldung auf die Verfassung verweisen kann, müssen die Kommunen in den zurückliegenden Jahren weiter in die Schulden gehen. Auch starke Kommunen werden spätestens 2026 enorme Probleme haben, um genehmigungsfähige Haus-

halte aufzustellen.“ Die Landkreise fordern daher:

1. Erhöhung der Schlüsselzuweisungen: Eine angemessene Grundfinanzierung ist notwendig, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen sicherzustellen.
2. Kontinuität anstelle von befristeten Förderprogrammen: Die Kommunen benötigen laufende, nicht zweckgebundene Mittel.
3. Vermeidung weiterer Mehrbelastungen: Der Freistaat muss sicherstellen, dass bundesgesetzliche Änderungen ohne vollen Kostenausgleich nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

Die Landkreise appellieren an die Bayerische Staatsregierung, die finanzielle Ausstattung der Kommunen substantiell zu verbessern und Standards an die Aufgabenerfüllung konsequent abzubauen. „Nur gemeinsam können wir die Lebensqualität in unseren Landkreisen sichern“, heißt es in einer Mitteilung. □

[Zum 50. Geburtstag des Bayerischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung:](#)

## Vielfältige Erwachsenenbildung – unverzichtbar für die Gesellschaft

Einfach zugänglich, inhaltlich hochwertig und erschwinglich – seit Jahrzehnten verfolgt die Erwachsenenbildung in Bayern diesen Ansatz und schafft so nicht nur persönlichen Mehrwert, sondern stärkt auch die Gesellschaft. Ihr Ziel „zur Selbstverantwortung und Selbstbestimmung des Menschen beizutragen“ ist in Artikel 1 des Bayerischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (BayEbFöG) verankert, das der Bayerische Landtag vor 50 Jahren verabschiedet hat.

Das am 1. September 1974 in Kraft getretene BayEbFöG geht zurück auf Artikel 139 der bayerischen Verfassung, welcher besagt, dass Erwachsenenbildung „durch Volkshochschulen und sonstige mit öffentlichen Mitteln unterstützte Einrichtungen zu fördern“ sei. In der Folge kam es 1974 auch zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Erwachsenenbildungsträger in Bayern (AGEB) als Zusammenschluss der großen Erwachsenenbildungs-Organisationen in Bayern, die auf diesem Wege ihre Zusammenarbeit verstetigen und ihre gesellschaftliche Repräsentanz stärken wollten.

### Hohe Nachfrage

„Das BayEbFöG hat ein starkes Fundament für die Erwachsenenbildung in Bayern geschaffen, indem es die Bildungsorganisationen stärkt und ein vielfältiges, flächendeckendes Angebot sichert“, erklärt Margit Fuchs, Geschäftsführerin des Bildungswerks des Bayerischen Bauernverbandes und derzeitige Geschäftsführerin der AGEB. „Allein 2022 investierten die Menschen in Bayern über 251 Jahre Zeit in Bildungsveranstaltungen, mit 2,4 Millionen Teilnehmenden – ein Beleg für die hohe Nachfrage.“

Laut Gesetz sollen Bildungsangebote Gelegenheit bieten, „die in Schule, Hochschule oder beruflicher Aus- und Fortbildung erworbene Bildung zu vertiefen, zu erneuern und zu erweitern.“ Diese Angebote erstrecken sich auf persönliche, gesellschaftliche, politische, sprachliche, gesundheitliche, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und berufliche Bereiche.

### Lernen hört niemals auf

Die Bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Anna Stolz, betont: „Das Lernen hört niemals auf. Die Welt verändert sich und es liegt an uns, die Chancen und Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, zu nutzen und gleichzeitig auch den Herausforderungen zu begegnen. Die Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen und damit auch zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dabei ist sie weitaus mehr als der Erwerb

GZ

GZ-PODCAST

GZ

## „Kommunal: Direkt von der Expo Real“

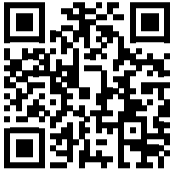
Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeindezeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

[Folge 2: ESG und neue Wohnbauprojekte mit Jana Mrowetz](#)



In der GZ-Podcast-Folge geht es um „Wohnbauquartiere nach ESG-Kriterien“. Mit Jana Mrowetz, CEO des Bauprojektentwicklers GIBE Real Estate, spricht Hof über ihre Idee von so genannten Zero-Energy-Quartieren. Wie muss man sich das gemeinsam mit dem Berliner Architekturbüro Graft entwickelte Modulsystem Urban Cell vorstellen?

Mit diesem energietechnischen und sozialen Immobilienkonzept können Kommunen bezahlbare Wohnquartiere mit dezentraler Energieversorgung errichten. Und das Beste für die Bauträger: URBAN CELL bietet wirtschaftliches Bauen nach ESG-Kriterien mit geringeren Planungs- und Baunebenkosten. [www.gemeindezeitung.de/podcast](http://www.gemeindezeitung.de/podcast) □



[Zum 50. Geburtstag des Bayerischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung:](#)

## Vielfältige Erwachsenenbildung – unverzichtbar für die Gesellschaft

Einfach zugänglich, inhaltlich hochwertig und erschwinglich – seit Jahrzehnten verfolgt die Erwachsenenbildung in Bayern diesen Ansatz und schafft so nicht nur persönlichen Mehrwert, sondern stärkt auch die Gesellschaft. Ihr Ziel „zur Selbstverantwortung und Selbstbestimmung des Menschen beizutragen“ ist in Artikel 1 des Bayerischen Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (BayEbFöG) verankert, das der Bayerische Landtag vor 50 Jahren verabschiedet hat.

Das am 1. September 1974 in Kraft getretene BayEbFöG geht zurück auf Artikel 139 der bayerischen Verfassung, welcher besagt, dass Erwachsenenbildung „durch Volkshochschulen und sonstige mit öffentlichen Mitteln unterstützte Einrichtungen zu fördern“ sei. In der Folge kam es 1974 auch zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Erwachsenenbildungsträger in Bayern (AGEB) als Zusammenschluss der großen Erwachsenenbildungs-Organisationen in Bayern, die auf diesem Wege ihre Zusammenarbeit verstetigen und ihre gesellschaftliche Repräsentanz stärken wollten.

### Hohe Nachfrage

„Das BayEbFöG hat ein starkes Fundament für die Erwachsenenbildung in Bayern geschaffen, indem es die Bildungsorganisationen stärkt und ein vielfältiges, flächendeckendes Angebot sichert“, erklärt Margit Fuchs, Geschäftsführerin des Bildungswerks des Bayerischen Bauernverbandes und derzeitige Geschäftsführerin der AGEB. „Allein 2022 investierten die Menschen in Bayern über 251 Jahre Zeit in Bildungsveranstaltungen, mit 2,4 Millionen Teilnehmenden – ein Beleg für die hohe Nachfrage.“

Laut Gesetz sollen Bildungsangebote Gelegenheit bieten, „die in Schule, Hochschule oder beruflicher Aus- und Fortbildung erworbene Bildung zu vertiefen, zu erneuern und zu erweitern.“ Diese Angebote erstrecken sich auf persönliche, gesellschaftliche, politische, sprachliche, gesundheitliche, kulturelle, religiöse, wirtschaftliche und berufliche Bereiche.

### Lernen hört niemals auf

Die Bayerische Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Anna Stolz, betont: „Das Lernen hört niemals auf. Die Welt verändert sich und es liegt an uns, die Chancen und Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, zu nutzen und gleichzeitig auch den Herausforderungen zu begegnen. Die Erwachsenenbildung leistet hier einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen und damit auch zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dabei ist sie weitaus mehr als der Erwerb

ne oder Prüfungen vorzugeben oder die Freiheit der Lehre einzuschränken.

Diese freiheitliche, plurale Grundausrichtung hält Dr. Christian Hörmann, Vorstand des Bayerischen Volkshochschulverbandes und Vorsitzender des in diesem Gesetz verankerten Landesbeirats der Erwachsenenbildung, für einen entscheidenden Erfolgsfaktor des Gesetzes. „So schaffen wir es, ganz unterschiedliche Milieus niederschwellig anzusprechen. Zugleich dürfen wir aber nicht vergessen, dass diese Zugänglichkeit unserer Angebote nur über die staatliche Förderung erreicht werden kann.“ Um dies aufrecht zu erhalten und die Erfolgsgeschichte des Gesetzes fortzuschreiben, seien in den nächsten Jahren, vor allem angesichts des steigenden Kostendrucks in allen Einrichtungen und den Herausforderungen der Digitalisierung, besondere Anstrengungen auch des Freistaats erforderlich, so Christian Hörmann.

[www.erwachsenenbildung-bayern.de/](http://www.erwachsenenbildung-bayern.de/) □

### Freiheitlichkeit und Pluralität

Schon vor 40 Jahren erklärte der damalige Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier, dass Freiheitlichkeit und Pluralität die tragenden Grundsätze des Gesetzes sind. Die Unabhängigkeit in der Gestaltung der Bildungsarbeit, die Auswahl der Mitarbeitenden und Leitenden sowie das Selbstverwaltungsrecht in der Erwachsenenbildung werden als Wesensmerkmale der Demokratie durch das Gesetz gewährleistet. Der Staat agiert als Förderer – ohne Lehrpläne

### Akademie für Politische Bildung:

## Fachtagung Verfassungspolitik und wehrhafte Demokratie

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: Steigendes Risiko der Erosion demokratischer Grundsätze

„Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie ist heute mehr denn je Auftrag und Ansporn. Eine zunehmende Zahl an Extremisten und Verfassungsfeinden stellt unsere im Grundgesetz manifestierte demokratische Grundordnung oftmals unverhohlen infrage, daher müssen wir uns gegen solche Entwicklungen und Tendenzen wehren“, betonte Bayerns Innen- und Verfassungsmminister Joachim Herrmann bei der Fachtagung „Forum Verfassungspolitik: Wehrhafte Demokratie“ der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Die Gefahr für die Demokratie heutzutage liegt laut Herrmann weniger in einem gewaltsamen Umsturz: „Ich sehe das Risiko der Erosion demokratischer Grundsätze, und zwar durch politische Mehrheiten, die Verfassungsorgane einschränken oder behindern wollen.“ Neben den rechtlichen Instrumenten des Staates sei daher auch die Gesellschaft gefordert. „Jede und jeder Einzelne muss für unsere Werteordnung eintreten und uns gegenüber all denjenigen positionieren, die sie ablehnen“, appellierte der Minister.

Laut Herrmann müsse man das Konzept der „wehrhaften Demokratie“, das im Grundgesetz verankert ist, weiterdenken als lediglich Parteien- und Vereinsverbote sowie die Verwirkung von Grundrechten: „Es ist zentrale Aufgabe eines Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“

Hierfür brauche es wirksame Instrumente, um Gefahrenlagen frühzeitig erkennen zu können. Dass dem wichtigen Informationsaustausch von Verfassungsschutz, Nachrichtendiensten und weiteren Sicherheitsbehörden durch Rechtsprechungen des Bundesverfassungsgerichts immer engere Grenzen gesetzt werden, kritisierte Herrmann:

Zudem müsse auch hinterfragt werden, welche rechtlichen Möglichkeiten ergriffen werden können, um Verfassungsgerichte, Parlamente sowie das Wahlrecht vor Instrumentalisierung und Missbrauch zu schützen. „In den Händen verfassungsfeindlicher Kräfte birgt die Überantwortung der Wahlsystemfragen in der Hand des einfachen Gesetzgebers die Gefahr, dass die jeweilige Regierungsmehrheit das Wahlrecht zum eigenen Vorteil ändert“ warnte der Innenminister. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Nirschl  
Gemeinde Bischofsmais  
am 16.11.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Susanne Hoyer  
Gemeinde Langenbach  
am 8.11.

Bürgermeister  
Franz Xaver Obesser  
Markt Indersdorf  
am 11.11.

Bürgermeister Stefan Reichelt  
Gemeinde Chieming  
am 13.11.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin  
Martina Gaukler  
Gemeinde Staudach-Egerndach  
am 12.11.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Keller  
Gemeinde Grafenrheinfeld  
am 19.11.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

### Bruttoausgaben für Kinder- und Jugendhilfe 2023:

## Steigerung auf über 10,6 Mrd. Euro

Kindertagesbetreuung weiterhin größter Ausgabenposten 2023 wurden in Bayern insgesamt rund 10.645 Millionen Euro für Leistungen und Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe verausgabt. Gegenüber dem Vorjahr (9.730 Millionen Euro) entspricht das einer Steigerung von 9,4 Prozent. Nach Abzug der Einnahmen verbleiben Nettoausgaben von 10.103 Millionen Euro.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, ist die Kindertagesbetreuung mit Ausgaben in Höhe von 8.050 Millionen Euro der größte Posten – davon entfallen 7.916 Millionen Euro auf Kindertageseinrichtungen und rund 134 Millionen Euro auf die Kindertagespflege (+8,2 %).

Zweitgrößter Posten sind Ausgaben für Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, Hilfe für junge Volljährige und vorläufige Schutzmaßnahmen. Diese liegen mit rund 1.700 Millionen Euro ebenfalls über dem Vorjahresniveau (1.505 Millionen Euro).

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, sind von den Bruttoausgaben 5.758 Millionen Euro für Leistungen öffentlicher Träger und 4.886 Millionen Euro als Zuschuss an freie Träger verausgabt worden. Die Nettoausgaben für Einzel- und Gruppenhilfen liegen 2023 bei etwa 2.480 Millionen Euro, für Einrichtungen wurden 7.623 Millionen Euro ausgegeben. Damit wurden rund 75,5 Prozent der Nettoausgaben für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe genutzt. □



Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf (vorne links) verlieh gemeinsam mit der Ehrenamtsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Gabi Schmidt (vorne rechts), den Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt im Schloss Nymphenburg.

Bild: StMAS/Nötel

Bayerischer Innovationspreis Ehrenamt 2024:

## Würdigung kreativer Köpfe

Unter dem Motto „Ehrenamt schafft Zusammenhalt – gemeinsam Zukunft gestalten“ hat Sozialministerin Ulrike Scharf in München den Bayerischen Innovationspreis Ehrenamt 2024 verliehen. „Unsere ehrenamtlich Aktiven sprühen nur so vor Ideen und Engagement. Diese Kreativität wollen wir in besonderer Weise ehren“, unterstrich Scharf. Sechs Preisträgerinnen und Preisträger erhielten jeweils 10.000 Euro in der Kategorie „Innovative Projekte“. In der Kategorie „Neue Ideen“ durften sich fünf Ausgezeichnete über je 3.000 Euro freuen.

In der Kategorie „Innovative Projekte“ wurde „Jugendfeuerwehr trifft Handwerk“ geehrt. Das Projekt der Bezirksjugendfeuerwehr Niederbayern, durchgeführt im Kreisjugendfeuerwehrverband Passau, schlägt beim Thema Nachwuchsgewinnung mehrere Fliegen mit einer Klappe. Bei einem Aktionstag in einem Handwerksbetrieb lernen junge Menschen der Freiwilligen Feuerwehr Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten vor Ort kennen. Gleichzeitig wecken gemeinsame handwerkliche und feuerwehrtechnische Übungen bei den Auszubildenden das Interesse am ehrenamtlichen Engagement in der Feuerwehr.

### Moderne Vereinsführung

Wie viele Vereine hatte ein weiterer Gewinner, der Wintersportverein Patersdorf e. V. im Landkreis Regen das Problem, einen Nachfolger für seinen langjährigen Vorsitzenden zu finden. Die Lösung war, dessen Aufgaben auf mehrere Schultern zu verteilen. Die bisherige Vereinshierarchie wurde in einen zukunftsorientierten, modernen und jungen Teamvorstand umstrukturiert. Alle Aufgaben wurden detailliert und transparent dokumentiert. Nun freut sich der Verein über eine moderne Vereinsführung mit flachen Hierarchien, durch die sich auch junge Menschen fürs Mitmachen begeistern können.

Pflegenden Angehörigen und Menschen mit Demenz unterbreitet die Bildungs- und Erholungsstätte Langau e. V. in Steingaden im Landkreis Weilheim-Schongau ein besonderes Urlaubsangebot: Durch Erfahrungsaustausch und eigene Freiräume können sich pflegende Angehörige eine Auszeit vom Alltag nehmen. Gleichzeitig wissen sie ihre Lieben gut betreut. Getragen wird dieses Angebot nicht zuletzt durch ehrenamtliches Engagement: zum einen durch die Betreuung der Gäste, zum anderen durch Leitungsaufgaben im Projekt, das zudem durch die „Mensch und Schöpfung, Otto und Theres Stumpf Stiftung“ aus der Region und durch Schulungen des Bürgervereins am Lech e. V. gefördert wird. Die große Nachfrage und Wartelisten machen deutlich, wie wichtig dieses Angebot für die Zielgruppe ist.

Ausgezeichnet für ihr „Hilfeschreibtisch“, das seit Oktober 2022 arme und benachteiligte Menschen dabei unterstützt, ihre Handlungskompetenzen zu stärken und Selbsthilfestrategien zu entwickeln, wurde über-

die die Stiftung Sozialidee GmbH in Nürnberg. Die Institution bietet eine breite Palette an Unterstützung an, darunter Hilfe beim Lesen und Schreiben, beim Verstehen komplizierter Briefe, beim Anmelden in Portalen, beim Ausfüllen von Formularen, beim Drucken und Scannen sowie bei Online-Terminen. Das mehrsprachige Angebot wird zweimal wöchentlich bereitgestellt und bereits mehr als 2.000 Menschen erreicht. Die ehrenamtlichen Helfer aller Altersstufen ermutigen die Ratsuchenden, ihre eigenen Fähigkeiten zu stärken, um selbst Ideen für Lösungen zu entwickeln.

### Trauernde begleiten

Das Projekt „Schwer Okay – Trauerereignis für junge Erwachsene“, ehrenamtlich initiiert und geleitet von zertifizierten Trauerbegleiterinnen, bietet eine einzigartige Plattform für junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren, um mit dem Thema Tod und Trauer umzugehen. Seit 2022 hat das Projekt bereits 14 Veranstaltungen in Augsburg und Bamberg organisiert. Die Events finden monatlich in geschützten und einladenden Umgebungen wie der Natur oder gemütlichen Wohnzimmern statt. Unterschiedliche Formate bieten eine inspirierende Mischung aus Denkanstößen, Materialien, Musik und Bewegung. Beispiele hierfür sind die Pflanzentauschparty, das Dinner der Erinnerungen, die Erinnerungsschneiderei und die Homemade Pasta Party. Das Projekt wird durch Spenden finanziert und ermöglicht somit eine kostenlose Teilnahme. Durch ihre Social-Media-Präsenz teilt die Initiative Wissen über Trauer und fördert einen natürlichen Umgang mit Trauergefühlen. Die hohe Nachfrage und Empfehlungsrate unterstreichen die Bedeutung und den Erfolg des Projekts.

### Zukunft trotz Handicap

Menschen mit Behinderungen bietet das Projekt „Kleiner Kitabrief und Kleiner Wirtebrief“ des Vereins „Zukunft trotz Handicap e. V.“ aus Höhenkirchen-Siegertsbrunn im Landkreis München neue berufliche Perspektiven. Mit diesen Kursen betritt der Verein Berufsfelder mit hohem Fachkräftebedarf und ermöglicht so die Inklusion im Arbeitsleben. Die Zertifikatskurse umfassen sowohl theoretische als auch praktische Module, die innerhalb eines Jahres durchlaufen werden. Mit einer Abschlussprüfung wird das erlernte Wissen überprüft. Die Pilotprojekte haben sich als sehr erfolg-

reich erwiesen, denn viele Absolventen sind bereits in Betrieben tätig oder absolvieren ein Praktikum in den entsprechenden Berufsfeldern. Der Verein unterstützt die Teilnehmer dabei individuell und hilft bei der Auswahl passender Betriebe.

In der Kategorie „Ideen“ wurde der Verein Arche Landsberg e. V. in Stadt und Landkreis Landsberg am Lech für seine innovative Idee „Behinderte besuchen Senioren“ ausgezeichnet, die er in Kooperation mit dem Seniorenheim Greifenberg ins Leben gerufen hat. Am Wochenende, wenn keine betreute Beschäftigung angeboten wird, treffen sich Menschen mit Behinderungen und Senioren zur gemeinsamen Freizeitgestaltung – zum Beispiel mit Brettspielen oder zum Vorlesen. Mittlerweile haben erste Treffen stattgefunden, von denen alle Beteiligten begeistert waren.

### Ehrenamtliche Schwimmlehrer

Die „Stiftung Deutschland Schwimmt“ mit Sitz im Landkreis Nürnberger Land hat das innovative Konzept „Ausbildung ehrenamtlicher Schwimmlehrer Basis I zur Unterstützung im Schulsport“ entwickelt. Die Idee der Stiftung ist es, mehr Kindern das Schwimmen zu ermöglichen, indem das Schulschwimmen gestärkt wird. Da das Lehrpersonal die Aufsichtspflicht hat und nicht mit den Kindern ins Wasser darf, können die ausgebildeten Schwimmlehrer im Wasser assistieren. Dabei will die Stiftung erreichen, dass Assistenten nicht zusätzlich ein Rettungsschwimmabzeichen benötigen. Dieser Aspekt hatte in der Vergangenheit viele von einem entsprechenden ehrenamtlichen Engagement abgehalten.

### Sport und Bildung verbinden

Der Verein Bayreuther Sportkegler e. V. wurde für seine Idee geehrt, Sport und Bildung auf innovative Weise zu verbinden. Die Idee für das diesjährige „3K-Projekt: Sport und Bildung im Verein ‚Kegeln, KI, Klarblick““ ist Teil eines vom Verein entwickelten pädagogisch-didaktischen Gesamtkonzepts, das über den Sport hinausgeht. Es rückt die mentale Stärke in Alltag und Sport in den Mittelpunkt und fördert gleichermaßen körperliche, geistige und soziale Gesundheit. Dieses Jahr stehen Themen wie Künstliche Intelligenz und Demokratieförderung sowie die Förderung mentaler Stärke im Zentrum. Im Sommer wurden Workshops abgehalten, die das Selbstkonzept und die sozialen Kompetenzen der Teilnehmer stärken sollten. Darüber hinaus wurde Medienkompetenz vermittelt. Für die Zukunft ist außerdem die Ausbildung zu Demokratiebotschaftern in Sportklubs geplant. Der Verein hat sein Projekt für weitere Sportclubs in der Region Bayreuth und Oberfranken ge-

GZ

KOLUMNE  
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Blick auf die bayerischen Kommunal Finanzen zeigt: Die fetten Jahre sind vorbei, zumindest in den meisten Kommunen. So hat sich die finanzielle Gesamtsituation der bayerischen Kommunen dramatisch zugespitzt. Deren Defizit ist von 2,5 Mrd. Euro im Jahr 2023 bereits auf über 5 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2024 angewachsen. Ein neues Rekorddefizit, das die zukünftige und langfristige Handlungsfähigkeit der Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke deutlich einschränken wird, wenn es nicht zu einer tatkräftigen Unterstützung von Bund und Freistaat kommt!

Die Gründe dafür sind die massiven Ausga-



### Kommunal Finanzen:

## Zeit für kraftvolle Entscheidungen

bensteigerungen, insbesondere im Sozialbereich, denen eine stagnierende oder gar rückläufige Einnahmementwicklung gegenübersteht. Allein im Bereich der Jugendhilfe und sozialen Sicherung sind die kommunalen Ausgaben um mehr als 15 Prozent gestiegen. Eine Entwicklung, die von den kommunalen Ebenen allein nicht mehr zu bewältigen ist. Diese Lasten, die größtenteils aus der Bundesgesetzgebung resul-

tieren, treffen die Kommunalhaushalte besonders hart. Parallel dazu setzen sich strukturelle Defizite in den Bereichen Infrastruktur und Gesundheit weiter fort. Die kommunalen Krankenhäuser stehen vor immensen Finanzdefiziten, die in den letzten Jahren nur durch erhebliche Zuschüsse der Landkreise und Städte überhaupt noch aufrechterhalten werden konnten.

Für die KPV ist klar: Die Kommunen brauchen jetzt kraftvolle Entscheidungen von Bund und Land, um handlungsfähig zu bleiben, denn die aktuellen Herausforderungen können nur durch eine solide Grundfinanzierung gemeistert werden. Die Kommunen müssen dabei in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Infrastruktur und Klimaschutz nachhaltig zu finanzieren. Gerade jetzt braucht es auch einen starken Freistaat, der über den kommunalen Finanzausgleich für handlungsfähige Kommunen sorgt, die die Herausforderungen vor Ort lösen können.

Gleichzeitig müssen wir auch den Lasten, auf Bundesebene für eine bessere Lastenverteilung zu sorgen. Nach dem Prinzip: Wer die Aufgabe stellt, sollte auch die finanziellen Mittel bereitstellen. Es ist Zeit für entschlossenes Handeln – im Sinne unserer Bürger und der Zukunft Bayerns. Die Kommunen sind bereit ihren Beitrag dazu zu leisten.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern  
Landrat des Landkreises Donau-Ries

### Brandbrief nach Berlin:

## Fortführung des Programms „Demokratie leben!“

An Bundespräsident; Bundeskanzleramt; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Bundestagsfraktionen der SPD, der Grünen, der FDP sowie an das Präsidium des Bayerischen Städtetags richteten die Oberbürgermeister von Nürnberg, Marcus König, Christian Schuchardt, Würzburg, Thomas Ebersberger, Bayreuth, Eva Weber, Augsburg und Andreas Starke aus Bamberg sowie die Landräte Florian Wiedemann, Landkreis Bayreuth, Johann Kalb, Landkreis Bamberg und Wilhelm Schneider aus dem Landkreis Haßberge die gemeinsame Aufforderung zur Fortführung des Programms „Demokratie leben!“ in den Kommunen in Bayern.

Die abrupt gestrichene Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bedrohe nicht nur das bürgerliche Engagement vor Ort, sondern auch den sozialen Zusammenhalt in unseren Kommunen, heißt es. „Diese Entscheidung gefährdet die lokalen Strukturen, auf denen eine starke, widerstandsfähige Demokratie ruht – und das in einer Zeit, in der wir diese Strukturen dringender denn je benötigen.“

Weil gesellschaftliche Spannungen zunehmen und autoritär-populistische Kräfte versuchen, unsere demokratischen Werte zu untergraben sei es unerlässlich, das Vertrauen und den Einsatz der Bürgerinnen und Bürger in und für die Demokratie zu stärken. Es bestehe die Gefahr, dass bestehende Netzwerke, die sich aktiv für eine lebendige Zivilgesellschaft einsetzen, durch die Streichung kollabieren.

Weiter heißt es: „Statt das langjährige Engagement und den Erfolg zu würdigen und weiterentwickeln, wird ein funktionierendes Modell für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratiestärkung ... abrupt gestoppt. Das bringt uns nicht nur in Erklärungsnot gegenüber den langjährig engagierten haupt- und ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch gegenüber der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit. In einer Zeit, in der gesellschaftliche Unsicherheit und globale Krisen extremistischen Gruppen Auftrieb geben, wird es nahezu unmöglich, glaubwürdige politische Arbeit vor Ort zu leisten, wenn die finanziellen Grundla-

gen von heute auf morgen wegfallen.“ Ohne die fortlaufende Förderung von „Demokratie leben!“ fallen auch die hauptamtlichen Koordinierungs- und Fachstellen weg, die für ehrenamtliche Initiativen zentrale Anlaufstellen sind. Ohne diese professionelle Unterstützung wäre das lokale Ehrenamt, das eine Schlüsselrolle in der Demokratieförderung spielt, stark geschwächt. Diese Koordinierungsstellen bieten nicht nur organisatorische und fachliche Hilfe, sondern sichern maßgeblich die Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der Projekte. Ihr Wegfall würde viele Initiativen gefährden und wichtige Fachexpertise unwiederbringlich verloren gehen lassen.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ hat in der Vergangenheit wertvolle finanzielle Mittel bereitgestellt, die von großer Bedeutung für die Städte und Landkreise seien. Sie ermöglichen es, unter Berücksichtigung lokaler Problemlagen Projekte zur Demokratieförderung zu initiieren, die das Bewusstsein für demokratische Werte schärfen und den Austausch zwischen den Menschen fördern. Groß angelegte Kampagnen, aber auch Workshops, Bürgerdialoge und Informationsveranstaltungen sind nur einige Beispiele hierfür.

„Wir appellieren an Sie und fordern Sie auf, gegenzusteuern und die notwendigen politischen Schritte auf Bundesebene schnellstens einzuleiten. Wir appellieren dringend an Sie, die Förderungen „Demokratie leben!“ in unseren Städten und Landkreisen fortzuführen.“ □

## Knapp 12 Milliarden ...

(Fortsetzung von Seite 1)

sungen, die den Kommunen als freie Deckungsmittel zur Verfügung stehen, steigen um 408,8 Millionen Euro auf über 4,85 Milliarden Euro. Insbesondere in Zeiten stetig steigender Ausgaben kommt diesen eine besonders hohe Bedeutung zu“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

### Markenzeichen des Freistaats

Innenminister Joachim Herrmann versicherte, dass solide Kommunalfinanzen ein Markenzeichen des Freistaats Bayern seien. Ihm als Kommunalminister sei das sehr wichtig. „Wir brauchen starke, finanziell auf eigenen Beinen stehende Kommunen. Es freut mich daher sehr, dass wir beim kommunalen Finanzausgleich auch für 2025 eine einvernehmliche und tragfähige Lösung vereinbaren

konnten. Die Zusammenarbeit zwischen Freistaat und Kommunen funktioniert auch in diesen schwierigen Zeiten.“ Klar sei allerdings, dass es dringend notwendig ist, dass der Bund endlich seiner Verantwortung nachkommt und einen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen leistet. „Dazu gehören vor allem die längst überfällige wirkungsvolle Eindämmung der illegalen Migration und auch eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser“, verlangt der Innenminister

### Deutliche Zuwächse – und doch viel zu wenig

Der Vorsitzende des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag Josef Zellmeier äußerte, dass in finanziell schwierigen Zeiten ein akzeptables Ergebnis er-

## Kommunale CSU-Schwer...

(Fortsetzung von Seite 1)

werber erforderlich.“ Nötig seien auch mehr Arbeitsanreize für Asylbewerber, die Teil einer Integrationsleistung sein müssten. Ein neuer Rechtsrahmen sei zwingend nötig.

Von allen EU-Mitgliedstaaten hat Deutschland die meisten Flüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen, rund 1,2 Millionen sind hierzulande registriert. Insgesamt wurden in den vergangenen drei Jahren über 3 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. „Durch Familiennachzug erleben wir eine zusätzliche und erhebliche Überforderung“, so Dobrindt. Zudem könnten mit der Express-Einbürgerung der Ampel-Regierung Asylsuchende bereits nach drei Jahren eingebürgert werden, obwohl ihr Aufenthalt gemäß humanitärem Aufenthaltsrecht nur vorübergehend ist.

### Ampel zeigte kein Interesse

Beim jüngst gescheiterten Sicherheitsgipfel hätten CDU/CSU der Ampel die Hand gereicht, um das Problem der illegalen Einwanderung nach Deutschland nachhaltig zu lösen, fuhr der Berliner CSU-Chef fort. „Dazu haben wir die Zurückweisung an den deutschen Außengrenzen zur Bedingung für ein gemeinsames Vorgehen in der Migrationspolitik gemacht. Leider hat die Ampel mit ihrem Vorschlag, nur jene Migranten zurückzuweisen, die auf ihrer Reise nach Deutschland bereits in einem anderen EU-Staat in der EURODAC-Datenbank registriert worden sind, offenbar kein Interesse, diesen Weg gemeinsam zu gehen.“

Noch am Tag vor dem Migrationstreffen habe Innenministerin Faeser zugesichert, dass die Ampel zu Zurückweisungen bereit sei. Dies sei die Voraussetzung dafür gewesen, dass die Unionsvertreter überhaupt am Gespräch teilnahmen. Sollte die Ampel nicht bereit sein, an Deutschlands Grenzen sämtliche Migranten abzuweisen, die aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreisen wollen, habe ein Gespräch über einen Schulterchluss zwischen Regierung und Opposition in der Migrationspolitik keinen Zweck, hätten CDU und CSU im Vorfeld betont.

„Wir lassen uns nicht in Mithaftung nehmen für etwas, was das Festhalten der Grundprinzipien fehlt“, erläuterte Dobrindt. „Glaubwürdigkeit muss an erster Stelle stehen. Deshalb wäre es ein Fehler gewesen, das Sicherheitspaket mitzutragen.“

„Vollkommen abzulehnen“ ist aus Dobrindts Sicht auch die kürzlich im Bundestag beschlos-

sene Krankenhausreform. Das sog. Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz beschneide die grundgesetzlich garantierte Planungshoheit der Länder und treffe Finanzierungsfestlegungen, gegen die schon jetzt Klagen angekündigt werden. Das KHVVG werde die stationäre Versorgung in Deutschland nicht stabilisieren, sondern gefährden, zeigte sich der Landesgruppenvorsitzende überzeugt.

Monatelang hätten Länder und Kommunen, Fachleute und Krankenhausgesellschaften, sowie Ärzte- und Pflegeverbände den Prozess konstruktiv, aber letztlich vergeblich zu begleiten versucht. Die Vorhaltevergütung in dieser Form werde das von Bundesgesundheitsminister Lauterbach kritisierte Hamsterrad der Fallzahlensteigerung – um der Erlöse willen – nicht stoppen, vielmehr könnte es beschleunigt werden. Eine Sicherung von kleineren Häusern, die die Grund- und Notfallversorgung in ländlichen Regionen sicherstellen müssen, werde somit nicht erreicht. Letzten Endes seien sie die Leidtragenden.

### Unfares Ampel-Wahlrecht

Massiv kritisierte Dobrindt auch die von der Ampel beschlossene Wahlrechtsreform, die bei der nächsten Bundestagswahl greifen soll und in dessen Mittelpunkt der Wegfall von Überhang- und Ausgleichsmandaten sowie der so genannten Grundmandatsklausel stehen. Das „unfaire“ Wahlrecht der Ampel suggeriere dem Wähler, dass dieser mit der Erststimme einen Kandidaten in den Deutschen Bundestag wählt. Tatsache aber sei, dass dies nicht mehr sichergestellt werden könne. So sei eine Situation denkbar, dass etwa in Bayern die CSU alle 47 Wahlkreise gewinnen kann, aber kein einziger Vertreter der Partei in den Deutschen Bundestag einzieht.

Handlungsbedarf gibt es zudem in punkto kommunale Förderlandschaft, die geprägt ist von einer Vielzahl unterschiedlicher Förderprogramme von verschiedenen Förderstellen und Projektträgern. Diese hohe Komplexität hat zur Folge, dass Kommunen Fördermittel oftmals entweder nicht oder nicht rechtzeitig abrufen. Häufig wird zudem eine Diskrepanz zwischen dem Förderangebot und den eigentlichen kommunalen Bedarfen vor Ort wahrgenommen. Hier müssten einfachere Strukturen auch hinsichtlich Flexibilität und Planbarkeit geschaffen werden, hob Dobrindt in der anschließenden Diskussion hervor. **DK**

zielt wurde. Er freue sich über die deutlichen Zuwächse für die Kommunen, erkenne aber auch an, dass sie nicht ausreichen, um die gestiegenen Kosten vor allem im Personal- und Sozialbereich aufzufangen. Allerdings habe der Freistaat aufgrund der schlechten Wirtschaftslage ähnliche Herausforderungen und damit finanziell keine weiteren Spielräume mehr.

„Die Verteilungskämpfe zwischen den Ebenen des Staates werden härter“, sagte Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident Hubert Aiwanger. „weil uns auf allen Ebenen die Kosten davonlaufen und die Einnahmen nicht mehr ausreichen.“ Im Einvernehmen von Staat und Kommunen müssten deshalb Standards gesenkt und Kosten reduziert werden, um mit dem zur Verfügung stehenden Geld auszukommen. Die Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund von 12,75 Prozent auf 13 Prozent plus 60 Millionen Euro bringe für die Kommunen 2025 insgesamt über 600 Millionen Euro mehr. Ähnlich äußerte sich Bernhard Pohl, stv. Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayerischen Landtag

### Die Ergebnisse des Spitzengesprächs im Einzelnen:

- Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund steigt von 12,75 auf 13,0 Prozent.

(Fortsetzung von Seite 1)

munen zu einem Großteil auf die desolote Politik der Bundesregierung zurückzuführen seien. „Der Freistaat ist und bleibt ein verlässlicher Partner und unterstützt seine Kommunen weiterhin auf höchstem Niveau – für ein starkes Bayern mit starken Gemeinden“, so der Minister.

### Bayern muss sich auf hohe Mindereinnahmen einstellen

Aus der jüngst vorgelegten aktuellen regionalisierten Steuerschätzung für den Freistaat geht hervor, dass Bayern 2025 – grob geschätzt – nochmals mit rund 900 Millionen Euro weniger auskommen muss, als bislang erwartet. Auch für die Folgejahre hat sich der Freistaat auf Einnahmeausfälle gegenüber der Mai-Steuerschätzung einzustellen – für das Jahr 2026 in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro.

### Neue Schätzungen verschärfen die angespannte Haushaltslage

„Da neben den weiter rückläufigen Steuerverprognosen auch die Ergebnisse des Zensus 2022 vorläufigen Prognosen des ifo Instituts zufolge unsere finanziellen Spielräume dauerhaft in einer Größenordnung von rund 300 Millionen Euro pro Jahr weiter einschränken, muss mittlerweile auch dem Letzten klar sein: Zusätzliche Mehrausgaben sind nicht finanzierbar“, unterstrich Füracker und ergänzte: „Unser Doppelhaushalt 2024/2025 ist solide geplant. Aber diese neuen Schätzungen verschärfen die ohnehin angespannte Haushaltslage massiv und erschweren damit die Aufstellung des Nachtragshaushalts zusätzlich.“

Aus seiner Sicht „muss der Bund die Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung und Tatsache endlich überwinden und seine ambitionslosen Minimalkompromisse zur Revitalisierung der Wirtschaft als das Erkennen, was sie sind: zu wenig, um den Herausforderungen, vor denen unser Land steht, gerecht zu werden.“ Deutschland brauche eine mutige, umfassen-

- Die Schlüsselzuweisungen, die größte Einzelposition im kommunalen Finanzausgleich, betragen über 4,85 Milliarden Euro.

- Um die Finanzsituation der Bezirke zu verbessern, werden deren Zuweisungen im nächsten Jahr um 120 Millionen Euro auf rund 836,5 Millionen Euro erhöht. Damit werden gleichzeitig auch die Gemeinden und Landkreise als Umlagezahler entlastet.
- Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis steigen im Jahr 2025 auf insgesamt rund 911 Millionen Euro. Dies bedeutet eine Steigerung um 2,9 Prozent beziehungsweise 26 Millionen Euro. Dazu gehört neben den sogenannten Pro-Kopf-Beträgen auch das Aufkommen an Gebühren, Geldbußen und Verwarnungsgeldern, das den Kommunen überlassen wird. Daneben erhalten die Landratsämter zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs – wie schon im Vorjahr – erneut insgesamt 71 zusätzliche Stellen.

- Der Bedarf bei den kommunalen Investitionen ist ungebrochen hoch. Der Haushaltsansatz für den kommunalen Hochbau, insbesondere für den Bau von Schulen und Kindertageseinrichtungen, wird nächstes Jahr auf dem Spitzenwert des Vorjahres von über 1,07 Milliarden Euro fortgeführt.
- Auch der Ansatz für die Fi-

nanzierung von Krankenhausinvestitionen (800 Millionen Euro) und die Investitionspauschale (446 Millionen Euro) werden auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt.

- Die Mittel für die Härtefallförderung für den Bau von Abwasser- und Wasser-versorgungsanlagen betragen in 2025 unverändert 165 Millionen Euro. Von dieser Förderung profitieren vor allem kleinere Gemeinden im ländlichen Raum.
- Für die Straßenausbaupauschalen, die der Staat den Gemeinden nach der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge gewährt, stehen 2025 85 Millionen Euro zur Verfügung.
- Zur zielgenauen Unterstützung von finanzschwachen und konsolidierungswilligen Gemeinden stehen im Jahr 2025 erneut 100 Millionen Euro für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen zur Verfügung.
- Vor dem Hintergrund der steigenden Ausgabendynamik wird mit den kommunalen Spitzenverbänden der bereits begonnene Prozess der Überprüfung von Aufgaben und Standards weiterverfolgt. Hierzu wird unter Federführung der Staatskanzlei eine staatlich-kommunale Arbeitsgruppe eingerichtet. Die Bayerische Staatsregierung wird auch hier zukünftig im konstruktiven Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden bleiben und dahingehende Bestrebungen intensivieren. **□**

„Am 13. Juni 2024 haben wir mit dem ‚Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramm Bayern 2030‘ ein klares Signal gesetzt: Bayern packt es an!“, betonte Kirchner.

### Modernisierungsprogramm

Das Modernisierungsprogramm enthalte Maßnahmen für den Bürokratieabbau wie die Streichung von mindestens 10 Prozent aller Verwaltungsvorschriften oder die Verschärfung der ‚Paragrafenbremse‘. „Für jedes neue Gesetz müssen künftig zwei alte Gesetze entfallen“, erklärte der Staatssekretär. Dabei bedeute Deregulierung nicht die Abgabe der Kontrolle, sondern eine Konzentration auf die wirklich wichtigen Regelungen, ohne eine Gefährdung der Bürger: „Das heißt: zukünftig größere Handlungs-, Beurteilungs- und Ermessensspielräume für die Behörden und Kommunen.“

Kirchner zufolge fördert besonders das Ehrenamt den Zusammenhalt in Staat und Gesellschaft, weshalb es wichtig sei, Bürokratie im ehrenamtlichen Engagement abzubauen: „Bürokratische Hürden erschweren oftmals die großartige Arbeit der Ehrenamtlichen. Auch deshalb wollen wir hier Vereinfachungen schaffen. So sollen beispielsweise ehrenamtliche Veranstaltungen genehmigungsfrei werden.“

### Bürokratieabbau

Auch die Ende-zu-Ende-Digitalisierung von Verwaltungsverfahren leiste einen erheblichen Beitrag zum Abbau von unnötiger Bürokratie. „Die Gemeinden verrichten hier bereits herausragende Arbeit, aber der digitale Wandel beschleunigt sich immer weiter. Hinzu kommen Kostendruck und Fachkräftemangel. Bayern hat deshalb die Zukunftskommission #’Digitales Bayern 5.0‘ gegründet, um gemeinsam mit den Kommunen die Arbeit der digitalen Verwaltung schneller, einheitlicher und transparenter zu gestalten“, erläuterte der Staatssekretär. Wichtige Ziele der Zukunftskommission seien unter anderem Standardisierung, Bündelung von IT-Aufgaben und Zusammenarbeit im Bereich künstlicher Intelligenz.

Eine zum Abschluss von Hans-Peter Mayer moderierte Podiumsdiskussion, an der neben Nussel und Kirchner DSt-GB-Hauptgeschäftsführer André Berghegger, die 2. Vizepräsidentin des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeisterin Dr. Birgit Kreß (Markt Erlbach) sowie der Landesschatzmeister des Bayerischen Gemeindetags, Bürgermeister Markus Reichart (Heimenkirch) teilnahmen, zeigte auf, dass Bürokratieabbau und Deregulierung im rechtsstaatlich verfassten Mehrebenen-system eine Herausforderung darstellt. So zitierte Hans-Peter Mayer einen seinen Vorgänger, der schon im Jahr 1965 beklagt hatte, mit gesetzlichen Regelungen wahrlich nicht unterversorgt zu sein.

Getragen war die Diskussion auch von der Einsicht, dass die kommunale Familie gemeinsam mit der Staatsregierung an einem Strang ziehen muss. Es gelte, die hohen Standards abzubauen und das Förderwesen zu vereinfachen. Bei Gesetzen dürfe nicht immer noch „draufgesetzt“ werden, die Kommunen benötigten Freiräume und dürften nicht mehr mit Zusatzaufgaben belastet werden. Überdies seien eine zielgerichtete Digitalisierung und der Einsatz von KI das Gebot der Stunde. Allerdings müssten auch die Bürger wieder mehr in die Pflicht genommen und zu mehr Eigenverantwortung herangezogen werden, so der Tenor. **DK**

## Deregulierung und ...

de und schlagkräftige Agenda 2030. „Nur auf Basis von wettbewerbsfähigen und verlässlichen Rahmenbedingungen können wir unsere Wirtschaft und damit auch die Steuereinnahmen wieder auf Wachstumskurs bringen“, zeigte sich der Finanzminister überzeugt.

Mit Blick auf das Thema Entbürokratisierung wiesen Innenstaatssekretär Sandro Kirchner und der Beauftragte für Bürokratieabbau Walter Nussel darauf hin, dass der Freistaat mit verschiedensten Instrumenten versuche, Bürokratie einzudämmen und ihren Aufwuchs zu verlangsamen. Bezugspunkt war dabei auch nachfolgendes 10 Punkte-Forderungspapier zum Bürokratieabbau, das vom Landesausschuss des Bayerischen Gemeindetags im September beschlossen und auf der Landesversammlung vorgestellt wurde:

1. Eine umfassende Aufgabenkritik des Freistaats Bayern ist notwendig! Im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung ist eine laufende kritische Überprüfung sämtlicher Aufgaben erforderlich (Aufgabenkritik), um sicherzustellen, dass deren Wahrnehmung notwendig ist sowie ihre Erledigung garantiert und sie zweckmäßig und wirtschaftlich ausgestaltet werden kann.
2. Der Staat kann und darf sich nicht mehr alles leisten! Erforderlich ist ein gemeinsamer Dialog zwischen Staat und Kommunen, um die jeweilige Rolle neu zu definieren. Die Ergebnisse müssen den Bürgerinnen und Bürgern transparent und umfassend kommuniziert werden.
3. Kommunale Pflichtaufgaben kritisch hinterfragen! Freiräume für die Kommunen schaffen! Sie müssen und sollen sich auf die wirklich notwendigen Pflichtaufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge konzentrieren können.
4. Nicht immer noch eins drauf-satteln! Strikter Verzicht auf höhere (Gold-)Standards bei der Umsetzung von Gesetzen!
5. Förderwesen stark vereinfachen! Um der Förderkomplexität und dem hohen Vollzugsaufwand im Zusammenhang mit Förderprogrammen beizu-

kommen, bedarf es eines ganzheitlichen und nachhaltigen Lösungsansatzes. Vergaberechtliche Spielräume unterhalb der EU-Schwellenwerte sind massiv zu erhöhen.

6. Standards, Statistik- und Dokumentationspflichten abbauen! In zahlreichen Bereichen, insbesondere im Bau- und Umweltsektor, ist eine übermäßige Reglementierung zu beobachten, welche die Anwendung bestimmter Standards und die Einhaltung bestimmter Verfahrensschritte detailliert vorschreibt. Standards, Statistik- und Dokumentationspflichten müssen auf das notwendige Maß beschränkt werden.

7. Bürokratieabbau durch zielgerichtete Digitalisierung erreichen! Die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen muss mit Nachdruck vorangetrieben werden. Dadurch kann ein Abbau bürokratischer Hindernisse erreicht werden. Gesetze müssen auch einer Prüfung unterzogen werden, ob sie den Anforderungen der Digitalisierung genügen.

8. Bürokratieabbau durch Stärkung kommunaler Selbstverwaltung! Eine Regulierung bis ins letzte Detail ist nicht erforderlich. Die Entscheidung, ob Regelungen als sinnvoll erachtet werden oder nicht, sollte den Kommunen vor Ort in eigener kommunaler Selbstverwaltung überlassen werden.

9. Qualitative Entbürokratisierung statt quantitativem Bürokratieabbau! Gesetze müssen wieder leichter verständlich, kürzer und lesbarer sein und den Anforderungen an sog. „gute Gesetzgebung“ genügen. Unnötige Regelungen sind aufzuheben.

10. EU-Recht und Bundesrecht soll nicht mehr Hürde und Belastung sein! Der Freistaat Bayern muss sich über den Bundesrat für eine massive Entbürokratisierung auf EU- und Bundesebene einsetzen.

Laut Innenstaatssekretär Kirchner stärkt eine effiziente und schlanke Verwaltung das Vertrauen in einen fähigen Staat. Europa, Deutschland und Bayern litten jedoch unter der Last unzähliger Vorschriften und Verwaltungsverfahren.

Nanotechnologie punktet im Tiefbau:

## PANMAX hinterlässt geringsten ökologischen Fußabdruck

Das bayerische Unternehmen Panmax mit Sitz in Lengdorf revolutioniert den Straßenbau. Zum Einsatz kommt dabei ein Verfahren aus der Nano-Technologie, mit dem sich Verkehrswege auf besonders umweltschonende und kostengünstige Art sanieren lassen. Im direkten Vergleich schlägt Panmax die herkömmlichen Prozeduren in Sachen „Ökologischer Fußabdruck“ um Längen. Eine unabhängige technische Prüfung liefert den Beweis.

Vor über 20 Jahren entdeckten Wissenschaftler die Möglichkeit, mit handelsüblichem Zement und Nanopartikeln verschiedenste Bodenmaterialien zu stabilisieren. Damit war ein äußerst zukunftsträchtiges Verfahren im Straßenbau geboren. Für das Unternehmen Panmax, das sich sofort der vielversprechenden Technik verschrieb, stand nicht mehr der aufwändige Bodenaustausch im Fokus, sondern die Stabilisierung von Straßenkörper und Tragschichten. Das Know-how des bayerischen Tiefbauers empfiehlt sich speziell für den kommunalen Bereich. Inzwischen vertrauen viele Gemeinden auf diese hochwertige und schnelle Art der Sanierung von Straßen, Fahrradwegen, Park-

plätzen, Wirtschaftswegen und Lagerflächen.

### Kosten reduzieren und Umwelt schonen

Der öffentliche Sektor setzt bei den Budgets immer mehr den Rotstift an. Mit dem Verfahren von Panmax werden Baukosten gesenkt und Bauzeiten verringert. Zugleich wird eine deutlich längere Lebensdauer der so erneuerten Wege, Straßen und Plätze erreicht. Eine Reihe positiver ökologischer Aspekte kommt hinzu. So wird das vor Ort vorhandene Material vor Ort recycelt und mit einem Silizium-Polymeradditiv sowie Zement aufgepeppt. Das Resultat ist eine herausragende Tragschicht mit ge-

steigerter Tragfähigkeit, verbesserter Elastizität und hoher Frost- bzw. Taubeständigkeit. Die final aufgetragene Asphalttschicht kann reduziert werden. Selbst kontaminierte Böden können verarbeitet werden. Das ökologisch unbedenkliche Endprodukt, vollkommen frei von Mikro-



Geschäftsführer Andreas Paulus. □

roplastik, kann überdies in Umweltschutzzonen eingesetzt werden. Das Panmax-Verfahren wird



Ob innerorts, bei Forst- und Güterwegen oder auch bei Bergstraßen: Das Panmax-Verfahren wird in zahlreichen Gemeinden in Bayern und Österreich eingesetzt (Kiefersfelden, Blick Richtung Wilder Kaiser).  
Bilder: [www.edinger.cc](http://www.edinger.cc)

(auch innerorts) erfolgreich angewendet bei Straßen, Fahrradwegen, Parkplätzen, Wirtschaftswegen, bei der Untergrundverbesserung von Neubauten, bei Lagerflächen, Verladezonen und Container-Standplätzen. „Wir erreichen eine Kostenersparnis von bis zu 50 Prozent im Vergleich zu herkömmlichen Sanierungen“, gibt sich Geschäftsführer Andreas M. Paulus sichtlich zufrieden über das bisher Erreichte.

### Bei Ökologie vorne dabei

Eine Vergleichsrechnung beim ökologischen Fußabdruck, durchgeführt im Oktober 2024, attestiert der Tiefbau-Methode von Panmax beeindruckende Ergebnisse. Zum Test angetreten waren das innovative Panmax-Ver-

fahren „Polymermodifizierte Zementstabilisierung plus Asphalt“ (Schichtdicke 31 cm und 10 cm Kies-Bestand) sowie zwei konventionelle Methoden. Gemessen am Herausforderer Panmax wurden dabei die althergebrachte „Zementstabilisierung plus Asphalt“ (Schichtdicke 31 cm und 10 cm Kies-Bestand) sowie der „Ungebundene Oberbau plus Asphaltdeckschichten“ (Schichtdicke 63 cm). Das prüfende Unternehmen, die Homit Verkehrswegebau GmbH aus Oberösterreich, legte hierzu einen überzeugenden Bericht zum „ökologischen Fußabdruck“ der drei Tiefbautechniken vor. Erfasst wurde das GWP (globales Erwärmungspotential) für alle Lebenszyklusphasen in kg CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Quadratmeter, gemittelt für ein Jahr

(Bezugszeitraum 50 Jahre). Die Panmax-Nanotechnologie hinterlässt demnach einen Fußabdruck von 176,85 kg CO<sub>2</sub>-Äquivalent / Laufmeter (gerechnet auf 50 Jahre Lebensdauer), die beiden anderen Technologien kamen auf 262,31 kg CO<sub>2</sub>-Äquivalent / Laufmeter (gerechnet auf knapp 29 Jahre Lebensdauer). Besonders interessant ist, dass für das Panmax-Verfahren im Vergleich zu den anderen Verfahren eine wesentlich längere Lebensdauer errechnet wurde (50 Jahre).

Daher emittiert das Panmax-Verfahren bis zu 45 % weniger kg CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Laufmeter Straße gegenüber den herkömmlichen Vollausbauverfahren. □

Regierungserklärung von Staatsministerin Gerlach:

## Maßnahmenpaket für Bayerns Kliniken

In ihrer Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag hat Gesundheitsministerin Judith Gerlach ihre Pläne zur Unterstützung der Krankenhäuser vorgestellt. Um die Klinikversorgung im Freistaat fit für die Zukunft zu machen, habe die Staatsregierung ein großes Maßnahmenpaket aus sieben Punkten für die Krankenhäuser entworfen. „Wir unterstützen die Krankenträger dabei, die vor Ort passenden Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu finden“, erklärte Gerlach.

Als akutes Problem identifizierte sie unter anderem die wachsenden Defizite bei den laufenden Betriebskosten. Für dieses Thema sei klar der Bund zuständig. Gerlach: „Leider weigert sich Bundesgesundheitsminister Lauterbach bislang, hier seiner Verantwortung gerecht zu werden. Bayern kann aber nicht zum Ausfallbürgen für den Bund werden.“ Auch wies die Ministerin darauf hin, dass Bayern bereits seit Jahren notwendige Umstrukturierungen bei Krankenhäusern unterstützen: „Wir haben früh angefangen, Weichen zu stellen.“

Mit unserem 7-Punkte-Plan stellen wir nun ergänzende Instrumente zur Verfügung, damit sich die Kliniken auf den Wandel leichter einstellen können. Die Bundesregierung hat die Länder hingegen im Nebel tappen lassen und keine konkrete Auswir-

kungsanalyse vorgelegt.“ Laut Gerlach begleitet Bayern den notwendigen Anpassungsprozess der Kliniken aktiv – nicht nur mit Geld, sondern auch politisch und beratend. Dazu zählen:

**1. Bereitstellung einer bayernweiten Datengrundlage zu den (voraussichtlichen) künftigen Leistungsangeboten der einzelnen Krankenhäuser:** Der Freistaat hat auf Basis von Selbstauskünften der Kliniken für die Verantwortlichen vor Ort eine tragfähige und einheitliche Datengrundlage für deren Überlegungen zur künftigen Ausgestaltung der bayerischen Krankenhauslandschaft geschaffen. Diese Datengrundlage wird für Klarheit über das in der Region künftig zu erwartende Leistungsgeschehen sorgen.

**2. Erstellung eines bayernweiten Gutachtens zur Prog-**

**nose der künftigen Patientenzahlen:** Bayern stellt ein bayernweites externes Gutachten zur Darstellung des aktuellen Versorgungsbedarfs und zur Prognose der künftigen Patientenzahlen zur Verfügung. Hierbei werden die Bevölkerungsentwicklung je nach Region und die weiter steigende Ambulantisierung der medizinischen Leistungen berücksichtigt. Damit wird eine einheitliche Basis für die Zukunftsüberlegungen der Krankenträger und ihre Vorgehensweise vor Ort geschaffen.

**3. Veröffentlichung von Leitplanken („Matrix“) für künftig vorzuhaltende medizinische Leistungsangebote und Anpassung der Vorhaltung von Rettungsmitteln:** Den Krankenträgern werden Leitplanken für die künftig vorzuhaltenden Leistungsangebote in besonders wichtigen medizinischen Bereichen (beispielsweise Notfallversorgung oder Geburtshilfe) an die Hand gegeben. Bei Bedarf wird der Rettungsdienst einschließlich der Luftrettung mit Blick auf die veränderten Krankenhausstrukturen angepasst.

**4. Finanzierung regionaler Struktur- oder Umsetzungsgutachten:** Um die Krankenträger bei der Versorgung im ländlichen Raum zu unterstützen, finanziert die Staatsregierung den Krankenträgern Gutachten zur regional passenden Ausrichtung ihrer Versorgungsstrukturen. Der Freistaat stellt dafür 100 Millionen Euro für den Zeitraum 2024 bis 2028 bereit. Die bestehende Förderlinie soll angepasst werden, insbesondere um bei den Gutachten auch weitere Kliniken – wie größere Kliniken sowie teilweise auch Kliniken in Verdichtungsräumen – zu berücksichtigen, die für die Versorgung des ländlichen Raums eine maßgebliche Rolle spielen.

**5. Regionalkonferenzen zur Krankenhausstruktur:** Der Freistaat geht aktiv auf Träger und kommunale Entscheidungsgremien zu und fordert diese zur Ausarbeitung und Umsetzung erforderlicher Strukturpassungen im Rahmen von Regionalkonferenzen auf, wenn die vor Ort verantwortlichen Krankenträger nicht bereits Überlegungen zur Anpassung ihrer Klinikstrukturen anstellen. Die-

ser Dialogprozess kann durch einen externen Moderator organisiert und fachkundig begleitet werden.

**6. Verstärkte politische Rückendeckung für Entscheidungsträger vor Ort:** Bayern wird die Entscheidungsträger vor Ort bei der Umsetzung von tiefgreifenden Krankenhaus-Umstrukturierungen noch stärker politisch unterstützen. In besonders gelagerten Fällen wird daher die Staatsregierung die Ergebnisse von Umstrukturierungsüberlegungen, die mit erheblichen Veränderungen der gegenwärtig bestehenden Versorgungsangebote einhergehen, insbesondere bei gebietsübergreifenden oder in anderer Hinsicht systemrelevanten Neuordnungen, im Kabinett bestätigen und damit die vor-Ort-Verantwortlichen in ihrer getroffenen Entscheidung politisch unterstützen. Die grundsätzlichen Verantwortlichkeiten, planerischen Verfahren usw. bleiben davon unberührt.

**7. Keine Rückforderung von Fördermitteln bei Nutzungsänderungen:** Der Freistaat wird Krankenträger im Falle einer Nutzungsänderung größt-

möglich von der Rückzahlung noch nicht abgeschriebener Fördermittel entlasten, dabei ist jeder Einzelfall unter Beachtung des EU-Beihilferechts und der Art der Nachnutzung zu betrachten.

Nach Angaben der Ministerin ist Bayern auch bei den Investitionen vorbildlich aufgestellt. „So haben wir seit 2018 gemeinsam mit den Kommunen die Investitionen in die bayerischen Kliniken mit jährlich 643 Millionen Euro gefördert und auf dieser Grundlage alle notwendigen Projekte zeitgerecht finanziert. In diesem Jahr konnte der Etat sogar auf 800 Millionen Euro gesteigert werden.“

Darüber hinaus stelle sich der Freistaat seiner Verantwortung für die Krankenhäuser mit einer aktiven und passgenauen Krankenhausplanung. Dabei setze er auf die Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren. Viele Landkreise, so Gerlach, hätten sich bereits vor einiger Zeit auf den Weg gemacht und Maßnahmen ergriffen, um die Versorgung in ihrer Region anzupassen und zukunftsfest auszugestalten. Dies betreffe Regionen quer durch ganz Bayern: zum (Fortsetzung auf Seite 6)

## WIR KÖNNEN STRASSENBAU

X Gemeindeverbindungsstraßen

X Hofzufahrten X Moosstraßen

X Bergstraßen X Radwege

X Wirtschaftswegen X Güterwege

X Beton- und Betonpflasterstraßen

X Innerorts Straßen X Parkplätze

X Industrie- und Logistikflächen

# PANMAX

Nanotechnologie im Tiefbau

Die Lösung:

## DAS PANMAX-VERFAHREN ZUR STRASSEN- UND WEGESANIERUNG

- Kostengünstig
- Hochwertige Ausführung
- Schnelle Verfügbarkeit der Straße
- Einsparung von aufwändigem Bodenaustausch
- Verarbeitung von kontaminierten Böden (technisch möglich)

BIS ZU 50 % GÜNSTIGER als herkömmliche Straßensanierungen



LANGLEBIGER  
SCHNELLER • TRAGFÄHIGER  
GÜNSTIGER • ÖKOLOGISCHER

Tel. +49-8083 908 00 33 | [office@panmax.de](mailto:office@panmax.de) | [www.panmax.de](http://www.panmax.de)

▶ Folgen Sie uns auf Youtube!

Bayerischer Gemeindetag:

## Bauamtsleiter- und Stadtbaumeister-Tagung in Gunzenhausen

Bereits zum 7. Mal fand die traditionelle Bauamtsleiter- und Stadtbaumeistertagung des Bayerischen Gemeindetags statt. Rund 200 Teilnehmer wohnten der in die praxisrelevanten Themenblöcke „Vergabe, Digitalisierung, Privates Baurecht“, „Bauplanungsrecht, Städtebaurecht, Wohnen“, „Aktuelles und Grundsätzliches“ sowie „Best Practice – Nachhaltige städtebauliche Entwicklung“ gegliederten Veranstaltung bei.

In seiner Begrüßung plädierte Hans-Peter Mayer, seit 1. März 2024 geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, dafür, dass sich die Politik grundsätzlich klar machen müsse, welche Aufgaben der Staat in Zukunft noch übernehmen soll und wo mehr Eigenverantwortung von den Bürgern gefordert wird. Angesichts eines aktuellen 5 Mrd. Euro Defizits bei den Kommunen seien die Zeiten des allumsorgenden Staats vorbei, so Mayer.

Unter der Moderation von Gemeindetagsdirektor Matthias Simon zeigte Stadtbaumeister Moritz Reinhold praxisnah den Weg der Stadt Dachau zu einem neuen Flächennutzungsplan im X-Planung-Standard auf und wies darauf hin, dass für die Umsetzung in Technik und Personal investiert werden muss, um notwendiges Wissen in den Kommunen aufzubauen.

Mathias Reitberger, Fachanwalt für Verwaltungsrecht aus München, informierte die Zuhörer über aktuelle Entwicklungen aus dem Öffentlichen Baurecht, wie das 2024 in Kraft getretene Gesetz zur Stärkung der Digitalisierung in der Bauleitplanung, aber auch die anstehende BauGB-Novelle 2024. Matthias Simon erweiterte den Vortrag um Ausführungen zu der ebenfalls anstehenden BayBO-Änderung im Rahmen des Ersten Modernisierungsgesetzes Bayerns.

Er sicherte zu, dass sich der Bayerische Gemeindetag weiter für den Erhalt der kommunalen Stellplatzsitzungen einsetzen werde.

Welche Wege beschritten werden müssen, um ein Wohnhaus Baujahr 1925 denkmalrecht instand zu setzen, darüber berichtete Manfred Sandmeier vom Verein ProAltstadt Dinkelsbühl und dem Denkmalnetz Bayern. Der gelernte Schreiner hob vor allem die Bauarbeiten an dem Denkmal in der Elsasser Gasse hervor. Voller Stolz präsentierte er das bemerkenswerte Ergebnis: Die Kosten für die Erhaltung betragen lediglich 2.100 Euro/qm Grundfläche.

„Einfach bauen in Zeiten von Wohnraumangel, Kostenexplosion und Klimakrise“ lautete das Vortragsthema von Prof. Dipl.-Ing. Florian Nagler, Architekt und Lehrstuhlinhaber an der TU München.

Wie dieses „einfache“ Bauen gelingen kann, vermittelte Nagler vor allem anhand bereits bewohnter Forschungshäuser in Bad Aibling. Dort gelte die Maxime „nachhaltig – dicht – einfach“. Nagler zufolge sollte man „nur bauen, was man wirklich braucht“.

Die Münchner Architektin Michaela Ausfelder präsentierte unter dem Titel „Bezahlbarer Wohnraum und die Einkommensorientierte Förderung des Freistaates Bayern“ Planung,

Bau und Wohnungsvergabe eines Mehrgenerationenhauses in Freising-Lerchenfeld. Sie erläuterte, wie es möglich war, 111 Wohneinheiten für eine Anfangsmiete von 8,50 Euro/qm zu realisieren. Grundrisspläne und Fotos aus dem Gebäudeinnern verdeutlichten die hohe erzielte Wohnqualität, die künftig für glückliche Mieter sorgen wird.

Was „Integrierte und strategische Innenentwicklung und Ortskernstärkung“ für Uffing am Staffelsee bedeutet, fasste Erster Bürgermeister Andreas Weiß wie folgt zusammen: „Wir schauen, dass unser Dorf ein Dorf bleibt.“ Dafür sei ein Strauß an Maßnahmen und Planungen erforderlich, wie etwa Vorkaufrechte nach dem sog. Weilheimer Modell, eine Ortsgestaltungssatzung, eine städtebauliche Rahmenplanung und ein Gemeindeentwicklungskonzept, dessen Ausarbeitung zweieinhalb Jahre dauerte, betonte Weiß. In diesem Zusammenhang stellte der Rathauschef auch die Bürgerbeteiligung als basisdemokratischen Eckpfeiler der Maßnahmen heraus.

Mit „Wärmeplanung konkret – Rechtsrahmen und Praxis“ befasste sich Stefan Graf, Direktor des Bayerischen Gemeindetags, in einer Live-Schalt. Bereits Ende 2023 wurde das Wärmeplanungsgesetz vom Bundestag beschlossen. Durch Bundesgesetz dürfen Gemeinden laut Graf jedoch keine Aufgaben übertragen werden, so dass noch eine bayerische Umsetzungsregelung notwendig ist. Diese sei nun für die Jahreswende 2024/2025 angekündigt. Bis diese Umsetzungsregelung vorliegt, bleibe aber einiges im Unklaren, betonte der Verbandsdirektor. **DK**

## Grundsteinlegung in Sparneck

H2i startet Bau von 1.800 geförderten Wohnungen in Bayern

Die H2i Asset Management GmbH hat den feierlichen Spatenstich für ihr umfangreiches Wohnbauprojekt im Rahmen des bayerischen EOF-Programms (Einkommensorientierte Förderung) gefeiert. Der Startschuss in Sparneck markiert den Beginn eines ambitionierten Vorhabens, bei dem insgesamt 1.800 Wohnungen an 45 Standorten in Bayern entstehen werden. Die erste Grundsteinlegung in der Talstraße umfasst 39 Wohnungen mit insgesamt 2.900 Quadratmetern Wohnfläche und wird bis Sommer 2025 fertiggestellt.

„Mit dem Projekt in Sparneck beginnt die Realisierung von über 1.800 dringend benötigten, bezahlbaren Wohnungen, die wir in den kommenden Jahren in ganz Bayern schaffen werden. Unser Ziel ist es, den ländlichen Raum zu stärken und dort bezahlbaren Wohnraum zu bieten, wo er dringend gebraucht wird“, erklärt Tilman Hickl, Geschäftsführer der H2i Asset Management GmbH.

Das Projekt in Sparneck ist Teil eines größeren Programms, das sich gezielt auf ländliche Regionen wie u.a. Rehau, Hof und Schwabach konzentriert. Das EOF-Programm unterstützt dabei sowohl Bauherren als auch Mieter durch zinsgünstige Darlehen und Mietzuschüsse, um die Mieten für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen auf einem erschwinglichen Niveau zu halten.

Das Projekt in Sparneck ist Teil eines größeren Programms, das sich gezielt auf ländliche Regionen wie u.a. Rehau, Hof und Schwabach konzentriert. Das EOF-Programm unterstützt dabei sowohl Bauherren als auch Mieter durch zinsgünstige Darlehen und Mietzuschüsse, um die Mieten für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen auf einem erschwinglichen Niveau zu halten.

Das Projekt in Sparneck ist Teil eines größeren Programms, das sich gezielt auf ländliche Regionen wie u.a. Rehau, Hof und Schwabach konzentriert. Das EOF-Programm unterstützt dabei sowohl Bauherren als auch Mieter durch zinsgünstige Darlehen und Mietzuschüsse, um die Mieten für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen auf einem erschwinglichen Niveau zu halten.

Das Projekt in Sparneck ist Teil eines größeren Programms, das sich gezielt auf ländliche Regionen wie u.a. Rehau, Hof und Schwabach konzentriert. Das EOF-Programm unterstützt dabei sowohl Bauherren als auch Mieter durch zinsgünstige Darlehen und Mietzuschüsse, um die Mieten für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen auf einem erschwinglichen Niveau zu halten.

Das Projekt in Sparneck ist Teil eines größeren Programms, das sich gezielt auf ländliche Regionen wie u.a. Rehau, Hof und Schwabach konzentriert. Das EOF-Programm unterstützt dabei sowohl Bauherren als auch Mieter durch zinsgünstige Darlehen und Mietzuschüsse, um die Mieten für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen auf einem erschwinglichen Niveau zu halten.

Das Projekt in Sparneck ist Teil eines größeren Programms, das sich gezielt auf ländliche Regionen wie u.a. Rehau, Hof und Schwabach konzentriert. Das EOF-Programm unterstützt dabei sowohl Bauherren als auch Mieter durch zinsgünstige Darlehen und Mietzuschüsse, um die Mieten für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen auf einem erschwinglichen Niveau zu halten.

### Nachhaltige Bauweise für schnelle Realisierung

Das Wohnprojekt in Sparneck wird in modularer Holz-Hybrid-Bauweise errichtet, die eine schnelle Bauzeit ermöglicht und gleichzeitig besonders umweltfreundlich ist. „Nachhaltigkeit und Effizienz stehen bei unseren Projekten im Vordergrund. Mit der Holz-Hybrid-Bauweise reduzieren wir den ökologischen Fußabdruck und können den Bau bezahlbarer Wohnungen in kürzester Zeit realisieren“, so Hickl weiter.

### Starke Partnerschaften vor Ort

Die Veranstaltung in Sparneck wurde gemeinsam mit dem Bürgermeister der Marktgemeinde Sparneck Daniel Schreiner, dem Landrat des Landkreises Hof Dr. Oliver Bär und Pfarrerin Johanna Bernstengel gefeiert. „Die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern ist ein Schlüsselfaktor für den Erfolg unserer Projekte. Gemeinsam können wir Wohnraum schaffen, der nicht nur bezahlbar, sondern auch nachhaltig ist“, betont Hickl.

### Über H2i Asset Management GmbH

Die H2i Asset Management GmbH wurde 2019 mit einem Fokus auf den deutschen und nordamerikanischen Markt gegründet. Mit zwei Standorten in München und Hamburg ist H2i Brückenbauer zwischen institutionellen Investoren und Projektentwicklern. Das Unternehmen stellt Lösungen für den gesamten Lebenszyklus der Immobilie zur Verfügung: von Mezzanine-Konstruktionen und Joint Ventures in der Projektentwicklungsphase über Forward Sales oder Forward Fundings bis zur Bestandshaltung für Dritte. **DK**

## Kampfmittelbelastung ernst nehmen

Grundstückseigentümer und Bauherren sind in der Pflicht

Auf Fliegerbomben, Panzerfäusten und Artilleriegranaten aus dem Zweiten Weltkrieg trifft man bei Bautätigkeiten oft. 126 Tonnen Kampfmittel wurden so letztes Jahr in Bayern aufgespürt und beseitigt. Innenminister Joachim Herrmann sieht jedoch keinen Grund für eine Entwarnung und appelliert an die Verantwortlichen, das Thema dauerhaft weiterzuverfolgen

Wer baut, haftet dafür, dass von dem Grund, in dem eingegriffen wird, keine Gefahr ausgeht. Sowohl Grundstückseigentümer als auch private Bauherren haben deshalb dafür Sorge zu tragen, die mögliche Gefahr von Kampfmitteln überprüfen und vorhandene Kampfmittel beseitigen zu lassen. Dies sollte im Vorfeld, also vor dem eigentlichen Baubeginn passieren.

Bei Breitbandausbau und Erschließung von Gewerbegebieten, Sportplatzerneuerungen oder Schul- und Kitaerweiterungen stehen Städte und Gemeinden im Fokus des öffentlichen Interesses. Die Klärung aller Fragen an ein Grundstück ist deshalb oberste Sorgfaltspflicht. Nicht nur in Sachen Kampfmittelgefahr schafft das Vorteile. Wer vorerkundet, gewinnt Planungssicherheit und vermeidet einen plötzlichen Baustellenstillstand wegen eines überraschenden Bombenfundes. Dieser würde jeden Tag richtig viel Geld kosten. Für die am Bau tätigen Menschen wird zudem Vorsorge getroffen, denn zum verantwortungsvollen Bauen gehört die Umsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen.

### Fachfirmen sind erste Ansprechpartner

Als anerkannte Vorgehensweise hat sich ein aus drei Schritten bestehendes Verfahren etabliert: Vorerkundung, Sondierung, Kampfmittelbeseitigung. Dabei führen die ersten beiden Schritte zumeist privatwirtschaftliche Fachfirmen durch. Lediglich die Kampfmittelbeseitigung inklusive notwendiger Sprengungen erfolgt hoheitlich durch Spezialisten der jeweiligen Bundeslandbehörde, in Bayern eine vom Ministerium beauftragte Spezialfirma.

Der erste Schritt, die sogenannte Vorerkundung, kann Wochen oder Monate vor Baubeginn durchgeführt werden. Das bringt den Verantwortlichen Klarheit in der Frage, ob eine Sondierung notwendig ist oder nicht, und schützt so vor unliebsamen Überraschungen oder kostspieligen Bauverzögerungen. Denn eine anschließende

## Zwei neue staatliche Gymnasien in München

Finanzminister Albert Füracker und Kultusministerin Anna Stolz haben dem Antrag der Landeshauptstadt München für zwei neue staatliche Gymnasien in München zugestimmt. Mit Freiam Nord und Langwied/Dreilingsweg handelt es sich um Standorte im Westen von München.

„In München schaffen wir für unsere Schülerinnen und Schüler dringend benötigte Plätze in modernen Lernumgebungen... Rund ein Drittel des gesamten Haushaltsvolumens des Freistaats fließt in die Bildung – eine starke Investition in die Zukunft unseres Landes!“, freut sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

„Wir rechnen damit, dass in den nächsten Jahren die Zahl der Gymnasiasitäten und Gymnasialisten im Gesamttraum München deutlich zunehmen wird – unter anderem wegen der demografischen Entwicklung und der Einführung des neuen G9. Die zwei zusätzlichen staatlichen Gymnasien unterstützen die bereits bestehenden Gymnasien. Durch sie können wir unseren Schülerinnen und Schülern auch in Zukunft

de Sondierung braucht Zeit, erfolgt abgestimmt auf den Befund und verlangt unterschiedlichen Geräteeinsatz und Methoden. Nach einer Bombe wird anders sondiert als nach Munition aus Bodenkämpfen.

### Detektivarbeit durch Spezialisten

Die Vorerkundung ist eine Fernerkundungsmethode, bei der historische Luftbilder ausgewertet werden, die die Alliierten vor und nach Luftangriffen aufgenommen haben. Flankiert wird dies von einer historischen Recherche, die Militärakten, Angriffsberichte, Ortschroniken und viele weitere Quellen auf Hinweise zu den ortrelevanten Kriegereignissen durchforstet. Hier ist viel Erfahrung seitens der Luftbildauswertung von großem Vorteil und die Zusammenarbeit mit den Historikern bringt Ergebnisse mit hoher und belastbarer Aussagekraft. Darauf spezialisierte Fachfirmen wie etwa die LBA Luftbildauswertung in Stuttgart, die Dr. Carls Luftbilddatenbank in Würzburg und die Bullinger GmbH in Bamberg arbeiten nach diesem Verfahren.

Die Luftbildauswerter räumen auch mit dem Irrglauben auf, Bomben lägen immer nur in der Nähe von Industrie und Bahnhöfen. Cluster von Bombenkratern mitten im Feld oder Hunderte von Metern vom damaligen Stadt- oder Ortsrand entfernt, sind keine Seltenheit. Schließlich flogen die Bomber damals auf Sicht, wurden häufig angeschossen und mussten vor dem Erreichen ihres eigentlichen Ziels ihre Bombenladung abwerfen.

### Kosten für Entsorgung übernimmt der Freistaat

Für die Einschätzung und Überprüfung der unbekanntenen Gefahrenlage hat der Grundstückbesitzer oder der Bauherr die Kosten zu übernehmen. Die Kosten für Bergung, Abtransport oder, wenn erforderlich, die Evakuierung wegen kontrollierter Sprengung übernimmt in jedem Fall der Freistaat Bayern. **DK**

## Maßnahmenpaket für...

(Fortsetzung von Seite 5)

Beispiel die Landkreise Neu-Ulm oder Freyung-Grafenau, aber auch die Landkreise Mühldorf und Altötting, die gemeinsame Konzepte entwickelten. In teils schmerzhaften Prozessen hätten diese Kommunen nach einer gründlichen Analyse entschieden, Doppel- oder gar Dreifachvorhalten derselben stationären Angebote an mehreren Standorten innerhalb des Landkreises abzubauen. „Das heißt konkret: Konzentrierung an einem Standort und dadurch aber auch, dass dieser Standort dauerhaft gestärkt und in der Versorgungsqualität zum Teil sogar weiter aufgewertet wird“, machte Gerlach deutlich. An manchen Standorten seien die stationären Leistungen bedarfsgerecht reduziert worden, aber oft bei gleichzeitigem Ausbau der ambulanten Notfallversorgung. Vor allem, wenn sich Klinikträger zu größeren Verbänden zusammengeschlossen hätten, sei es gelungen, solche Abstimmungen landkreisübergreifend über mehrere Kommunen hinweg vorzunehmen.

Besonders konsequent sei die sen Weg der Konzentration beispielsweise der Landkreis Main- Spessartgegangen. In einem konstruktiven Dialog wurde entschieden, die stationäre Versorgung für die Region von ehemals drei Standorten in einem zentralen Klinikneubau in Lohr zu konzentrieren. Hierdurch würden nicht nur unwirtschaftliche Mehrfachvorhalten und bestehende Überkapazitäten abgebaut, sondern auch die medizinische Qualität der Versorgung durch stärkere Profilbildung verbessert. Der Freistaat unterstütze diesen Weg weitreichend mit der Investitionskostenförderung. Mit Blick

auf Bayerns Strategie im weiteren Gesetzgebungsprozess des Bundes erklärte die bayerische Gesundheitsministerin: „Da Bundesminister Lauterbach und auch die Ampelkoalition im Bundestag bislang die zentralen Forderungen und Vorschläge der Länder zur Krankenhausreform des Bundes weitestgehend ignoriert haben, werde ich mich im Bundesrat dafür einsetzen, den Vermittlungsausschuss anzurufen. Das ist die letzte Chance, dringend notwendige Änderungen nachzuverhandeln, um die für die Bundesländer wichtigen Änderungen zu erreichen.“

Nach Angaben des Vorsitzenden der Freie Wähler-Landtagsfraktion Florian Streibl sind bundesweit derzeit 70 Prozent der Krankenhäuser ernsthaft besorgt um ihre Existenz – und auch im Freistaat sei die Lage dramatisch. „Wir Freien Wähler wollen keine Zweiklassengesellschaft bei der Gesundheitsversorgung. Wir lassen nicht zu, dass Stadt und Land gegeneinander ausgespielt werden. Eine schnelle medizinische Behandlung muss allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen – nicht nur jenen, die in Metropolregionen leben“, unterstrich Streibl.

Bei der Krankenhausplanung müssten gewachsene Strukturen mit realen Versorgungsbedarfen in Einklang gebracht werden. Die Krankenhausreform sollte Streibl zufolge u.a. dazu genutzt werden, die Pflege zukunftsorientiert aufzustellen – im Sinne aller Patientinnen und Patienten: „Pflegefachliche Expertise muss in Entwicklung und Strukturvorgaben der Krankenhausreform fest integriert werden und der Bund muss dafür die Weichen richtig stellen. Pflegequalität muss ein Kriterium

für die Zuordnung zu Leistungsgruppen sein. Eine Klinik, die Spitzenmedizin leisten will, kommt ohne hohe Pflegequalität nicht aus. Dazu gehören für mich zwingend sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen, die unter pflegerischer Leitung stehen. Nur auf diese Weise werden wir älteren, multimorbiden Patienten auch eine gute Genesungszeit ermöglichen können.“

Der Grünen-Sprecher für Gesundheit und Pflege Andreas Hanna-Krahl wies darauf hin, dass seine Partei seit langem eine vorausschauende und transparente Krankenhausplanung fordere. „Jetzt müssen umgehend passgenaue Regelungen geschaffen werden, um damit regionale Unterversorgungen, Mehrfachvorhalten und Fehlversorgung aufzudecken und zu reduzieren. Außerdem müssen die Chancen der Bundesreform genutzt und sektorübergreifende Einrichtungen konsequent gestärkt werden.“

AfD-Gesundheitssprecher Andreas Winhart bezeichnete die von Staatsministerin Gerlach vorgeschlagenen Maßnahmen als unzureichend und forderte eine Bestandsgarantie für alle öffentlichen Klinikstandorte in Bayern. Statt einer Anpassung an die Reform der Bundesregierung, die ein Desaster für Bayern darstelle, sei eine regionale Krankenhausversorgung erforderlich.

Die finanzielle Schiefelage der Krankenhäuser führt SPD-Gesundheitssprecherin Ruth Waldmann auf die nach ihrer Ansicht „seit Jahren unzureichenden Investitionen der Staatsregierung“ zurück und plädierte dafür, die Finanzierungsgrundlage zu ändern. 80 Prozent der Kliniken rechneten heuer mit roten Zahlen. **DK**

Neuerscheinung:

# Nachhaltige Kulturkommunen. Praxis und Perspektiven kommunaler Kulturförderung in Bayern

Von Dr. Christine Fuchs, Leiterin STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.

Das Netzwerk STADTKULTUR Bayern legt eine neue Broschüre mit dem Titel „Nachhaltige Kulturkommunen. Praxis und Perspektiven kommunaler Kulturförderung“ vor. Die Publikation zielt darauf, die Relevanz der Kulturarbeit sichtbar zu machen und den Stellenwert von Kultur und Bildung in unserer Gesellschaft zu unterstreichen. Die zehn darin vorgestellten Mitgliedskommunen – Ansbach, Augsburg, Burghausen, Ingolstadt, Kempten, München, Nürnberg, Regensburg, Schwabach und Würzburg – zeigen, wie vielschichtig und anspruchsvoll die Kulturarbeit in den Kommunen ist und dass sich kulturelle Qualität und Klimatauglichkeit nicht widersprechen, sondern – im Gegenteil – zusammengehören.

Das Netzwerk der bayerischen Städte STADTKULTUR ist ein Verband von derzeit knapp 60 Kommunen, die seit 50 Jahren im Bereich der Kultur und Bildung zusammenarbeiten. Die Städte und Gemeinden unterstützen sich darin, Kultur in Qualität und Vielfalt zu fördern, stellen sich den Herausforderungen der Zeit und setzen in gemeinsamen Projekten neue Impulse. So befasste sich das jüngste landesweite Städtefestival unter dem Titel „Kunst.Klima.Kunst“ mit der Kulturarbeit im Klimawandel und ging dieser in verschiedenen künstlerischen Ansätzen nach.

## Schwerpunkte

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit bilden aktuelle Schwerpunktthemen im Städtewerk, ebenso wie die kulturelle Bildung, die Digitalisierung, Diversität und Identität sowie der Bereich der Stadtentwicklung und das Thema Demokratie als kulturelle Aufgabe.

Die Broschüre „Nachhaltige Kulturkommunen“ stellt diese Themen an vielen Beispielen vor. Sie machen deutlich, wie komplex die Arbeit der Kulturverwaltungen ist, wie dynamisch kommunale Kultur agieren kann – und oft auch muss. Die Themen und Gestaltungsmöglichkeiten der Kulturabteilungen sind vielfältig und der Kulturarbeit vor Ort kommt eine große gesellschaftliche Verantwortung zu: für das Erlernen alter und neuer Handlungsweisen, für Wertschätzung und Wertewandel, für Gemeinschaftsbildung, Resilienz, Umdenken und vieles mehr. Die Beispiele aus den Städten belegen auch, dass sich kulturelle Qualität und Klimatauglichkeit nicht widersprechen, sondern – im Gegenteil – zusammengehören.

Die Nürnberger Bürgermeisterin Prof. Dr. Julia Lehner weist in ihrem Grußwort darauf, dass Kommunen vielfach ein gutes Beispiel dafür geben, wie die Zukunftsfähigkeit unserer Lebenswelt zu gewährleisten

ist und dass gerade dem Kunst- und Kulturbereich dabei ein innovatives Vorschreiten innewohnt.

## Neuer Vorstand

STADTKULTUR Bayern setzt sich unter Leitung des seit Ende September 2024 neu amtierenden Vorstands des Vereins mit seiner Arbeit für gelin-

gende gesellschaftliche Transformationsprozesse ein. In der Broschüre finden sich dazu Statements von Jürgen K. Enninger, neuem Vorstandsvorsitzenden und Augsburg Referenten für Kultur, Welterbe und Sport, Sandra Hoffmann-Rivero, neue zweite Vorsitzende und Schwabacher Kulturamtsleiterin, den Vorstandsmitgliedern Frank Büschel, Friedberger Kulturamtsleiter, und Jörg Fabig, Aschaffener Kulturamtsleiter, sowie von den Beiratsmitgliedern Anton Biebl, Münchner Kulturreferent, Wolfgang Dersch, Regensburger Kulturreferent, Martin Fink, Kemptner Kulturamtsleiter, Annetrin Fries, Nürnberger Kulturamtsleiterin, und Nadja Wilhelm, Ansbacher Kulturamtsleiterin. □



Neuer Vorstand STADTKULTUR (v.l.): Frank Büschel, Dr. Christine Fuchs, Jürgen Enninger, Sandra Hoffmann-Rivero, Jörg Fabig, Sabine Guhl.  
Bild: Dr. Johanna Vocht

## Internationale Fachkonferenz Nachtkultur:

# „Stadt Nach Acht“ Transformation der Nacht

Kürzlich fand die internationale Fachkonferenz zur Nacht- und Clubkultur „Stadt Nach Acht“ zum siebten Mal statt. Erstmals wurde sie von Augsburg als bayerischer Kommune ausgerichtet. Organisiert wurde die Konferenz von der LiveMusikKommission e.V., dem Bundesverband der Musikspielstätten in Deutschland LiveKomm, in Kooperation mit der Initiative Musik gGmbH und gefördert durch die Stadt Augsburg und den Bezirk Schwaben.

Im diesjährigen Schwerpunkt widmet sich die interdisziplinäre Nightlife-Konferenz den zentralen Themen der Nachtkultur: Nachtökonomie, Gesundheit und Sicherheit, Kultur der Nacht und Stadtentwicklung aus der Sicht von Städten im Miteinander der nahen Millionenmetropolen und Städten mit großen Wechselwirkungen in den ländlichen Raum. Das vielfältige Programm bringt Akteurinnen und Akteure aus den Bereichen Clubkultur, Musikwirtschaft, Nacht-

ökonomie, Gesundheit, Stadtentwicklung, Politik und Verwaltung zusammen.

## Kulturreferent Enninger: „Nachtleben ist wichtiger Standortfaktor“

Jürgen K. Enninger, Kulturreferent der Stadt Augsburg, stellte die Konferenz in der Sitzung des Kulturausschusses am 1. Juli vor. „Sie ist ein wichtiger Impuls für die Transformation von Kommunen hin zu einem Verständnis des Nachtlebens als bedeutenden Standortfaktor. Clubs und Musikspielstätten leisten einen wertvollen Beitrag für eine lebendige, bunte und lebenswerte Stadtgemeinschaft“, so Enninger. „Mit der internationalen Fachkonferenz in Augsburg diskutieren wir zukunftsweisende Themen der Stadtentwicklung und ökonomische Herausforderungen und bringen Politik, Verwaltung und Kulturschaffende auf Augenhöhe zusammen.“

## Kritik an Entwurf zur Lärmschutznovelle

Zwei Tage lang behandelte die Konferenz „Stadt nach Acht“ zentrale Fragen des Nachtlebens. Rund 100 internationale Fachleute diskutierten mit etwa 300 Teilnehmern in über 20 Panels, Talks und Workshops Themen wie etwa die Anerkennung von Musikclubs innerhalb der Baunutzungsverordnung und die Novelle der

Technischen Anleitung für Lärm (TA Lärm), die aktuell Kultur-Emissionen mit Industrielärm gleichsetzt. „Der vorgelegte Entwurf zur Lärmschutznovelle verfehlt das Ziel, Kultur zu schützen und moderne Stadtentwicklung zu fördern. Hier müssen wir ansetzen“, sagte Axel Ballreich, Vorsitzender der LiveKomm. „Wir freuen uns, die Konferenz in Augsburg auszurichten, zukunftsfähige Themen weiterzuentwickeln und danken der Initiative Musik gGmbH, besonders Katja Lucker, sowie der Stadt Augsburg und dem Populärmusikbeauftragten des Bezirks Schwaben, Maximilian Schlichter, für die Unterstützung und Kooperation“, ergänzt Ballreich.

## Geändertes Ausgehverhalten und wirtschaftlicher Druck

Ein weiteres zentrales Thema ist der ökonomische Wandel der Branche, die durch ein geändertes Ausgehverhalten und den Fachkräftemangel geprägt ist. Der wirtschaftliche Druck nimmt zu und das Gefälle zwischen Stadt und Land wächst. Die Konferenz setzte sich daher auseinander, wie sich das kulturelle Leben künftig auch jenseits der Metropolen gestalten kann. Demokratiebildung, Clubkultur und Nachtleben als verbindende Elemente für Gemeinschaft gewinnen an Bedeutung. Es wurde erörtert, wie Konzepte zur Diversität und Wege zu einem sichereren Nachtleben entwickelt werden können.

„Diese Fragen und Herausforderungen betreffen auch Augsburg. Wir als Club- und Kulturkommission Augsburg wollen diese Themen aufgreifen und gemeinsam mit der Stadt Augsburg spezifische Lösungsvor-

schläge entwickeln und in den Dialog auf Augenhöhe treten“, so Sebastian Karner, Vorsitzender der Club- und Kulturkommission Augsburg e.V.

Ziel ist es, die Konferenz in den Clubs und Musikspielstätten Augsburgs stattfinden zu lassen. Die Club- und Kulturkommission Augsburg fungiert dabei mit ihrer Netzwerkfunktion als starker Partner. Sie öffnet Türen und führt das Organisationsteam der LiveKomm aus Hamburg und Berlin mit der lokalen Szene zusammen. Des Weiteren führte der Bundesverband LiveKomm am Vorabend der Konferenz seine Jahresdelegiertenversammlung in Augsburg durch, um sein Netzwerk zu stärken und mit Akteurinnen und Akteuren in den Austausch zu gehen.

Eine ebenfalls tragende Rolle nahm die Club- und Kulturkommission bei der Ausgestaltung der Panels, Talks und Workshops ein. Partizipativ wurden die Bedürfnisse und Herausforderungen der lokalen Szene herausgearbeitet und in das Programm eingeflochten.

Die „Stadt Nach Acht“ ist ein Kooperationsprojekt der Initiative Musik gGmbH. Die Fachkonferenz wird mit bis zu 100.000 Euro durch Projektmittel der Beauftragten für Kultur und Medien in der Infrastrukturförderung der Initiative Musik unterstützt. Zusätzlich steuert die Stadt Augsburg bis zu 70.000 Euro bei. Zudem besteht eine Kooperation mit dem Populärmusikbeauftragten des Bezirks Schwaben.

Die LiveMusikKommission e.V. (kurz LiveKomm) ist der Bundesverband der Musikspielstätten in Deutschland und repräsentiert mehr als 730 Musikclubs und Festivals in über 100 Städten und Gemeinden. Ihre Mitglieder gehören zu den größten Anbietern lokaler Kulturveranstaltungen, des städtischen Tourismus sowie der deutschen und internationalen Talentförderung. □

## Unternehmensstandort Bad Reichenhall:

# Kurstadt mit Kaufkraft

Der oberbayerische Wirtschaftsraum Bad Reichenhall will künftig noch attraktiver werden für Handel, Gastronomie und Dienstleister, aber auch produzierende Unternehmen sowie Start-ups. Für potentielle Neuansiedlungen resultiert aus der Lage inmitten der Metropolregion Salzburg eine kaufkräftige Klientel, und das bei fairen Mieten: 72 Prozent der Gewerbeimmobilien liegen preislich im Durchschnitt oder darunter. Neben soziodemographischen und volkswirtschaftlichen Vorteilen wie einem großen Einzugsgebiet punktet die von den Berchtesgadener Alpen umgebene Kreisstadt nicht zuletzt dank ihrer zwei Kilometer langen und vom Element Wasser geprägten Fußgängerzone mit top Infrastruktur, kurzen Wegen und hoher Lebensqualität – für Urlauber, Kurgäste, Besucher und Einwohner, vor allem aber für Geschäftstreibende.

In Bad Reichenhall gibt es ein breit gefächertes Spektrum an Firmen unterschiedlichster Branchen. Zu den Big Playern zählen unter anderem die Südwestdeutschen Salzwerke AG (337,6 Mio. Euro Jahresumsatz), die Schokoladenfabrik Reber (40 Mio. Euro Jahresumsatz) sowie der Taschengroßhändler Sieber, mit 30 Mio. Euro Jahresumsatz einer der größten seiner Art in Europa. Der Familienbetrieb in elfter Generation ist seit 1947 in Bad Reichenhall ansässig und gehört zu den Top-Unternehmen im DDW-Ranking der wichtigsten Mittelständler Deutschlands.

Doch auch eine Reihe von kleinen und mittleren Betrieben sind in Bad Reichenhall ansässig, darunter etwa die Schreinerei Haas, Polstermöbel Fischer oder das 6.000 Quadratmeter große Kaufhaus Juhasz, ausgezeichnet mit dem German Design Award. Aufgrund ihrer Tradition als Kurstadt samt entsprechendem Kundenkreis gilt der Standort auch als attraktiv für die Gesundheitsbranche: Die Naturheilmittel-GmbH Balneo oder der pharmazeutische Erzeuger „Lagubo“ machen es seit Jahrzehnten erfolgreich vor.

Gut beraten. Dem fairen Gewerbesteuerhebesatz von 380

Prozent ist zu verdanken, dass die Fluktuation der Geschäftsleute in der Alpenstadt gering und die Attraktivität für Einzelhändler hoch bleibt. Als kompetenter Ansprechpartner beim Finden geeigneter Immobilien sowie für Aktionen, Öffentlichkeitsarbeit, Events und Kampagnen fungiert das Stadtmarketing. Auf dessen b2b-Website ist unter anderem das Standortportal des Berchtesgadener Land Wirtschaftsservice verlinkt, das einen ersten Überblick bietet. Aktuelle Infos und Beratung erhalten interessierte Unternehmen über Maren Hauke, +49 8651 7151126 oder [m.hauke@bad-reichenhall.de](mailto:m.hauke@bad-reichenhall.de).

## Starkes Netzwerk, positive Synergien

Eine Vielzahl von Start-ups und Technologieunternehmen bereichern Bad Reichenhalls Wirtschaft und verbessern gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen in der Region. Gründer werden seitens des Stadtmarketings tatkräftig unterstützt, unter anderem durch Beratungen zu staatlichen Förderprogrammen oder zu diversen starken Partnern. Ein aktives Netzwerk, bestehend aus dem Berchtesgadener-Land-Wirtschaftsservice,

dem Reichenhaller Unternehmerforum, dem Kulturnetzwerk und vielen weiteren lokalen Akteuren, schafft positive Synergien und lukrative Kooperationsmöglichkeiten. Dabei prägt das gute Geschäftsklima nicht nur die Betriebe entlang der zwei Kilometer langen Fußgängerzone, sondern dank der kurzen Wege auch außerhalb der Innenstadt.

## Treue Kunden

Die passenden Zahlen können sich sehen lassen: 1,3 Millionen Tagesgäste besuchen jährlich die 21.378-Einwohner-Stadt mit dem zum Staatsbad gehörigen Bayerisch Gmain, knapp eine Million bleibt über Nacht. Hinzu kommen 500.000 Personen aus einem Einzugsgebiet von 60 Kilometern. Insgesamt wird eine Jahresfrequenz von 4,7 Millionen Besuchern allein in der Innenstadt generiert, die dem Einzelhandel ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit stetig wachsender Flächenproduktivität von derzeit knapp 4.000 Euro pro Quadratmeter beschert.

Diese Entwicklung bestätigen auch die ortsansässigen Geschäftstreibenden: „In der Stadt ist eigentlich immer etwas los. Davon profitieren wir als Händler natürlich sehr“, so Britta Fischer, Geschäftsführerin Thalia Buch. Tom Gleinig, Inhaber von Menzel's Wohndesign, ergänzt: „Unsere kaufkräftigen Stammkunden kommen aus einem Umkreis von über 200 Kilometern nach Bad Reichenhall und zu uns.“

Weitere Infos in der neuen Broschüre „Chancen & Möglichkeiten – Wirtschaftsstandort Bad Reichenhall“ unter [www.bad-reichenhall.de/emags/Standortbroschuere2024](http://www.bad-reichenhall.de/emags/Standortbroschuere2024). □

Inhaltsverzeichnis

Kostenlose PDF-Version  
[www.stadtkultur-bayern.de](http://www.stadtkultur-bayern.de)  
Bestellung kostenloses Druck-Exemplar  
[info@stadtkultur-bayern.de](mailto:info@stadtkultur-bayern.de)

- 10 Stadtporträts: Ansbach, Augsburg, Burghausen, Ingolstadt, Kempten, München, Nürnberg, Regensburg, Schwabach und Würzburg
- 7 Schwerpunktthemen: ökologische Nachhaltigkeit, Kulturelle Bildung, Stadtentwicklung, soziale Nachhaltigkeit, Diversität und Identität, Digitalisierung und Digitalität, Demokratie als kulturelle Aufgabe
- 2 Praxisbeispiele: DASMAXIMUM Traunreut, treibgut München

Hrg.: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V., Dr. Christine Fuchs, ISBN: 978-3-9820076-7-0

Nachhaltige Kulturkommunen  
Praxis und Perspektiven kommunaler Kulturförderung in Bayern



Bayerns Bauminister Christian Bernreiter gemeinsam mit Umweltminister Thorsten Glauber mit den Preisträgern des Bayerischen Ideenwettbewerbs.

Bild: strmu

## Sorgsamer Umgang mit kostbaren Rohstoffen

Preise beim Bayerischen Ideenwettbewerb für nachhaltigen Einsatz von Bauteilen und Recyclingmaterialien

Vier Preisträger des Bayerischen Ideenwettbewerbs für den nachhaltigen Einsatz von Bauteilen und Recyclingmaterialien im Bau-sektor haben Bayerns Bauminister Christian Bernreiter und Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber prämiert.

Bei der Preisverleihung in München betonte der Umweltminister: „Der sorgsame Umgang mit kostbaren Rohstoffen ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen vorhandenes Rohstoffpotenzial noch besser nutzen und schützen. Der Bausektor hat hier eine Schlüsselrolle. Rund ein Drittel der weltweiten Ressourcen werden beim Bauen verbraucht. Gleichzeitig entstehen beim Bauen enorme Abfallmengen. Diese Entwicklung wollen wir bremsen: durch mehr Kreislaufwirtschaft und bessere Rückführung von Bauteilen und Abfällen in den Bauzyklus. Unser Bayerischer Ideenwettbewerb ist ein eindrucksvoller Beweis, wie es gehen kann – aus der Praxis für die Praxis. Die prämierten Ideen sind bereits erfolgreich erprobt und Impulsgeber für umweltverträgliches Bauen.“

### Innovative Branche

Bernreiter ergänzte: „Die prämierten Projekte zeigen eindrucksvoll, wie innovativ und zukunftsweisend die bayerische Baubranche ist. Neben dem Erhalt unserer Bauwerke ist die Kreislaufwirtschaft enorm wichtig für das Bauen von morgen. Rohstoffknappheit und Engpässe in den Lieferketten gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Gerade im Bausektor gibt es enorme Chancen für mehr Ressourcen- und Klimaschutz.“

Die ausgezeichneten Ideen sind nicht nur umweltfreundlich, sondern auch wirtschaftlich attraktiv. Sie beweisen, dass nachhaltiges Bauen und Kosteneffizienz Hand in Hand gehen können. Damit stärken wir nicht nur den Klimaschutz, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit des Bausektors in Bayern.“

### Potenziale erschließen

Mit dem Bayerischen Ideenwettbewerb wirbt der Freistaat für den verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen im Rahmen seiner „Mission RC20/25 – Bayern baut auf Umweltschutz!“. Der Ideenwettbewerb geht auf einen Beschluss der Staatsregierung für den verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen zurück und zielt darauf ab, das Potenzial von Recycling-Baustoffen zu erschließen. Teilnehmen konnten insbesondere Unternehmen aus der Baubranche, Forschungseinrichtungen, Planende und Architekten mit Firmensitz in Bayern. Die Preisträger erhalten jeweils

chen ging im Rahmen der Generalsanierung der GOB-Kaserne in Sonthofen (1930er Jahre erbaut) der Bestandschutz für ca. 50.000 Quadratmeter Remy-Decken verloren. Zunächst, wurde der Austausch der Decken erwogen. Stattdessen wurde ein Konzept für Belastungsversuche unter Berücksichtigung des Zustands der Decken entwickelt. Auf dieser Basis wurden Bedingungen zum experimentellen Nachweis der Standsicherheit ermittelt. Durch 93 bestandene Belastungsversuche konnte der Standsicherheitsnachweis experimentell geführt, die 50.000 Quadratmeter Decken erhalten und ca. 3.600 Tonnen CO2 eingespart werden.

### Bayerische Asphaltmischwerke GmbH & Co. Kommanditgesellschaft für Straßenbaustoffe

Die erste Leistung ist die Produktion eines Baustoffes für Asphaltstraßen ausschließlich mit Sekundärrohstoffen ohne Einsatz von Neumaterial. Als Sekun-

därrohstoffe dienen geeignete, unterschiedlich aufbereitete Asphaltgranulate. Zur vollständigen Aktivierung des gealterten Bitumens im Asphaltgranulat wird in geringen Mengen ein Regenerationsmittel in den Produktionsprozess eingebunden. Branchenüblich sind Wiederverwendungsraten von Asphaltgranulat zwischen ca. 40 bis maximal 80 Prozent.

Außerdem wurde die für den Baustoff üblicherweise erforderliche Produktionstemperatur durch ein spezielles Verfahren von 170 °C auf 140 °C reduziert. Dadurch verringert sich der Bedarf an thermischer Energie bei der Asphaltproduktion um ca. 15 Prozent. Durch Optimierung des Aufbereitungs- und Produktionsprozesses werden beide Leistungen miteinander kombiniert, so dass Baustoffqualität, Bauprozess und die fertige Asphaltstraße ohne Einschränkung den üblichen Standards entsprechen. □

### Flächennutzung in Bayern:

## 12,3 Prozent dienen Siedlung und Verkehr

Durchschnittlicher Flächenverbrauch beläuft sich auf 12,4 Hektar pro Tag

Fürth. Nach aktuellen Auswertungen des Liegenschaftskataster-Informationssystems (ALKIS) der Vermessungsverwaltung durch die Experten des Bayerischen Landesamts für Statistik beläuft sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2023 auf 870.297 Hektar (ha), das sind 12,3 Prozent der bayerischen Landesfläche (70 542 km<sup>2</sup>). Gegenüber dem Vorjahr nimmt die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 4.521 ha bzw. 0,5 Prozent zu.

Das bedeutet, dass in Bayern im Jahr 2023 im Durchschnitt jeden Tag eine Fläche von 12,4 ha – das entspricht in etwa der Fläche von 17 Fußballfeldern (105m x 68m) – zusätzlich für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch genommen wurde. Da die Siedlungs- und Verkehrsfläche in erheblichem Umfang Grün- und Freiflächen umfasst, kann der Flächenverbrauch allerdings nicht mit Versiegelung (Überbauung, Betonierung, Asphaltierung o. a.) gleichgesetzt werden. So umfassen beispielsweise die dem Wohnbau oder der Industrie- und dem Gewerbe zugerechneten Flächen neben den bebauten auch alle zugehörigen (unbebauten) Freiflächen, wie zum Beispiel Hofräume, Spielplätze, Grünflächen oder Stellplätze.

### Deutlicher Zuwachs bei Flächen für Versorgungsanlagen

38,4 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern (ohne Bergbau und Tagebau/Grube/Steinbruch) entfallen auf Verkehrsflächen, also auf Straßen, Wege, Plätze, Schienen- und Luftverkehrsflächen sowie Flächen, die an Land des Schiffsverkehrs betreffen. Im Vorjahresvergleich nimmt die Verkehrsfläche um 0,1 Prozent bzw. 475 ha zu. Im Jahr 2022 lag die Zunahme noch bei 787 ha. Deutlich größer ist hingegen mit 1.399 ha der Zuwachs bei den Wohnbauflächen (+0,6 Prozent), die zudem mehr als ein Viertel (25,9 Prozent) der Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt repräsentieren. Auch hier ist ein Rückgang im absoluten Zuwachs zu verzeichnen, da der Wert im Jahr 2022 bei 1.955 ha lag.

Fast 80 Prozent der Kraftwerksflächen sind Photovoltaikanlagen auf Freiflächen Industrie- und Gewerbeflächen wuchsen im Jahr 2023 um 2.179 ha bzw. 2,2 Prozent auf einen Wert von 99.149 ha. Gut zwei Drittel des Zuwachses (1.506 ha) entfällt auf sogenannte „Versorgungsanlagen“, unter denen u.a. die Flächen zur Erzeugung erneuerbarer Energien erfasst werden. Somit geht ein Drittel

(33,3 Prozent) des Zuwachses an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern insgesamt auf Versorgungsanlagen zurück. In absoluten Zahlen, die den Statistikern in diesem Jahr erstmals zur Verfügung stehen, liegen die Flächen für Kraftwerke bei 12.857 ha, was 77,6 Prozent der Flächen für Versorgungsanlagen entspricht. Dabei können mit 10.245 ha 79,7 Prozent der Kraftwerksflächen den Photovoltaikanlagen auf Freiflächen zugeordnet werden. In Summe entfallen auf die Nutzungsarten „Industrie und Gewerbe“, „Handel und Dienstleistung“, „Versorgung“ und „Entsorgung“ 11,4 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche.

### 81 Hektar mehr für Sport, Freizeit und Erholung

Eine Zunahme um 81 ha (+0,1 Prozent) verzeichnen die Statistiker bei den Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Insgesamt entfallen 6,5 Prozent der Siedlungs- und Verkehrsfläche Bayerns auf diese Nutzungsart. Der Anteil der Flächen gemischter Nutzung (Wohnen und Gewerbe) an der Siedlungs- und Verkehrsfläche bleibt bei 13,9 Prozent. Diese Flächen nahmen im Jahr 2023 um 277 ha (+0,2 Prozent) zu.

Sonstige Flächen – hierzu gehören u. a. Flächen „besonderer funktionaler Prägung“ (Flächen mit öffentlichen Gebäuden, historische Anlagen u. ä.), aber auch Friedhöfe oder Halden – nahmen zwischen Ende 2022 und Ende 2023 um 109 ha (+0,3 Prozent) zu. Ihr Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche liegt Ende 2023 bei rund 3,9 Prozent.

### Oberbayern mit höchstem, Oberfranken mit niedrigstem Flächenverbrauch

In den Regierungsbezirken liegt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtfläche zwischen 11,0 Prozent (Oberpfalz) und 14,1 Prozent (Mittelfranken). Den prozentual gesehen deutlichsten Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche gibt es im Jahr 2023 mit einem Plus

## Festakt mit Blick in die Zukunft

### 40 Jahre Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer

Mit einem Festakt unter dem Titel „Heute und in Zukunft – Gemeinsam sind wir stärker“ feierte die Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer ihr 40-jähriges Bestehen. Bei der Veranstaltung wurden die Erfolge der letzten Jahrzehnte gewürdigt und der Blick auf die Herausforderungen und Chancen einer inklusiven Zukunft gerichtet. Es sprachen u. a. die Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Ulrike Scharf, MdL, die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Prof. Lydia Haack, und Holger Kiesel, der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung.

Sozialministerin Ulrike Scharf bezeichnete die Beratungsstelle als „unverzichtbare Partnerin im Programm „Bayern barrierefrei“. Sie dankte für „Engagement und Ihr Herzblut“. Prof. Lydia Haack erinnerte an die mehr als 90.000 Beratungsgespräche. Gemeinsam könne man eine Welt gestalten, in der alle selbstbestimmt leben können. Zukunftsforscherin Prof. Dr. Laura Bechthold beleuchtete, wie inklusive, nachhaltige und zukunftsfähige Gesellschaften durch Einbindung von Smart Cities, Kommunikationstechnologien und Künstliche Intelligenz (KI) entstehen können. □

## Deutscher Denkmalpflege-Oscar geht nach Bayern

Die unterfränkische Gemeinde Untermerzbach und der Träger- und Förderverein Synagoge Memmelsdorf in Unterfranken sind in Mainz mit dem Deutschen Preis für Denkmalschutz 2024 ausgezeichnet worden. Sie erhielten die Silberne Halbkugel für die Restaurierung der Synagogen in Memmelsdorf und Gleusdorf sowie die Präsentation der reichen jüdischen Geschichte der Region.

Bayerns Kunstminister Blume sprach von einem „leuchtenden Beispiel für die historische Verantwortung des Denkmalschutzes“. Besonders in Zeiten eines wiederaufflammenden Antisemitismus sei die schon drei Jahrzehnte währende Arbeit des Fördervereins und das Engagement der Kommune ein „starkes Zeichen für Aufklärung, Toleranz und Zusammenhalt“.

„Der kleinen unterfränkischen Gemeinde Untermerzbach mit ihren rund 1.700 Einwohnern, verteilt auf 13 Gemeindeteile, darunter Gleusdorf und Memmelsdorf mit ihren Synagogen, ist etwas geglückt, was Vorbild sein könnte – nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa: Die exemplarische Darstellung der facettenreichen Geschichte des fränkischen und selbstverständlicher Bestandteil der Orts- und Landesgeschichte“, heißt es in der Würdigung.

2016 kaufte die Gemeinde Untermerzbach die Synagoge im Ortsteil Gleusdorf, um das ortsprägende Denkmal vor dem Verfall zu retten und einen weiteren Baustein zur jüdisch-fränkischen Geschichte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Synagoge wurde behutsam renoviert und die Spuren der unterschiedlichen Nutzungsphasen erhalten. Gleichzeitig entstand im Nebengebäude eine Raststation

von 0,77 Prozent (819,3 ha insgesamt) in der Oberpfalz. Die kleinste Zuwachsrate errechnen die Statistiker mit 0,40 Prozent (406,3 ha insgesamt) für den Regierungsbezirk Mittelfranken. In absoluten Zahlen reicht der Flächenverbrauch mit 1 045,1 ha (+0,48 Prozent) in Oberbayern bis 380,8 ha (+0,43 Prozent) in Oberfranken.

### Auswirkungen durch Wegfall gemeindefreier Gebiete

Durch die Auflösung des gemeindefreien Gebiets „Heinersreuther Forst“ im Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab zum 01. Juni 2023 wird das Gebiet des Regierungsbezirks Oberpfalz um ca. 187 ha kleiner, da neben der Gemeinde Kirchenthumbach (Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab) auch die Gemeinden Prebitz und Schnabelwaid im Landkreis Bayreuth (Regierungsbezirk Oberfranken) Gebiete aus der Auflösung erhielten. □

für Radwanderer mit touristischen und geschichtlichen Informationstafeln, die die kulturelle, politische und religiöse Entwicklung des kleinen Ortes beleuchten und zur Synagoge hinführen. Auf die jüdische Bevölkerung des Ortes wird dabei besonders eingegangen, aber die Darstellung bettet diese Informationen in die Ortsgeschichte ein und betont das Zusammenleben zweier Religionen. Die Themenauswahl zur Darstellung der politischen Ortsgeschichte wurden von der Gleusdorfer Bevölkerung erarbeitet.

Seit Übergabe der Synagoge Gleusdorf an die Öffentlichkeit bietet der 1993 gegründete Träger- und Förderverein Synagoge Memmelsdorf auch dort Führungen an und organisiert Veranstaltungen und Vorträge. Die Gemeinde beteiligte von der ersten Projektidee an den Verein an der Konzepterstellung, Recherche und als beratenden Partner. So organisiert der Verein z. B. ein Kolloquium mit Fachleuten aus Museen, dem Denkmalschutz und der Wissenschaft, das Empfehlungen zur Renovierung und zu Vermittlungsinhalten gab.

### Teil des Gemeindelebens

1994 kaufte der Träger- und Förderverein die Synagoge in Memmelsdorf und „renovierte“ das Gebäude. Da zwischen 1945 und den 1980er Jahren kein Interesse an einer Neugestaltung des Hauptraumes bestand, blieben die Spuren der unterschiedlichen Nutzungen erhalten. Auf dieser Grundlage wurden im Hauptraum der Synagoge im Wesentlichen konservierende Maßnahmen vorgenommen. Seit 2004 finden dort Führungen und Veranstaltungen statt und das Gebäude wird im Ort als Teil des Gemeindelebens wahrgenommen.

Die Konservierung ermöglichte das didaktische Konzept als „Lernort“: Für Besucher dient der Betsaal als Entdeckungsraum, in dem sie auf Spurensuche gehen und ihre Wahrnehmung von Details eines historischen Gebäudes schulen können. Die Entdeckung einzelner Wandelemente, Schriftzüge oder Zerstörungen wirft zwangsläufig Fragen zur Gestaltung des Raumes und zu den Menschen, die in diesem Raum gebetet haben, auf. In der Dauerstellung und im Begleitmaterial für Besucher lassen sich die Antworten finden. **DK**





Hier entstehen neben der bereits wieder in Betrieb befindlichen Gastwirtschaft auch besonders nachgefragte, kleine und zentrumsnahe Wohnungen: (v.l.) Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Genossenschaftsvorstand Max Köberl, Bürgermeisterin Dr. Carolin Pecho und Genossenschaftsvorstand Günter Wagner vor dem Koller-Areal im Zentrum von Ringelai.

Bild: Bezirk Niederbayern, Christoph Weishäupl

## Genossenschaft und Gemeinde retten dörfliches Zentrum

Energiegenossenschaft kauft Koller-Areal und Gemeinde pachtet Gastwirtschaft  
Besonders nachgefragte, kleine und zentrumsnahe Wohnungen entstehen

Ringelai. Die von der Energiegenossenschaft Ringelai eG aus der Insolvenz herausgekauft und durch die Gemeinde Ringelai gepachtete Gastwirtschaft im Landhotel Koller ist der erste Fall einer genossenschaftlich organisierten Rettung eines Dorfwirtschaftshauses im Altlandkreis Wolfstein. Dabei bestehen sowohl Parallelen als auch Unterschiede zur jüngsten Eröffnung der Dorfwirtschaft des Genossendorf Eppensschlag, welche ebenfalls genossenschaftlich getragen wird. Über die Hintergründe und die hiesige Konstellation sowie die weiteren Planungen für das Koller-Areal im Herzen von Ringelai informierte sich Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich bei Bürgermeisterin Dr. Carolin Pecho und den beiden Vorständen der Energiegenossenschaft, Max Köberl und Günter Wagner.

Das Wirtshaussterben stellt zahlreiche Kommunen im ländlichen Raum vor ähnliche Probleme. „Gerade die Dorfwirtschaftshäuser sind wertvolle Sozialräume, die als Keimzellen dörflicher Gemeinschaften von zentraler Bedeutung sind“, betont Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Wo Dorfwirtschaftshäuser schließen, fehlen örtliche Kommunikationszentren, generationenübergreifende Treffpunkte und Räumlichkeiten für Feste, Feiern und Vereine. Umso alarmierender sei es, dass immer mehr Dorfwirtschaftshäuser schließen. Auch in Ringelai war das Landhotel Koller die letzte Gastwirtschaft im Hauptort. „Die Schließung hinterließ eine große Lücke, die die Bevölkerung schmerzlich gespürt hat“, berichtet Bürgermeisterin Dr. Carolin Pecho. Die Gemeinde habe schnell erkannt, dass hier Handlungsbedarf besteht, wie Dr. Pecho berichtet, hatte aber nicht die finanziellen Spielräume für den Kauf des Areals. Glücklicherweise sprang die örtliche Energiegenossenschaft der Kommune zur Seite.

### Der soziale Gedanke im Mittelpunkt

Die Energiegenossenschaft Ringelai eG, deren Betätigungsfeld sich bis dato auf die örtliche Energieversorgung beschränkte und die ein gut ausgelastetes Leitungsnetz von rund 3.000 Metern Länge betreibt, nahm sich der Sache an und kaufte das insolvente Landhotel Koller aus der Zwangsversteigerung heraus. „Der soziale Gedanke in unserer Unternehmung schon immer im Mittelpunkt“, stellt Genossenschaftsvorstand Max Köberl heraus. Bedeutete dies zunächst, dass auch kleinere und weniger rentable Häuser und Grundstücke an das genossenschaftliche Leitungsnetz angeschlossen werden, so schließt dies nun auch den Einsatz der Genossenschaft für den Erhalt des sozialen Mittelpunkts des Dorflebens ein, wie Köberl

weiter ausführt. Für Genossenschaftsgründungen zum Erhalt der Nahversorgung oder auch dem gemeinschaftlichen Betrieb von Gaststätten gibt es längst zahlreiche Beispiele in Bayern. Dass sich eine bestehende und erfolgreiche Genossenschaft hingegen einem weiteren Betätigungsfeld zuwendet, sei ein Weg, der Schule machen könnte, unterstreicht Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich.

### Neue Spielräume für die Gemeinde

Mit dem einstimmigen Beschluss der Genossenschaftsversammlung zum Erwerb des Koller-Areals hat die Energiegenossenschaft auch der Gemeinde neue Spielräume eröffnet, freut sich Bürgermeisterin Dr. Carolin Pecho. Die Kommune ist nun Pächterin der Gastwirtschaft und will in Zukunft auch Eigentümerin werden. Der Wirtshausbetrieb, der von einem heimkehrenden Ehepaar mit Wurzeln in Ringelai und Perlesreut geführt wird, startete trotz schwieriger Witterungsbedingungen sehr gut. Wanderer aus der beliebten Buchberger Leite zählen weiterhin zu den wichtigsten Gästen, betont die Bürgermeisterin. Auch für die angrenzende Grundschule übernimmt das nun wieder in Betrieb befindliche Wirtshaus eine wichtige Funktion, indem es die Verpflegung im Rahmen der Mittagsbetreuung sichert. „Hier wurden die Stärken gebündelt: Das Wirtshaus hat eine sichere Einnahmequelle und die Schüler profitieren von einem hervorragenden gastronomischen Angebot“, bilanziert Dr. Pecho. Die Gemeinde kann durch diese Kooperation auf eine Errichtung einer Küche und Mensa in der Schule verzichten.

Neben der Wiedereröffnung der Gastwirtschaft wird in den Gebäulichkeiten des Koller-Areals auch dringend benötigter Wohnraum geschaffen. Insbesondere kleinere Wohnungen werden in Ringelai stark nach-

## Richtfest für neues Quartier

BayernHeim schafft im neu entstehenden Viertel Hubland in Würzburg 87 Wohnungen  
Bezahlbarer Wohnraum mit über 5.700 m<sup>2</sup> Wohnfläche

Im aufstrebenden neuen Stadtteil Hubland in Würzburg feiert die staatliche Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim das Richtfest ihrer ersten Wohnanlage in Unterfranken. Auf dem Grundstück in der Jenny-Hausmann-Straße 6-10 entstehen insgesamt 87 neue Mietwohnungen, die langfristig bezahlbaren Wohnraum für Singles, Paare und Familien bieten. Die Mehrheit der Wohnungen wird im Rahmen der einkommensorientierten Förderung (EOF) errichtet, um Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu unterstützen. Die Fertigstellung des Projekts ist für den Herbst 2025 geplant.

In Vertretung von Bayerns Bauminister Christian Bernreiter nahm Staatsministerin Judith Gerlach am Richtfest teil und zeigte sich erfreut über den Baufortschritt: „Die BayernHeim setzt in Würzburg ein starkes Zeichen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in einem neuen, zukunftsweisenden Stadtteil. Es ist ein wichtiger Schritt, um den steigenden Bedarf an Wohnraum zu decken und gleichzeitig ökologische

Standards zu erfüllen. Bezahlbares Wohnen und Nachhaltigkeit gehen hier Hand in Hand.“

### Bayerns klare Signale

Bayerns Bauminister Christian Bernreiter ergänzte: „Während der Bund auf die Bremse tritt, bauen wir in Bayern konsequent weiter. Mit Projekten wie hier in Würzburg setzen wir klare Signale: Wir schaffen dringend benötigten Wohnraum.“

Ralph Büchele, Geschäftsführer der BayernHeim, hob die Bedeutung des Projekts hervor: „Dieses Projekt ist ein hervorragendes Beispiel dafür, wie wir bezahlbares Wohnen mit nachhaltiger Architektur und modernen Mobilitätslösungen verbinden können. Wir sind stolz darauf, in Würzburg nicht nur Wohnraum, sondern eine lebenswerte und zukunftsfähige Umgebung für die Bewohnerinnen und Bewohner zu schaffen.“

### Barrierefreiheit

Die Wohnanlage in der Jenny-Hausmann-Straße wird auf einem 5.430 m<sup>2</sup> großen Grundstück errichtet, das die BayernHeim im Jahr 2021 von der Stadt Würzburg erworben hat. Die 87 Wohnungen verteilen sich auf drei viergeschossige Gebäude, die durch Laubengänge erschlossen werden. Alle Wohnungen sind barrierefrei gestaltet, eine Wohnung wird zudem rollstuhlgerecht sein. Jede Wohneinheit verfügt über einen eigenen Balkon oder eine Terrasse. Im Innenhof entstehen gemeinschaftliche Freiflächen, darunter Spielplätze und Hochbeete für urbanes Gärtnern, die das Wohnumfeld zusätzlich aufwerten.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt ergänzte: „Mit dem Wohnprojekt auf dem ehemaligen Leighton-Areal setzen wir einen wichtigen Meilenstein für Würzburg. Durch die enge Zusammenarbeit mit BayernHeim ist es uns gelungen, ein attraktives Wohnumfeld zu schaffen, das weit mehr als nur Wohnraum bietet. Es entstehen hier Gemeinschaftsflächen und eine hohe Lebensqualität, die den neuen Stadtteil Hubland zu ei-

nem lebendigen und zukunftsorientierten Quartier machen.“

### Nachhaltigkeit und Mobilität

Das Projekt verfolgt ein umfassendes Nachhaltigkeitskonzept: Die Wohnanlage wird nach dem KfW-Effizienzhausstandard 55 errichtet und an das Fernwärmenetz angeschlossen. Die Dächer werden vollständig begrünt und mit Photovoltaikanlagen ausgestattet, deren Strom den Mietern im Rahmen eines Mieterstrommodells zur Verfügung stehen wird. Begrünte Fas-

saden tragen zusätzlich zur Verbesserung des Mikroklimas bei.

Ein nachhaltiges Mobilitätskonzept rundet das Projekt ab: Es umfasst 45 Tiefgaragenstellplätze, Fahrradabstellräume sowie Ladestationen für E-Bikes. Die Nähe zum öffentlichen Nahverkehr und das Angebot von Carsharing-Optionen unterstützen eine umweltfreundliche Mobilität.

Die Investitionskosten des Projekts belaufen sich auf rund 34 Millionen Euro. Die BayernHeim wird auch nach der Fertigstellung als langfristige Vermieterin erhalten bleiben und damit einen nachhaltigen Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot in Würzburg leisten.

Weitere Informationen unter: [www.bayernheim.de](http://www.bayernheim.de)



Staatsministerin Anna Stolz befüllte unter Assistenz von Direktorin Karin Vedder und Prüfungsamts-Chef Claus Pommer die Kartusche für die Grundsteinlegung für das neue Landesamt für Schule.

Bild: Falk

### Landesamt für Schule:

## Grundsteinlegung in Gunzenhausen

Für Gunzenhausen ist das Landesamt für Schule (mit Prüfungsamt) die größte Baustelle der letzten Jahrzehnte. Dort, wo einst das „Silo“, also die Fachakademie für Sozialpädagogik des Diakonissen-Mutterhauses Hensoltshöhe stand, wird derzeit ein riesiger Gebäudekomplex hochgezogen. Bayerns Kultusministerin Anna Stolz war bei der Grundsteinlegung dabei.

Während des Festaktes betonte die Kultusministerin die Bedeutung des Neubaus als zukunftsweisendes Projekt für die Stadt und die bayerische Bildungslandschaft: „Dieses Gebäude ist mehr als nur ein Bauprojekt – es ist ein Zeichen, dass wir vorangehen, für unsere Schulen und die Zukunft unserer Kinder! Das Landesamt für Schule unterstützt von Gunzenhausen aus unsere Schulen in ganz Bayern und ist Drehscheibe für zahlreiche wichtige schulische Prozesse. Dieser Grundstein, den wir hier gemeinsam legen, symbolisiert deshalb den Aufbruch des Freistaats in eine moderne und innovative Schulverwaltung! Mein herzlicher Dank

gilt dabei all denjenigen, die sich hier mit Herz und Hand so engagieren. Ohne ihren Einsatz wäre dieses Vorhaben nicht möglich.“

### Behördenverlagerungen im Rahmen der Heimatstrategie

Infolge der Behördenverlagerungen im Rahmen der Heimatstrategie arbeiten mittlerweile rund 190 Mitarbeitende aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus in Gunzenhausen, die meisten von ihnen im Landesamt für Schule (LAS). Das Landesamt arbeitet an der Entwicklung neuer digitaler Lösungen: Mit dem Serviceportal at:las wird ein digitales Fundament für die Abwicklung von schulischen Verwaltungsprozessen geschaffen, um die Schulen maßgeblich zu entbürokratisieren und zu entlasten.

Das neue Gebäude wird sowohl das LAS als zentralen Verwaltungsdienstleister für Bayerns Schulen als auch das Prüfungsamt für Lehramtsprüfungen beherbergen. Beide Einrichtungen tragen maßgeblich dazu bei, den reibungslosen Ablauf des Schulbetriebs und der Lehrerbildung im Freistaat sicherzustellen. Die Fertigstellung des Gebäudes ist für Ende 2026 geplant.

Gäste waren Regierungspräsidentin Kerstin Engelhardt-Blum, die beiden Landtagsabgeordneten Helmut Schnotz und Wolfgang Hauber, der frühere Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle (der bei der Festlegung auf den Standort Gunzenhausen maßgeblich beteiligt war), Heinrich Schmidt, der Chef des Staatlichen Bauamts Ansbach, Architekt Thomas Steimle mit seinem Team und ranghohe Vertreter des Ministeriums. **wefa**

## Starke Grundversorgung in Bayerns Dörfern

Seit 2017 investierte der Freistaat mehr als 32 Millionen Euro

**Bäckereien, Dorfläden und Metzgereien, aber auch Dorfwirtschaftshäuser, Fachgeschäfte und Handwerksbetriebe – solche „Kleinstunternehmen der Grundversorgung“ sind unverzichtbar für die Lebensqualität auf dem Land.**

Eine breitgefächerte florierende Nahversorgung ist unerlässlich, um die Dörfer in Bayern zukunftsfähig zu gestalten. „Die Dörfer auf dem Land brauchen eine intakte Grundversorgung möglichst mit regionalen Produkten. Geschäfte, Handwerksbetriebe und Wirtshäuser fungieren auch als wichtige soziale Treffpunkte. Deshalb unterstützen wir in der Dorferneuerung gezielt Kleinstunternehmen. Die Menschen im ländlichen Raum haben Anspruch auf gleichwertige Lebensbedingungen und hohe Lebensqualität. Besonders ältere Menschen, Bürger ohne Fahrzeug und Familien sind auf eine funktionierende Grundversorgung vor Ort angewiesen“, sagte Landwirtschaftsministerin Ministerin Kaniber, die auch für die ländliche Entwicklung zuständig ist. Und weiter: „Wir fördern die Dorferneuerung auch, weil wir so Arbeitsplätze schaffen und sichern. Das stärkt die Dörfer zusätzlich.“

Im Rahmen der Dorferneuerung haben

Kleinstunternehmer der Grundversorgung seit dem Jahr 2017 eine Gesamtinvestitionssumme in Höhe von etwa 113 Millionen Euro für neue Verkaufsräume, moderne Produktionsstätten oder soziale Treffpunkte wie zum Beispiel Tagescafés aufgewendet. Gut ein Viertel der Investitionssumme konnte über die Ämter für Ländliche Entwicklung mit mehr als 32 Millionen Euro gefördert werden. Mit dieser Summe hat der Freistaat bis Ende September 2024 bereits 520 Betriebe unterstützt, darunter Bäckereien, Metzgereien, Dorfläden, örtliche Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe wie auch Gastwirtschaften. „Dass wir hier viel Geld in die Hand nehmen, das zahlt sich insgesamt aus. Denn eine funktionierende Nahversorgung auf dem Land hält unsere Dörfer lebendig und kommt nicht nur den Einheimischen zugute, sondern auch dem Tourismus im Freistaat. Wenn Gäste neben der herrlichen Landschaft am Urlaubsort auch ansonsten finden, was sie brauchen, kommen sie sicherlich besonders gerne wieder. In Bayern hat der ländliche Raum Zukunft und die Menschen leben gerne dort. Das soll so bleiben“, so Ministerin Kaniber. **□**

*Spatenstich Neubau Klinikum Memmingen:*

## Jahrhundertprojekt für die Region

Auf einer rund 7,7 Hektar großen Fläche am Autobahnkreuz im Memminger Norden entsteht mit dem Neubau von Klinikum und Bezirkskrankenhaus Memmingen eines der größten nicht-universitären Krankenhausbauprojekte in Bayern. Beim offiziellen Spatenstich vor rund 120 geladenen Gästen betonte Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Dieses Neubauprojekt hat eine enorme Strahlkraft auch über die Region hinaus. Wir wollen Spitzenmedizin in ganz Bayern, nicht nur in den großen Ballungszentren, und dieses Mammutprojekt bietet eine Riesenchance dafür.“

Der hochmoderne Gesundheitscampus entsteht auf einer rund 7,7 Hektar großen Fläche am Autobahnkreuz im Memminger Norden. Die Baukosten für das neue Klinikum werden derzeit auf rund 468 Millionen Euro geschätzt, die Kosten für den Bau des Bezirkskrankenhauses (BKH) auf rund 48,8 Millionen Euro. „Während der Bund die Krankenhäuser im Regen stehen lässt, finanzieren wir hier in Memmingen über 291 Millionen Euro“, hob Söder hervor.

### Hochleistungs-Klinikum

Laut Gesundheitsminister Gerlach entsteht in der früheren Reichsstadt nun ein „hochleistungsfähiges“. Bereits in den 1990er Jahren habe die Region großen Weitblick bewiesen. Damals seien in Memmingen das ehemalige Stadtkrankenhaus und die Kreisklinik miteinander verschmolzen. Außerdem wurde auch eine psychiatrische Abteilung des Bezirks im Zuge der Neustrukturierung errichtet. „Das war die erste unmittelbare Integration einer solchen Einrichtung in eine somatische Klinik in Schwaben. Diese erfolgreiche Kooperation zwischen dem Klinikum Memmingen und dem Bezirkskrankenhaus Schwaben wird mit dem jetzigen Neubau nun weiter fortgesetzt und ausgebaut.“

Damit moderne Kliniken auf dem Stand der Zeit bleiben, seien immer wieder bauliche Anpassungen und Erneuerungen nötig, fuhr Gerlach fort. Statt einer notwendigen Generalsanierung des Klinikums hätten sich die Stadt und die Bezirkskliniken Schwaben letztlich für einen Ersatzneubau am Stadtrand entschlossen. Angesichts der schwierigen Bestandssituation und der daraus resultierenden Nachteile sei dies die richtige Entscheidung. „Der jetzige Neubau des Klinikums und des Bezirkskrankenhauses Memmingen wird die akutstationäre Versorgung in der gesamten Region sowohl im somatischen als auch im psychiatrischen Bereich auf ein ganz neues Niveau heben.“

### Fünf Milliarden Euro für 133 Krankenhausmaßnahmen

Aktuell sind in Bayern 133 Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von über fünf Milliarden Euro fest zur Förderung über das Jahreskrankenhausbauprogramm eingeplant. Um den hohen finanziellen Anforderungen auch künftig gerecht zu werden, beabsichtigt die Staatsregierung, den Krankenhausfinanzierungsetat auf eine Milliarde Euro anzuheben.

„Einen ersten Schritt auf diesem Weg haben wir bereits heuer mit der Anhebung von 643 auf 800 Millionen Euro getan. Eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung ist ein Eckpfeiler der bayerischen Politik“, stellte die Ministerin fest.

„Mit diesem gigantischen Projekt schaffen wir die besten Voraussetzungen für eine zukunftsichere, medizinische Versorgung unserer Region“, erklärte Memmings Oberbürgermeister Jan Rothenbacher und verwies unter anderem auf die günstige Lage des künftigen Gesundheitscampus an der Schnittstelle der Autobahnen A7 und

A96. „Jetzt bekommt unser Klinikum für die exzellente medizinische Versorgung, die es schon jetzt vorhält, die zukunftsfähige und richtige Hülle“, freute sich der Vorstand des Klinikums Memmingen, Maximilian Mai.

### Versorgungslücke geschlossen

Wie der Vorstandsvorsitzende der Bezirkskliniken Schwaben, Stefan Brunhuber, erläuterte, werde das Bezirkskrankenhaus am neuen Standort seine stationären Betten von 44 auf 66 erhöhen und auch die tagesklinischen Plätze aufstocken. Damit werde eine Versorgungslücke geschlossen. Auch weitere Gesundheitseinrichtungen könnten laut Klinikvorstand Mai auf dem Gesundheitscampus Platz finden, wie etwa ein ambulantes OP- und Facharztzen-

trum, ein Physio- und Vitalcenter, eine Apotheke, Pflege- oder Rettungsdienstleistungen.

Wichtige Grundpfeiler beim Klinikneubau sind eine optimale Wegeführung und Prozessabwicklung, eine Wohlfühlatmosphäre für Patienten und Mitarbeiter sowie Nachhaltigkeit bei Bau und laufendem Betrieb. Ausgeführt werden sollen auf einer knapp 35.000 Quadratmeter großen Nutzfläche 480 stationäre sowie neun teilstationäre Betten in zeitgemäßen Ein- und Zweibettzimmern, außerdem soll es verteilt auf sechs Ebenen effizient geplante Bereiche für OP, Intensivstation, Funktionsbereiche und Ambulanzen geben. Auf dem Dach der Klinik wird ein Hubschrauberlandeplatz gebaut. Auch eine Pandemiestation mit 28 Betten ist vorgesehen, die über einen separaten Zugang mit eigenem Aufzug verfügen soll.

Derzeit gehen die Bauherren davon aus, dass mit dem eigentlichen Krankenhaus-Neubau im Frühjahr 2025 begonnen werden kann, so dass das neue Klinikum und das BKH wie geplant 2029 in Betrieb genommen werden können. **DK**



Bauen mit Holz schafft eine besondere Wohlfühlatmosphäre. **□**

## Grenzüberschreitender Holzbau

Unter dem Titel „Grenzüberschreitender Holzbau“ veranstaltete proHolz Salzburg (als Lead Partner) gemeinsam mit der Initiative Architektur sowie den bayrischen Partnern „wir bauen auf heimisches Holz e.V.“, „proHolz Bayern“, „Chiemgau Wirtschaft“ und „Berchtesgadener Land Wirtschaft im Grenzraum Salzburg/Bayern“ eine ganztägige Exkursion zu Holzbauprojekten im Landkreis Traunstein, Landkreis Berchtesgadener Land und in den Salzburger Flachgau. Die Bayern-Österreich people-2-people Exkursion „grenzüberschreitender Holzbau“ wurde umgesetzt mit finanzieller Unterstützung durch das INTERREG-Programm. Gefördert von der Europäischen Union mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (INTERREG VI A).

Die Exkursion hatte das Ziel, den Exkursionsteilnehmern das Potenzial sowie regionale Merkmale des modernen Holzbaus in der Grenzregion näher zu bringen. Diskussions-, und Austauschformate förderten die Entwicklungs- und Begegnungsmöglichkeiten. Dabei bekam man Einblicke von der Projektentwicklung bis hin zum fertigen Objekt. Die Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Austausches und die zukünftigen, euregionalen Möglichkeiten wurden durch diesen Anschlag vertieft.

### Ein Bau zum Wohlfühlen für die Kinder

Auf Salzburger Seite wurde der erst kürzlich fertiggestellte Kindergarten in Mattsee be- sichtigt. Bürgermeister Michael Schwarzmayer, Architekt Hannes Sampl (dunkelschwarz) und Pädagogin Sandra Wallner (Leitung Kindergarten) gaben Einblicke in das Bauvorhaben. „Von Seiten der Gemeindevertretung war es für uns von Anfang an klar, dass wir den Kindergarten in Holzbaueise errichten möchten. Es musste für uns ein Bau sein, in dem sich die Kinder wohlfühlen. Daher haben wir im Vorfeld ei-

nige Kindergärten aus Holz be- sichtigt und festgestellt, dass es einfach eine andere Atmosphäre ist, einerseits für die Kinder zum Wohlfühlen, aber auch zum Arbeiten für die Mitarbeiter. Man spürt die Atmosphäre sofort beim Betreten, merkt, dass das Holz in Bezug auf die Kinder einfach das ideale Baumaterial ist“, sagt Michael Schwarzmayer, Bürgermeister von Mattsee. „Ein positiver Nebeneffekt für uns war es, dass wir für das ökologische Bauen noch Förderungen lukrieren konnten“, fügt er mit Blick auf die Kosten abschließend hinzu.

### Einblick in „Salzburger Leuchtturmprojekt“

In Seekirchen stand der Besuch der ebenfalls im Jahr Sommer 2023 fertiggestellten Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung am Programm. Bezirkssekretär Ing. Michael Walder MSc und Dipl. Ing. Robert Lechner (Interimistischer Leiter Sachverständigen dienst) empfingen die Teilnehmer:innen. „Der Holzbau wirkt auf die Mitarbeiter:innen. Wir bekommen die Rückmeldung, dass sich jeder hier sehr wohl fühlt. Auch die Bürger:innen und unsere

## Wer kennt noch Vertriebenen Denkmale?

Rund 600 Mahnmale und Gedenkstätten der Heimatvertriebenen sind nun online Vertriebenenbeauftragte und Heimatpfleger rufen zum Mitmachen auf

Ein Gedenkstein im Parkfriedhof von Bad Kissingen, errichtet im Jahr 1951. Ein Hochkreuz aus Eichenholz von 1955 in Neustadt a. d. Donau. Eine Mahnmalgruppe mit Obelisk aus dem Jahr 1973 in Böbing im Pfaffenwinkel. Dies sind nur drei von mittlerweile mehr als 580 neuen Einträgen in der Kulturlandschaftsdatenbank des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, abrufbar unter [erfassung.kulturlandschaftsforum-bayern.de](https://www.kulturlandschaftsforum-bayern.de)

Es handelt sich um Mahnmale und Gedenkstätten der Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Ihre Errichtung war in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ein insbesondere in Westdeutschland verbreiteter Ausdruck der Heimatvertriebenen, um an Vertreibung, Flucht und Leid zu erinnern. „Die in der Kulturlandschaftsdatenbank abgebildeten Einträge können jederzeit inhaltlich ergänzt und mit weiteren Bildern versehen werden. Wir möchten alle geschichtsinteressierten Menschen aufrufen, mitzumachen und Vertriebenen Denkmale in unserer Datenbank einzutragen oder Einträge zu ergänzen“, sagt Dr. Thomas Büttner, Leiter des Projekts Kulturlandschaftsforum im Landesverein.

Die Bezeichnung „Vertriebenen Denkmäl“ ist irreführend, da es sich bei den Gedenkstätten meist nicht um gelistete Denkmale handelt. Sie sind daher in aller Regel auch nicht „geschützt“ und könnten, wenn sie beschädigt oder verschmutzt sind, einfach abgebaut werden. In aller Regel kümmern sich Vereine und Landsmannschaften oder Kommunen um die Instandhaltung der Denkmale. Mancherorts

können sich aber Ehrenamtliche, meist aus Altersgründen, nicht mehr angemessen um die Pflege der Denkmale kümmern.

Dr. Petra Loibl, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, sagt: „Flucht und Vertreibung sind durch die Denkmäler der Heimatvertriebenen dauerhaft im öffentlichen und nun auch im digitalen Raum präsent. Es gibt sie fast überall in Bayern. Sie sind damit ein wichtiges Zeugnis der deutschen Geschichte und der kollektiven Erinnerungskultur, das wir nicht dem Verfall preisgeben dürfen. Die Aufnahme in die Datenbank des Landesvereins kann ein erster Schritt sein, die Denkmale der Vertriebenen wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.“

In den zurückliegenden Monaten hat die Studentin Sigrid Michel Rangel im Auftrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft Landesgruppe Bayern e.V. die von der Familie Hannelore und Dieter Heller aus Roth und von Katrin Heller aus Burgbernheim erarbeitete Zusammenstellung der Vertriebenen Denkmale fortgeschrieben, mit zusätzlichen Fotos versehen und räumlich-digital verortet.

In der Datenbank werden (historische) Kulturlandschaftselemente von interessierten Bürgern und Heimatforschern erfasst. Sie tragen hier die unscheinbaren, aber auch unübersehbaren Kulturspuren in der Landschaft ein. Darunter sind historische Fußwege und Altstraßen, Feldkreuze und Wegkapellen, Grenzsteine, Baumfelder und Ackerterrassen, Hutanger und Triebwege, etc. Mitmachen ist ausdrücklich erwünscht. **□**

Kund:innen sind beeindruckt von der Bauweise und der Atmosphäre, die der Bau ausstrahlt. Die Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung ist ein richtiges Aushängeschild für eine moderne Verwaltung.“

Das betont auch Salzburger Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer: „Das Gebäude ist ein absolutes Leuchtturmprojekt für das Land, die Bürgerinnen und Bürger sowie für die rund 185 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Regelmäßig besuchen internationale und nationale Delegationen das moderne Bürogebäude. Dem Land Salzburg ist mit der ‚BH‘ architektonisch ein großer Wurf gelungen und gleichzeitig haben wir hochwertige Jobs in der Region geschaffen.“

„Voneinander lernen und der regionale Austausch – so funktionierte eine gute Nachbarschaft und das fördert Innovationen“, sagt Landesrat Ing. Christian Pewny, aus dessen Ressort das Interreg Projekt gefördert wurde.

### Vom eigenen Wald zum fertigen Gebäude

Neben den beiden Projekten im Salzburger Flachgau wurde ein Projekt im bayrischen Berchtesgadener Land sowie ein Projekt im Landkreis Traunstein be- sichtigt. In Stanggass (Gemeinde Bischofswiesen, Landkreis Berchtesgadener Land) besuchte man mit der Klinik Schönsicht das einzige in Bau befindliche Objekt. DI Stefan Kohlmeier (arc Architekten) führte durch die Baustelle und beantwortete gemeinsam mit Bauherr Nuri Irshaid, (Projektmanager Dr. Wimmer Verwaltung) die auftretenden Fragen. Die beiden zeichnen auch für den mehrfach ausgezeichneten Kulturhof Stanggass verantwortlich, in dem die Exkursion zu Mittag einkehrte.

„Für uns war von Anfang an klar in Holz zu bauen. Wir haben nie daran gedacht, auf einen anderen Baustoff zu setzen. Wir sind selbst Waldbesitzer und haben, wo es möglich ist, hier in Holz gebaut. Das Holz stammt von unserem Wald und wurde hier eingesetzt. Die verwendete Lärche kommt ebenfalls aus dem Berchtesgadener Land und hat einen sehr kurzen Transportweg hinter sich“, hält Irshaid von Anfang an fest. „Einen Vorteil von Holz, das hat

man beim Betreten der Baustelle der Klinik Schönsicht gespürt, ist die besondere Atmosphäre. Es herrscht ein anderes Raumklima. Das spüren unsere Mitarbeiter sowie der Gast hier im Kulturhof Stanggass und in Zukunft die Familien in der Klinik Schönsicht.“

### Gemeindevertretung pro Holzbauweise

Etwas anders kam die Entscheidung beim Bauvorhaben „Bürgerzentrum Fridolfing“ zustande. Hier brachte nach einer Machbarkeitsstudie eine finale Abstimmung innerhalb der Gemeindevertretung die Entscheidung hinsichtlich der Holzbauweise, wie Andreas Kirchner, Bauamtsleiter der Gemeinde, erklärt: „Die Entscheidung über die Bauweise für die beiden Gebäude des Bürgerzentrums war ein längerer Prozess während der Vorplanung. Es stand im Zu-

### Stadtbau in München:

## „Altstadt für alle“

„Mehr Sicherheit für den Fuß- und Radverkehr, optimierte Lieferzeiten und erweiterte Lieferzonen, eine einfachere Beschilderung mit drei Straßentypen und eine bessere Nutzung der Parkgaragen: Dies sind nur einige der Vorschläge, wie der öffentliche Raum in der Altstadt künftig neugestaltet werden könnte. Das Mobilitätsreferat präsentierte die Ideen für die „Altstadt für alle“, die von USP Projekte und Gehl Architects auf Basis der bisherigen Beteiligungsergebnisse für ein umfangreiches Gutachten erarbeitet wurden. Es ist das Grundkonzept, wie die Altstadt nach und nach umgestaltet werden könnte“, so heißt es in einer Pressemitteilung der Landeshauptstadt.

Der Ärger der Münchnerinnen und Münchner über die komplett aufgerissene Innenstadt, in der nichts mehr vorgeht, in der die Fußgänger, die Radler und die Autofahrer alle miteinander und gegeneinander viel zu wenig Platz haben, ist immens. „Warum, so sagen die Menschen, kann man nicht ein Projekt nach dem anderen abarbeiten!“

Jetzt haben sich „130 Teilnehmer\*innen“ [sic] an einer städtischen Umfrage beteiligt. Und davon waren – man höre und staune! – „etwa 40 Prozent mit der Balance des neuen Konzepts zufrieden, etwa 45 Prozent geht das Konzept sogar nicht weit genug, etwa 15 Prozent gehen die Vorschläge für eine Umgestaltung der Altstadt dagegen zu weit.“

Im zuständigen Bezirksausschuss, beim Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA sowie

ge einer Machbarkeitsstudie auch eine Ertüchtigung der Bestandsbauten auf dem Grundstück im Gespräch. Schließlich wurden unterschiedliche Möglichkeiten erörtert und final hat sich die Gemeindevertretung in einer Abstimmung knapp für einen Holzbau entschieden.“

Für die Veranstalter war der grenzübergreifende Austausch zwischen Oberbayern und Salzburg ein voller Erfolg: „Eine buntgemischte Gruppe aus jungen und erfahrenen Architekten sowie Holzbauinteressierten brachte an diesem Exkursionstag in Summe 50 Teilnehmer näher zusammen. Bei vier unterschiedlichen Bauvorhaben konnte man viele spannende, hilfreiche und einzigartige Einblicke gewinnen, die hoffentlich in den nächsten Entwürfen eine Berücksichtigung finden werden“, sagt Veranstalter DI Thomas Berger, Holzbaufachberater von proHolz Salzburg. **□**

der Industrie- und Handelskammer habe man wohl Zustimmung erfahren. Mehr Grün soll Platz finden. Die Autos – natürlich – sollen weiter hinausgedrängt werden und für Gewerbe- und Lieferverkehr wolle man Platz schaffen in den Zeiten, in denen man die Menschen ins Internet gedrängt hat.

„Aber auch Innovationen wie ein digitales Leitsystem“ wolle man nutzen. Das Ziel ist klar. In München schafft man es seit langem, jede Ampel so zu programmieren, dass man in jeder großen Durchgangsstraße garantiert eine rote Welle vorfindet. Sprich: Man fährt bei grün los, hält sich an die vorgeschriebene Geschwindigkeit und kommt garantiert an der nächsten Ampel 300 Meter weiter bei rot an. Bürgermeister Dominik Krause spricht von einem „großen Wurf“. **□**

Von 5,4 auf 20,7 Millionen Euro in drei Jahren:

## Kommunen steigern nachhaltige Einkäufe

Kommunen in der Metropolregion Nürnberg kaufen immer nachhaltiger ein: Um rund 15 Millionen Euro ist die Summe für faire Arbeitskleidung, Spülmittel oder Bleistifte im Haushaltsjahr 2023 gestiegen. Besonders viel investierten die Städte Coburg, Fürth, Neumarkt i.d.Opf. und der Markt Eckental. Und das Netzwerk wächst kontinuierlich.

Spezialkleidung für die Feuerwehr, Naturpflastersteine im Straßenbau oder eine nachhaltige Kita in Holzbauweise – die Kommunen in der Metropolregion setzen verstärkt auf nachhaltige und fair gehandelte Produkte. Wie vielfältig die Kommunen sich damit befassen und wie verantwortungsbewusst das Einkaufsverhalten geworden ist, zeigte die 4. Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg in Diespeck. „Es ist beeindruckend zu sehen, wie viele Kommunen bereit sind, neue Wege zu gehen und ihre Beschaffungsprozesse nachhaltig zu gestalten. Der Beitritt neuer Kommunen zeigt, dass das Thema in der Region weiter an Bedeutung gewinnt. Die Faire Metropolregion Nürnberg hat mittlerweile eine Vorreiterrolle bei öffentlicher Beschaffung auf lokaler Ebene im Hinblick auf die Erfüllung der globalen Nachhaltigkeitsziele“, sagt Jürgen Hennemann, Initiativkreissprecher der Fairen Metropolre-

gion Nürnberg und Bürgermeister der Stadt Ebern. Und das geht auch in kleinen Kommunen, die keine eigene Beschaffungsabteilung hätten.

Mit 20,67 Millionen Euro an Investitionen in nachhaltige Produkte im Haushaltsjahr 2023 ist die Metropolregion Nürnberg ein leuchtendes Beispiel dafür, wie Städte und Gemeinden durch gezielte Investitionen in faire und umweltfreundliche Produkte ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Das ist eine Steigerung von 52 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Nicht nur die Umwelt, sondern auch die lokale Wirtschaft profitiert von einer nachhaltigen Beschaffung. Besonderen Wert legen die Kommunen auf Reparierbarkeit und Langlebigkeit bei Investitionen in IT-Ausstattung sowie auf Bio-Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten.

Vor mehr als 70 Teilnehmern wurden bei der Fair Trade Werkstatt in Diespeck die herausra-

genden Leistungen der Kommunen in Sachen fairer und ökologischer Beschaffung gewürdigt:

- Stadt Coburg: Platz 1 in der Gesamtkategorie „Nachhaltigste Beschaffung pro Einwohner:in“.
- Stadt Fürth: Platz 2 in der Gesamtkategorie sowie Platz 1 in der Sonderkategorie „Fair“ für den höchsten Anteil fair gehandelter Produkte.
- Stadt Neumarkt i.d.Opf.: Platz 3 in der Gesamtkategorie „Nachhaltigste Beschaffung pro Einwohner:in“.

- Markt Eckental: Sonderkategorie „Gemeinden“ für die höchste nachhaltige Beschaffung in einer kleinen Kommune.

„Die Kommunen in der Metropolregion Nürnberg haben eindrucksvoll bewiesen, dass nachhaltiger Einkauf in nahezu allen Bereichen möglich ist“, betont Britta Walthelm, Geschäftsführerin des Forum Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung in der Metropolregion Nürnberg.

### Pakt für nachhaltige Beschaffung

Dass die nachhaltige Beschaffung an Bedeutung gewinnt, zeigen die steigenden Mitgliederzahlen im Pakt für nachhaltigen Beschaffung; sieben weitere Kommunen sind aktuell beigetreten:

- Gemeinde Bubenreuth
- Markt Cadolzburg
- Gemeinde Etzelwang
- Landkreis Forchheim
- Stadt Marktredwitz
- Gemeinde Marloffstein
- Stadt Stein

Damit wächst das Netzwerk auf rund 90 Mitglieder, die sich

gemeinsam für nachhaltige öffentliche Beschaffung engagieren. Die 4. Fair Trade Werkstatt der Metropolregion Nürnberg hat einmal mehr verdeutlicht, dass Nachhaltigkeit fest in der öffentlichen Beschaffung verankert ist. Der Austausch zwischen Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaft bleibt dabei ein zentraler Baustein, um die Ziele der nachhaltigen Entwicklung weiter voranzutreiben. Mehr Informationen zur Fairen Metropolregion Nürnberg sind abrufbar unter: <https://faire-metropolregion-nuernberg.de/>.

### Die Gewinnerstädte

Stadt Coburg (1. Platz gesamt): Die Stadt Coburg belegt wie bereits im Vorjahr den 1. Platz beim Beschaffungsziel 2023 des Pakts für nachhaltige Beschaffung. Im Haushaltsjahr 2023 beschaffte die Stadt in Oberfranken Waren im Wert von insgesamt 1.872.955,34 Euro nachhaltig. Dies entspricht einem Einkaufswert von 44,76 Euro pro Einwohner, was Coburg klar an die Spitze setzt und eine erneute Steigerung zum Vorjahr bedeutet (Beschaffungswert 2022: 1.242.127,28 Euro).

Besonders hervorzuheben ist, dass der größte Anteil der nachhaltigen Beschaffungen im Bereich Hardware, also IT-Ausstattung, Maschinen und Büromöbel lag. Coburg achtet dabei besonders auf die Langlebigkeit der Produkte und legt dies auch in ihren Leistungsbeschreibungen und Zuschlagskriterien fest.

Stadt Fürth (2. Platz gesamt): Die Stadt Fürth sichert sich erneut eine Spitzenposition beim Beschaffungsziel 2023 und erreicht den 2. Platz. Mit nachhaltigen Ausgaben in Höhe von insgesamt 5.220.304,52 Euro, was



Bauhofmitarbeiter des Markts Eckental in fair beschaffter Kleidung. Bild: Bettina Dennerlohr

einem Wert von 39,72 Euro pro Einwohner entspricht, liegt auch Fürth deutlich über den meisten anderen Kommunen.

Besonders im Bereich Verpflegung und Bio-Lebensmittel setzt Fürth erneut Maßstäbe. So investierte die Stadt intensiv in die Bio-Verpflegung von Schulen und Kindertagesstätten. Hervorzuheben ist ebenfalls der hohe Wert auf Gütesiegel wie Fair Trade und Biozertifizierungen.

Stadt Neumarkt i.d.Opf. (3. Platz gesamt): Die Stadt Neumarkt i.d.Opf. erreicht den 3. Platz beim nachhaltigen Beschaffungsziel 2023 des Pakts für nachhaltige Beschaffung. Im Haushaltsjahr 2023 beschaffte die Stadt Waren im Wert von insgesamt 648.594,08 Euro nachhaltig. Dies entspricht einem Einkaufswert von 15,89 Euro pro Einwohner.

Den größten Anteil an den nachhaltigen Ausgaben stellten Produkte aus dem Bereich Baustoffe und Verpflegung dar, wobei insbesondere die nachhaltige Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten betont wurde.

Sonderkategorie „Fair“: Die

Stadt Fürth gewinnt in der Sonderkategorie „Fair“ des Haushaltsjahres 2023. Mit einem Einkaufswert von 3,89 Euro pro Einwohner für fair gehandelte Produkte setzt Fürth erneut Maßstäbe in der Metropolregion Nürnberg. Besonders im Fokus standen dabei Produkte wie Fair-Trade-Kaffee und andere fair gehandelte Lebensmittel, die einen wichtigen Bestandteil der nachhaltigen Strategie der Stadt Fürth ausmachen.

Sonderkategorie „Gemeinden“: Der Markt Eckental belegt in der Sonderkategorie „Gemeinden“ den ersten Platz. Mit einem Gesamtwert von 182.296,38 Euro im Haushaltsjahr 2023 und somit 12,40 Euro pro Einwohner für nachhaltig beschaffte Produkte zeigte Eckental einen klaren Fokus auf ökologische und soziale Kriterien. Besonders hervorzuheben sind die Bemühungen in der nachhaltigen Stromversorgung, wobei der Markt für seine kommunale Versorgung vollständig auf Ökostrom umgestellt hat, sowie die Verwendung von fair gehandelten Stofftaschen und Arbeitskleidung im Bauhof. □



Nachhaltige Kita in Holzbauweise mit Holz aus dem Neumarkter Stadtwald. Bild: Stadt Neumarkt i.d.Opf.

## INNOVATIVES VERFAHREN ZUR RINNENSANIERUNG

### Schneller, effizienter, sauberer und nachhaltiger

Wo bisher langwierige und aufwendige Handarbeit notwendig war, setzt die Firma Schlamp Kommunaldienstleistungen aus Wettstetten auf maschinelle Lösungen und innovative Materialien. Das Ergebnis: Bis zu sechsmal höhere Flächenleistung als mit herkömmlichen Verfahren, keine langfristigen Straßensperrungen und zufriedene Bauhofmitarbeiter.

### Die Methode

#### 1 FRÄSEN UND ABSAUGEN

- Maschinelles Hochdruckwaschen inkl. Absaugen in einem Arbeitsgang wird mit einer speziell dafür ausgerüsteten Kehrsaugmaschine durchgeführt.
- Brüchiges Fugenmaterial wird per Wasserstrahl herausgefäst und der Spritzschutz ermöglicht sauberes Arbeiten.

#### 2 VERFUGEN

- Das individuell entwickelte Fugenmaterial ist optimal auf die Witterungsverhältnisse und die Anforderungen der Straßenrinnen abgestimmt.
- Ein eigens entwickeltes System sorgt für die perfekte Konsistenz und optimale Ausbringung des Pflasterfugenmörtels.
- Abschließend erfolgt die Verteilung des flüssigen Fugenmaterials durch Ihre oder unsere Mitarbeiter.

#### 3 WASCHEN

- Nachdem das Fugenmaterial angesteift ist, wird die übrige Schlämme mit unserer Kehrsaugmaschine in einem Arbeitsgang abgewaschen und abgesaugt.



Vorher



Nachher



### AUS DER REGION FÜR DIE REGION

Ansässig im Landkreis Eichstätt, sind wir seit 14 Jahren für unsere Kunden in ganz Bayern unterwegs. Straßenreinigung, Rinnensanierung, Unkrautbekämpfung, Baumfällung, Landschaftspflege und vieles mehr – wir sind Ihr professioneller und innovativer Partner im kommunalen Ganzjahresinsatz.



Mehr Informationen auf [www.schlamp-dienstleistungen.de/rinnensanierung](http://www.schlamp-dienstleistungen.de/rinnensanierung)



**SCHLAMP**  
KOMMUNALDIENSTLEISTUNGEN

### „Meine Leute sagen, das ist eine Supersache!“

Wolfgang Hiebinger (links), Kreisbauhofleiter Beilngries, zeigt sich mit dem Ergebnis sehr zufrieden. „Für unsere Mitarbeiter ist das eine echte Erleichterung. Wir sind froh, dass wir mit Schlamp Kommunaldienstleistungen endlich jemanden gefunden haben, die das Problem an der Wurzel angepackt und nachhaltig gelöst haben. Diese Straßennrinne hier haben wir vor 10 Monaten saniert lassen. Und sie sieht immer noch aus wie neu. Insbesondere die Steigung der Straße war eine große Herausforderung. Da ist vor allem die Konsistenz und Ausbringung des Fugenmaterial entscheidend.“

Thomas Schlamp (rechts), Geschäftsführer von Schlamp Kommunaldienstleistungen, sitzt oft selbst in der Kehrsaugmaschine. So erkennt er gemeinsam mit seinem Team die Probleme und Bedarfe dort, wo sie entstehen. Laut Thomas Schlamp werden daraufhin die Fahrzeuge und Methodiken entsprechend optimiert und den Anforderungen angepasst.



FÜR EINE  
PROFESSIONELLE  
BERATUNG RUFEN  
SIE AN ODER  
SCHREIBEN  
SIE UNS!



Schlüsselübergabe (v.l.): Lindner-Händler Daniel Jäggi, Ueli Brügger (Gebietsverkaufsleiter Lindner Schweiz), Geschäftsführer David Lindner und Familie Schlunegger.

Bild: Lindner Traktoren

#### Lindner-Werksausstellung:

## Pinker Lintrac geht in die Schweiz

Premiere für neuen Lintrac 65 LS

3.000 Besucherinnen und Besucher informierten sich im Lindner-Innovationszentrum über die neuesten Lindner-Innovationen – vom Lintrac 65 LS bis zum Unitrac 122 LDrive Pro. Ein besonderes Highlight war die Übergabe des pinken Lintrac 80 „Melissa-Edition“ an die Schweizer Familie Schlunegger.

Im Frühjahr 2024 präsentierten Lindner einen pinken Lintrac 80, der von der österreichischen Sängerin Melissa Naschenweng signiert wurde. In den vergangenen Monaten tourte das stufenlose Sondermodell durch Österreich und war bei mehreren Pink-Ribbon-Events der österreichischen Krebshilfe zu sehen.

#### Schlüsselübergabe

Bei der Herbst-Werksausstellung von Lindner im Innovationszentrum in Kundl durfte Geschäftsführer David Lindner den Schlüssel des Lintrac in der „Melissa-Edition“ an Daniela und Roland Schlunegger aus Bowil im Emmental übergeben, die sich den besonderen Traktor gesichert haben. Die Landwirte aus der Schweiz sind Grünlandprofis und betreiben Mutterkuhhaltung. „Wir haben vor einigen Jahren unseren Stall renoviert und den Futtertisch in Pink versiegelt. Der neue Traktor passt perfekt zu unserem Hof – sowohl farblich als auch technisch“, betonen die neuen Besitzer. Ein Teil des Verkaufserlöses geht an die Österreichische Krebshilfe.

#### Premiere

Neben dem pinken Lintrac in der Melissa-Edition war auch der Lintrac 65 LS ein Anziehungspunkt auf der Werksausstellung.

Viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, sich über den neuen, kompakten Allroundtraktor zu informieren. Der Lintrac 65 LS ist speziell für den Einsatz in der alpinen Berg- und Grünlandwirtschaft entwickelt und leistet 76 PS. Mit ihm erweitert Lindner sein Angebot an Traktoren mit Schaltgetriebe.

Ein weiteres Highlight war der Unitrac 122 LDrive Pro, der dank Powermanagement bei Bedarf zwischen 90 und 100 KW wechselt. Damit eignet er sich ideal für schwere Transportarbeiten oder Einsätze mit der Zapfwelle.

#### Spezial-Lintrac zur PV-Reinigung

Stark in der Nische: Diese Devise untermauerte Lindner bei der Werksausstellung gemeinsam mit dem Unternehmen SunBrush, das auf die Reinigung von Solaranlagen spezialisiert ist. Seit kurzem ist ein eigener Aufsatz für den Lintrac und Unitrac erhältlich, mit dem Verschmutzungen auf Photovoltaikpanelen effizient entfernt werden können – im Solarpark ebenso wie auf Fassaden.

Zusätzlich informierte Lindner über die top-servicierten Vorführmodelle mit wenigen Betriebsstunden. Dank „Preishammer-Aktion“ sind die Traktoren zu sehr attraktiven Preisen

#### Mähwiesenprojekt im Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen:

## Erfassung abgeschlossen

Landwirte werden im nächsten Schritt aktiv angesprochen

Um artenreiche Wiesen im Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen zu erhalten oder ihren Zustand zu verbessern, wird im Landkreis ein Mähwiesenprojekt durchgeführt, die Erfassung der Flachland-Mähwiesen ist nun abgeschlossen. So ist ein Ergebnis des Mähwiesenprojektes eine Kulisse artenreicher Mähwiesen, die in das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) aufgenommen werden könnten. Künftig wird die untere Naturschutzbehörde (UNB) Bad Tölz – Wolfratshausen gemeinsam mit dem Landschaftspflegeverband Bad Tölz – Wolfratshausen im Rahmen eines Kooperationsprojektes proaktiv auf Landwirte innerhalb der Mähwiesen-Projektkulisse zugehen.

Flachland-Mähwiesen wurden durch die traditionelle Landwirtschaft mit extensiven Bewirtschaftungsmethoden geschaffen. Kennzeichnend für diese Wiesen sind bunte Blütenpflanzen und eine große Vielfalt an Schmetterlingen, Wildbienen, Heuschrecken und anderen Tierarten, die hier einen mittlerweile selten gewordenen Lebensraum finden. Aufgrund von Nutzungsaufgabe oder Intensivierung der Bewirtschaftung mit häufiger Mahd und Düngung sind viele dieser artenreichen Mähwiesen verloren gegangen oder haben in ihrer Qualität abgenommen. Der Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen will diesem Problem aktiv entgegenwirken. Ein Projektgebiet liegt im Isartal.

#### Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten

Derzeit laufen im Regierungsbezirk Oberbayern insgesamt neun Projekte zum Erhalt artenreicher Flachland-Mähwiesen. Im Auftrag der Regierung von Oberbayern wurde seit 2023 der Zustand der Flachland-Mähwiesen im Projektgebiet anhand ihrer Pflanzenarten durch das Büro Naturraumplanung Egger e.U. ermittelt. Darauf aufbauend wurden Maßnahmen entwickelt, um die artenreichen Wiesen im Landkreis zu erhalten und bei Bedarf den Zustand zu verbessern.

Artenreiche Mähwiesen sind Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten. In mehreren Wiesen erhaltlich. Bei der Herbstaktion hat Lindner die rumpfführte Fronthydraulik bei allen Neubestellungen kostenlos im Programm. Zusätzlich gibt es zu jedem neuen Lintrac oder Unitrac einen Gutschein in Höhe von 250 Euro. Dieser kann für das nächste Servicepaket beim Lindner-Händler ebenso eingelöst werden wie für Ersatzteile oder im Lindner-Onlineshop. Die Herbstaktion ist bis 31.12.2024 gültig.

Werksführungen und Testfahrten rundeten das dreitägige Programm ab.

sen wurde z.B. der Große Wiesenknopf festgestellt. Diese Pflanzenart ist wesentlich für das Fortbestehen einer Schmetterlingsart, dem Wiesenknopf-Ameisenbläuling. Der Schmetterling benötigt für seine Fortpflanzung sowohl den Großen Wiesenknopf, als auch seine Wirtsameise, die Rotgelbe Knotenameise. Der Falter legt seine Eier an den

#### Regierung der Oberpfalz:

## Förderbescheid für Landesgartenschau 2025

Die Stadt Furth im Wald im Landkreis Cham darf sich über eine finanzielle Förderung in Millionenhöhe zur Durchführung der Bayerischen Landesgartenschau 2025 freuen. Regierungspräsident Walter Jonas überreichte den Förderbescheid an Furths 1. Bürgermeister Sandro Bauer, der von Chams Landrat Franz Löffler begleitet wurde.

Mit der Zuwendung in Höhe von insgesamt 9 Millionen Euro sollen nachhaltige Grün- und Erholungsanlagen im Rahmen der Landesgartenschau in Furth im Wald entstehen. Diese neuen Flächen werden auch nach der Veranstaltung den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen und langfristig zur Aufwertung des Stadtbildes und der Lebensqualität beitragen.

#### Impulsgeber für regionale Entwicklung

Regierungspräsident Walter Jonas betonte bei der Übergabe die Bedeutung der Landesgartenschauen als Impulsgeber für die regionale Entwicklung und den Umweltschutz. „Durch die Landesgartenschau erhalten nicht nur die Bürgerinnen und Bürger von Furth im Wald, sondern auch die gesamte Region eine grüne Oase, die Erholung und Begegnung im Einklang mit der Natur ermöglicht.“

Der Freistaat Bayern fördert das Projekt mit 5 Millionen Euro, während 4 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bereitgestellt werden. Insgesamt beträgt das Projektvolumen für

Blüten vom Großen Wiesenknopf ab. Innerhalb der Blüte schlüpft die Raupe und ernährt sich vom Wiesenknopf. Danach lässt sie sich auf den Boden fallen und wird von der Wirtsameise in deren Bau getragen. Dort bleibt die Raupe für rund zehn Monate und ernährt sich von der Ameisenbrut. Die Ameisen merken den Schwindel nicht, denn die Raupe imitiert durch ihren Duft die Ameisenbrut. Nach dem Schlupf des Schmetterlings verlässt er so schnell wie möglich den Ameisenbau. Der Große Wiesenknopf und mit ihm der Ameisenbläuling finden allerdings auf intensiv genutztem Grünland oder auf aufgegebenen Flächen keinen geeigneten Lebensraum.

Ein Ergebnis des Mähwiesenprojektes ist eine Kulisse arten-

reicher Mähwiesen, die in das Bayerische Vertragsnaturschutzprogramm (VNP) aufgenommen werden könnten. Auch Optimierungsmaßnahmen bei der Bewirtschaftung können, je nach Ausgangszustand der Fläche, zusätzlich zum VNP finanziell gefördert werden. Maßnahmen, die sich Bewirtschafter über das Vertragsnaturschutzprogramm fördern lassen können, sind der Schnitzeitpunkt (bei Flachland-Mähwiesen 15.06. oder 01.07.), eine angepasste Düngung mit Festmist oder ein kompletter Düngeverzicht. Bei der Aufwertung von Flachland-Mähwiesen ist die gezielte Nachsaat durch Saatgut- oder Mahdgut-Übertragung von Blütenpflanzen zielführend.

Zukünftig wird die UNB in Kooperation mit dem Landschaftspflegeverband Bad Tölz – Wolfratshausen proaktiv auf Landwirtinnen und Landwirte innerhalb der Mähwiesen Projektkulisse zugehen.

#### Umweltministerium:

## Blühpakt-Allianz mit Bayerischem Gärtnerei-Verband

Durch die Aktivitäten im Rahmen der Allianz mit dem Bayerischen Gärtnerei-Verband soll die Produktion und Verwendung von heimischen Wildpflanzen gesteigert und somit die Biodiversität gefördert werden.

Die Zusammenarbeit startet mit einem Pilot-Projekt „Heimat.pflanzen – für Insekten“, an dem zunächst einige über ganz Bayern verteilte Mitglieder des Verbandes teilnehmen. Dabei werden Informationen über die Kultivierung von heimischen Wildpflanzen, deren Verwendung sowie deren Bedeutung für die Biodiversität gemeinsam erarbeitet. Im Verlauf der Allianz ist eine Ausweitung auf weitere Betriebe des Verbandes vorgesehen. So entsteht ein Netzwerk, in dem die Pilot-Gärtnereien als Multiplikatoren wirksam sind. Flankierend soll das Projekt einen Anstoß zu einem Wissenstransfer in die gärtnerische Aus- und Fortbildung geben. Die im Rahmen der Allianz erstellten Informationsmaterialien dienen auch dazu, das Wissen über die heimischen Wildpflanzen an interessierte Freizeitgärtnerinnen und Freizeitgärtner weiterzugeben.

# Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

## TV BAYERN LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

**IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER**

**Samstag, 17.45 Uhr** auf RTL und per Satellit auf RTL FS

**Sonntag, 17.00 Uhr** bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

Landkreis Kronach:

## Wiederbewaldungsparcours zeigt Wege auf

Kommunalpolitiker nehmen sich den Waldumbau vor

Die besonderen waldbaulichen Herausforderungen des Frankenwaldes standen im Mittelpunkt einer Exkursion von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Kreisräten, Gemeinderäten und Ortschaftsprechern des Landkreises Kronach. Sie setzen sich gemeinsam mit den Waldbesitzern dafür ein, den Frankenwald wieder vielfältig und bunt mit verschiedenen Baumarten zu gestalten. Als Exkursionsgebiet wurde die Fläche „Himmelreich-Heeresstraße“ zwischen Hirschfeld, Förschendorf und Rothenkirchen gewählt, wo seit 2022 der „Wiederbewaldungsparcours Heeresstraße“ besteht.

Um den regelmäßigen Austausch zu fördern, planten Kommunalvertreter aus der Region einen gemeinsamen Waldbegang mit Experten des Amtes für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) Coburg-Kulmbach zum Thema „Waldbauliche Optionen für den Frankenwald – Status quo und Ausblick“.

Die Initiatoren Bürgermeister Stefan Heinlein, Markt Pressig, und der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetags im Kreisverband Kronach, Bürgermeister Bernd Rebhan, Markt Küps, luden alle Kommunalvertreterinnen und Vertreter zu der Exkursion ein. Der „Wiederbewaldungsparcours Heeresstraße“

bei Förschendorf wurde hierfür ausgewählt. „Der Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden in der Region ist ein wichtiges Instrument, um den Waldumbau im Frankenwald voranzutreiben“, so Rebhan.

Der Waldumbau mit klimaresistenten Baumarten stellt die Waldbesitzer im Frankenwald vor besondere Herausforderungen, besonders in den oft anspruchsvollen Lagen mit nährstoffarmen, flachgründigen Böden und steilen Hängen. Der Behördenleiter des AELF, Harald Weber, sein Stellvertreter Jens Härtel und der forstliche Bereichsleiter Andreas Sommerer führten durch das Aufforstungsgebiet und erläuterten, warum die ausgewählten Baumarten für den Standort geeignet sind. Härtel erläuterte die Entwicklung seit 2017, als der Frankenwald zum „Waldgebiet des Jahres“ gekürt wurde, und hob die ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielsetzungen hervor. Der massive Borkenkäferbefall sowie Klimawandel und Trockenperioden machten den Frankenwald rasch zu einem „Problemwald“.

Unimog und Atego auf FIREmobil:

## Mercedes-Benz Special Trucks stellte acht Fahrzeuge zur Brandbekämpfung aus

Fünf hochgeländegängige Unimog, ein Unimog Geräteträger und zwei Atego mit Aufbauten von Rosenbauer, Schlingmann, BAI, Brandschutztechnik Stolpen und AS Baugeräte

Auf der FIREmobil, der Leistungsschau im Bereich Krisen- und Katastrophenschutz, stellte Mercedes-Benz Special Trucks neben den beiden Fahrzeugen der Baureihe Atego sechs Einsatzfahrzeuge auf Unimog Basis vor. Mit ihren unterschiedlichen Konfigurationen decken die Fahrzeuge ein weitreichendes Einsatzspektrum bei der Brandbekämpfung ab.

Auf Basis des hochgeländegängigen Unimog hat Rosenbauer den „MT Forest DK“ speziell für den Einsatz in Waldbrandgebieten konzipiert. Im werkseitig zur

„Doka“ (= Doppelkabine) verlängerten Fahrerhaus finden bis zu sieben Einsatzkräfte Platz. Durch die Dachluke kann im Pump & Roll Verfahren auch während der

Fahrt gelöscht werden, wobei ein Selbstschutzsystem Reifen und Fahrerkabine mit Sprühnebel kühlen kann. Der Werfer an der Fahrzeugfront lässt sich aus dem Fahrerhaus bedienen.

In Kombination mit der Reifendruckregelanlage zur besseren Befahrbarkeit verschiedener Untergründe machen Watfähigkeit, hohe Bodenfreiheit und große Böschung- und Rampenwinkel den Unimog zu einem agilen Instrument bei der Vegetations- und Flächenbrandbekämpfung.

Schlingmann „TLF 3000“

Auch das von Schlingmann aufgebaute Tanklöschfahrzeug basiert auf dem Unimog U 5023 und ist auf die Bedürfnisse der Feuerwehr bei Einsätzen im Gelände ausgelegt. Das aus rostfreien Edelstahlspezialprofilen geschweißte Gerippe verleiht dem Aufbau Stabilität und hohen Korrosionsschutz. Die doppelte Dreipunktlagerung als Verbindung zwischen Aufbau und Fahrgestell erlaubt Verwindungsfreiheit bei Geländefahrten. Dadurch ist der schnelle Transport von Löschwasser und Schaummittel an den Ort des Geschehens möglich – auch wenn der Brandherd im Wald oder am Steilhang ist. Auf Wunsch kann auch ein 4000L Löschwasserbehälter verbaut werden.

Die vier seitlichen Geräteraume bieten Platz für umfangreiche feuerwehrtechnische Beladung. Zusätzlich können Dachkästen auf dem Aufbaudach montiert werden. Im hinteren Geräteraum ist die Pumpenanlage installiert. Das TLF 3000 ist mit Schlingmann Feuerlöschkreiselpumpe, C-Strahlrohr auf dem Aufbaudach, Frontwasserwerfer und Sprühdüsen zum Eigenschutz ausgestattet.

Weitere Fahrzeuglösungen

Das „TLF 2000“ und das „TLF 3000 Vario“ von BAI, ein Gerätewagen Logistik von Brandschutztechnik Stolpen (BTS) und ein Einsatzfahrzeug von der gemeinnützigen Hilfsorganisation @fire mit Pritsche und Plane von Söder wurden ebenfalls gezeigt.

Außerdem fanden Besucher am Stand das von Schlingmann aufgebaute Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug HLF 20 Varus 4x4 auf Basis des Atego 1530 AF, sowie einen Atego 1630 AF mit 10 Tonnen Hinterachse und Singlebereifung für erhöhte Tragfähigkeit und mehr Flexibilität bei der Gewichtsverteilung des Aufbaus. Der Atego 1630 AF wurde ohne Aufbau ausgestellt.



Kommunalpolitiker des Landkreises Kronach vor Ort im Frankenwald.

Bild: Markt Küps

Die Fläche wird von drei Waldbesitzern bewirtschaftet, und das Projektvolumen beträgt rund 40.000 Euro. Bernd Rebhan und Stefan Heinlein dankten für die umfassenden und aufschlussreichen Informationen. Sie und die über 20 Teilnehmenden zeigten sich überzeugt, dass der Frankenwald auf einem guten Weg ist, wiederaufzuforsten und ein Stück Lebensqualität zurückzugewinnen. Die beiden Bürgermeister appellieren an die Waldbesitzer, den Wiederbewaldungsparcours zu besichtigen und Beratung zu Fördermitteln einzuholen. Der Frankenwald verfügt über ein starkes Netzwerk an Forst- und Waldexperten, die jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Zukunftsprojekt Frankenwald

Die Forstexperten stellten mithilfe von Karten, Grafiken und vor Ort im „Wiederbewaldungsparcours“ dar, welche Baumarten sich für eine zukunftsorientierte Aufforstung eignen könnten. Auf der etwa 2,5 Hektar großen Fläche wurden verschiedene Baumarten wie Esskastanie, Eibe, Küstentanne, Rotbuche, Weißtanne, Vogelbeere, Stieleiche, Winterlinde, Roteiche, Birke, Europäische Lärche, Schwarzkiefer und weitere gepflanzt, um eine möglichst große Vielfalt auf kleiner Fläche zu präsentieren. Die Fläche gilt als Zukunftsprojekt „Der neue Frankenwald“ und wurde 2022 von Staatsministerin Michaela Kaniber freigegeben. „Der neue Frankenwald wird ein völlig anderes, buntes und vielfältigeres Gesicht haben als der alte – geprägt von stabilen, klimafesten Mischwäldern“, sagte die Ministerin bei der Einweihung.



Unimog und Atego auf der Firemobil.

Bild: Daimler Truck

## Bayern begrüßt Stopp der EU-Entwaldungsverordnung

Europaminister Beißwenger: „Katastrophe für den europäischen Markt“

Bayerns Europaminister Eric Beißwenger nahm in der Bayerischen Vertretung in Brüssel an einem Expertengespräch zur europäischen Entwaldungsverordnung zusammen mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft teil. Beißwenger: „Die geplante Verordnung ist eine Katastrophe für heimische Rohstoffproduzenten und den europäischen Markt. Die EU muss jetzt die Zeit dafür nutzen, die Regelung inhaltlich grundlegend zu überarbeiten. Sie hat sonst enormes Zerstörungspotenzial. Der weltweite Schutz der Wälder ist gerade mit Blick auf den Klimaschutz ein extrem wichtiges Anliegen und wird von Bayern nachdrücklich unterstützt. Die EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten ist in der vorliegenden Form aber der falsche Weg.“

Die Verordnung will verhindern, dass Lieferketten bestimmter Produkte wie zum Beispiel Holz, Kaffee, Palmöl, Soja oder Kautschuk zu einer globalen Entwaldung beitragen. Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte angekündigt, den Start um ein Jahr zu verschieben. Dem müssen das EU-Parlament und die europäischen Mitgliedsstaaten noch zustimmen. Mit der Umsetzung wäre der europäische Markt für die betroffenen Produkte massiv beeinträchtigt, so Beißwenger. Die Umsetzung bedeute untragbare bürokratische Belastungen und habe unkalkulierbare Auswirkungen auf die Wertschöpfungsketten, auch weil noch unklar ist, wie die Unternehmen das leisten sollen, was die Verordnung fordert. Viele Branchen wären von Rohstoffen abgeschnitten, weil sie nicht

belegen könnten, dass für die Herstellung kein Wald gerodet wurde. Auch redlichen, nachhaltigen Produzenten in Drittstaaten könnte die Lebensgrundlage entzogen werden, wenn sie an den technischen Anforderungen scheitern.

Waldland Nr. 1

Beißwenger: „Abgesehen davon besteht für Bayern, und übrigens auch in Deutschland, kein Entwaldungsrisiko. Bayern hat sogar den höchsten Holzvorrat in Europa. Bayern ist mit rund 2,6 Millionen Hektar und einem Viertel der Waldfläche Deutschlands Waldland Nummer eins. Hier hat die Waldfläche seit 1977 sogar um 15.000 Hektar zugenommen. 164.000 Menschen in Bayern leben von der Holz- und Forstwirtschaft.“



## Voller Einsatz gegen Schnee und Eis.

Im Winterdienst zählen **Schnelligkeit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit**. Der Unimog ist in jeder dieser Disziplinen ein Profi. Dafür sorgen zum Beispiel innovative Eigenschaften wie der synergetische Fahrertrieb EasyDrive,

der während der Fahrt den Wechsel zwischen mechanischem und stufenlosem Antrieb (0–50 km/h) erlaubt, der komfortable Arbeitsplatz mit intuitivem Bedienkonzept oder modernste Euro-6-Motoren bis 220 kW (299 PS).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter [mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal](https://mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal)

Mercedes-Benz  
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: [verkauf.unimog@beuthauser.de](mailto:verkauf.unimog@beuthauser.de), Internet: [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: [heimstetten@henne-unimog.de](mailto:heimstetten@henne-unimog.de), Internet: [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: [info@kurt-herold.de](mailto:info@kurt-herold.de), Internet: [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: [info@klmv.de](mailto:info@klmv.de), Internet: [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29–33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: [nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com](mailto:nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com), Internet: [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

# In fataler Weise abhängig

Informatikprofessor der Uni Würzburg warnt vor Verlust der digitalen Souveränität

Abseits der Datenautobahn zu agieren, wäre für Kommunen heute unvorstellbar. Die Digitalisierung erleichtert vieles. Doch sie birgt auch Gefahren. Vor diesen Gefahren warnt Harald Wehnes, Vorsitzender des Präsidiumsarbeitskreises „Digitale Souveränität“ der Gesellschaft für Informatik (GI). Das Thema „Digitale Abhängigkeit“, vor allem in Bezug auf Produkte der Firma Microsoft, müsste dem Professor von der Uni Würzburg zufolge eine viel höhere Priorität in Kommunen haben.

„Bei Kommunalpolitikern steht ein funktionierender, kostengünstiger IT-Betrieb im Vordergrund, und das ist auch verständlich“, so Harald Wehnes. Die meisten dürften allerdings schon von „digitaler Abhängigkeit“ gehört haben: „Manche sind wahrscheinlich sogar durch Preissteigerungen mangels fehlenden Wettbewerbes bereits Betroffene.“ Dennoch beobachtet der Experte für „Digitale Souveränität“, dass das Thema in Rathäusern und Landratsämtern keine hohe Priorität hat. Gleichzeitig, beobachtet er, gebe es kaum Kenntnisse über alternative Softwareprodukte, deren Anbieter und Supportleistungen.

Der Informatiker warnt eindringlich vor „Fehlinformationen der Marketingmaschinerie von Big Tech“. „Sie bezeichnen ihre Rechenzentren zum Beispiel als ‚souverän‘, obwohl diese für die Kunden das genaue Gegenteil bewirken, nämlich eine Verstärkung der digitalen Abhängigkeit“, erläutert er. Das Gebaren erinnert ihn an das frühere Vorgehen von Tabakkonzernen. Die dreistesten unter ihnen streuten jahrelang die Devise aus: „Raucht mehr, denn Rauchen erhöht nach medizinischen Studien die Gesundheit!“

Harald Wehnes verweist auf eine aktuelle Analyse, die zeigt: „Die digitalen Abhängigkeiten sind im Verhältnis zur Abhängigkeit von russischem Gas wesentlich kritischer zu bewerten, da sie irreversiblen Charakter haben.“ Als die Gaslieferung eingestellt wurde, habe es Sofortlösungen durch die Nutzung vorhandener Reserven, alternativer Energien und vielfältiger Sparmaßnahmen gegeben. „Sollte uns der ‚digitale Hahn‘ abgedreht werden, wofür es immer mehr internationale Beispiele gibt, verfügen wir derzeit über keine Sofortlösungen und müssen alle Konsequenzen erdulden“, so der Wissenschaftler.

Staatsminister Füracker:

## Vermessungsverwaltung auf dem Sprung ins All

Forschungsprojekt stärkt Luft- und Raumfahrtstandort Bayern

„Smarte kleine Satelliten für Bayern und ein großer Schritt für unsere Vermessungsverwaltung! Mit einer eigenen Erdbeobachtungsmision wollen wir demnächst ins All starten und uns maßgeschneiderte Geodaten direkt aus dem Weltraum holen. Die gesamte Prozesskette des Forschungsprojekts ‚Bayerisches Satellitennetzwerk‘ bleibt dabei in bayerischer Hand – von der Datenaufnahme im All über die Verarbeitung am Boden bis zur Bereitstellung für alle Bürgerinnen und Bürger. Dies ist ein entscheidender Vorteil gegenüber kommerziellen Anbietern und ein wichtiger Beitrag zur digitalen Souveränität des Freistaats. Mit der Mission fördern wir Bayern als industriellen Raumfahrtstandort und stärken gleichzeitig die bayerische Wirtschaft, indem aufstrebende Start-Ups unterstützt werden“, kündigte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen seines Besuchs am Zentrum für Telematik und der S4 Smart Small Satellite Systems GmbH an.

Füracker weiter: „Die gewonnenen Satellitendaten werden sich ideal für Auswertungen bei Hochwasserprognosen, Klimaveränderungen oder in der Land- und Forstwirtschaft eignen. Durch ein KI-unterstütztes Datenauswertungs- und Managementsystem werden die Daten aus dem All effizient gespeichert, analysiert und visualisiert. Damit ermöglichen wir eine zeitnahe und zielgerichtete Weiterleitung der Informationen an relevante Stellen innerhalb und außerhalb der Staatsverwaltung!“

### Extreme Preiserhöhungen

Die aktuellen Preiserhöhungen der marktbeherrschenden Virtualisierungssoftware VMware zeige, wie Monopolstellungen wirtschaftlich ausgenutzt würden, so der Sprecher des GI-Präsidiumsarbeitskreises „Digitale Souveränität“. Die Preise für VMware-Produkte hätten sich bis zu zwölfmal erhöht. Auch Kommunen seien von extremen Preiserhöhungen nicht ausgenommen. Der Steuerzahler müsse letztlich die Mondpreise blechen: „Ohne Einfluss nehmen zu können“. Das Steuergeld fehle dann für marode Brücken, Straßen, Bildung und vieles andere.

Nun ist „digitale Souveränität“ in Stadtverwaltungen durchaus ein Thema. Dies bestätigt Carla Diehl, Pressesprecherin der Stadt Aschaffenburg. Laut ihrem Leitbild habe die Stadt das klare Ziel, technologische Souveränität sicherzustellen. „Dies beinhaltet die Kontrolle und den Schutz personenbezogener Daten sowie die Autonomie bei der Nutzung digitaler Technologien und Infrastrukturen“, führt sie aus.

### Schwierige Umstellung auf Open-Source-Produkte

Bei Betriebssystemen und Office-Anwendungen setzt die Stadt dennoch weitgehend auf Microsoft-Produkte. „Viele der eingesetzten Fachanwendungen sind auf Microsoft-Betriebssysteme ausgelegt“, erläutert Carla Diehl. Klar ist der Stadtverwaltung aber: „Die hohe Abhängigkeit von Microsoft-basierten Lösungen, insbesondere bei zentraler Verwaltungssoftware, macht eine Umstellung auf Open-Source-Produkte schwierig.“

Die Entscheidung, vorwiegend auf Microsoft-Produkte zu setzen, basiert aber auch auf einer Kosten-Nutzen-Analyse. „Eine Umstellung auf Open-Source-Systeme wie Linux würde bedeuten, dass zahlreiche beste-

hende Fachverfahren entweder nicht mehr unterstützt würden oder aufwendige und kostenintensive Anpassungen erforderlich wären“, so Carla Diehl. Zudem wäre die Schulung der Mitarbeiter sowie der Administratoren mit erheblichem Aufwand verbunden. Was zu zusätzlichen Kosten führen würde.

### Daten „On-Premise“

Ähnliches verlautet aus der Stadt Nürnberg. „Digitale Souveränität ist unserer Stadtverwaltung sehr wichtig“, betont IT-Referent Thorsten Brehm. Deshalb würden derzeit alle Daten „On-Premise“, also im eigenen Rechenzentrum gehalten: „Eine Speicherung der Daten in der Cloud erfolgt nur in Ausnahmefällen.“

Grundsätzlich stehe der städtische IT-Bereich vor der Herausforderung, mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen sowohl fachliche Anforderungen zu erfüllen als auch eine zuverlässige IT-Infrastruktur zu betreiben. Deshalb müsse auf „übliche Standards“ gesetzt werden. „Im Client-Umfeld ist es derzeit nicht möglich, mit Linux alle Anforderungen zu erfüllen“, erklärt Thorsten Brehm. Beispielsweise gebe es Fachsoftware, die nur unter MS Windows lauffähig ist: „Dazu gehören auch vorgeschriebene Produkte der Bundesdruckerei im Bereich des Passwesens.“

Linux habe bei Desktop-Computern derzeit lediglich einen Marktanteil von 4,5 Prozent. MS Windows hingegen liege bei über 73 Prozent. „Für die Hersteller von Softwareprodukten ist dieser kleine Marktanteil zu wenig attraktiv, um Desktop-Software anzubieten, die für die Aufgabenstellungen im öffentlichen Dienst geeignet ist“, so der IT-Referent. Der hohe Marktanteil an Windows-Installationen biete im Übrigen den Vorteil, dass die große Mehrheit der städtischen Beschäftigten entsprechende Erfahrungen aus Schule, Ausbildung oder Studium mit MS-Windows-Betriebssystemen mitbringt.

Eine einheitliche Windows-Umgebung im Desktopbereich minimiere schließlich administrative Aufwände. Es sei im vom Fachkräftemangel geprägten IT-Markt viel einfacher,

Windows-Administratoren zu gewinnen. Im Serverbereich seien die Auswirkungen hingegen nicht derart erheblich, sodass die Stadt Nürnberg hier sowohl Windows als auch Linux als Serverbetriebssysteme einsetzt. Linux werde im Serverbereich sogar vorzugsweise genutzt.

Harald Wehnes weiß um die Skepsis gegenüber Open Source in öffentlichen Verwaltungen. Sie basiert nach seiner Beobachtung häufig auf mangelndem Wissen über Open Source-Produkte sowie auf fehlender Erfahrung mit Open Source-Supportmodellen. Linux gilt nach seinen Worten als äußerst stabil und abtuzsicher. Die Software sei außerdem bekannt dafür, sehr ressourcenschonend zu arbeiten: „Linux benötigt oft weniger Arbeitsspeicher und CPU-Leistung als Windows.“

Eine Umstellung, um mehr digitale Souveränität zu erlangen, sei selbstverständlich aufwändig. Doch durch Open Source-Software könnten im Gegenzug erhebliche Kosten gespart werden: „Open Source-Software ist in der Regel deutlich wirtschaftlicher, da sie keine Lizenzkosten erfordert und an spezifische Bedürfnisse angepasst werden kann.“ Zudem könnten Wartung und Weiterentwicklung an lokale IT-Firmen ausgelagert werden, was den heimischen Markt und die lokale Wertschöpfung fördert.

### Zu wenig Wettbewerb

Alternative Lösungen würden den aktuell mangelhaften Wettbewerb stärken, so Harald Wehnes weiter. Dies würde sich kostensenkend auswirken. Die Gefahr von überproportional steigenden Lizenzkosten bei Monopolproduk-

ten würde dadurch reduziert.

Harald Wehnes verweist auf eine 2021 von der EU-Kommission veröffentlichte Studie, die den signifikanten Einfluss von Open Source-Software auf die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen bestätigt. Der Studie zufolge trägt Open Source einen erheblichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt der EU bei. „Rund eine Milliarde Euro, die Unternehmen in der EU 2018 in Open Source investiert haben, führten demnach zu einem wirtschaftlichen Mehrwert von 65 bis 95 Milliarden Euro“, so der Spezialist für Projektmanagement.

Nicht nur Microsoft hat inzwischen eine Monopolstellung. Die Monopolisierung greift um sich, alle Fäden laufen in den Händen weniger Giganten zusammen – Apple, Microsoft, Alphabet/Google, Amazon, Meta/Facebook, Eli Lilly, Visa, Novo Nordisk, Walmart, ExxonMobil, JP Morgan Chase. Alle Monopole, so Harald Wehnes, beschränken den Wettbewerb: „Was Bürgern die Vorteile eines freien Marktes wie faire Preise, bessere Produkte und Wahlfreiheit vorenthält.“

### Große Gefahr durch digitale Monopole

Digitale Monopole seien besonders gefährlich. Der Forscher verweist auf die ZDF-Dokumentation „Wie Amazon seine Konkurrenz zerstört“. Hier werde aufgezeigt, wie Amazon vertrauliche Daten von Anbietern, die in Rechenzentren des Giganten gespeichert werden, auswertet, Produktkopien herstellt und diese „Eigenprodukte“ aggressiv auf der eigenen Plattform vermarktet. „Es stellt sich die Frage, inwieweit vertrauliche Daten in den Big Tech-Rechenzent-

ren ausreichend vor Missbrauch geschützt sind“, so Harald Wehnes. Auch der öffentliche Sektor speichere ja sensible Daten über Bürger und Unternehmen: „Zum Beispiel Finanzämter.“

Zur digitalen Abhängigkeit kommt also die Gefahr von digitalem Missbrauch durch ungeheure Angebotsmacht. Dass digitale Monopole ihre Marktmacht zum Nachteil von Konkurrenten und Kunden missbrauchen, ist laut Harald Wehnes nicht neu. Dies habe bereits mehrfach zu Verurteilungen geführt.

### Ausdehnung auf weitere Wirtschaftssektoren

Hinzu komme, dass die digitalen Monopole ihre Marktmacht rasant auf weitere Wirtschaftssektoren wie Medien, Banken, Bezahlendienste, Logistik, Gesundheitswesen oder Bildung ausdehnten und auch hier immer dominanter würden. Damit einher gingen der Verlust von Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung, Wachstum und Wohlstand. Dies, so Harald Wehnes, führe zu sinkenden Steuereinnahmen und Beiträgen für die Sozialkassen.

Durch die digitale Windows-Monokulturlandschaft haben IT-Ausfälle, wie der im Juli 2024 bei Microsoft/CrowdStrike, verheerende Auswirkungen. „8,5 Millionen Windows-Systeme waren betroffen“, erinnert Harald Wehnes. Die Schadensschätzungen bewegten sich im zweistelligen Milliardenbereich. Sein Fazit: „Entweder wir kümmern uns mit Nachdruck darum, die vorhandenen digitalen Abhängigkeiten von den Big Tech-Monopolen zu vermindern und eine enkelfähige digitale Zukunft zu sichern oder wir landen in der digitalen Kolonie.“ Pat Christ

## Telekom und Bankhaus Metzler testen Bitcoin-Mining-Infrastruktur für überschüssige Energie

Die Deutsche Telekom Tochter MMS startet gemeinsam mit dem Bankhaus Metzler ein Pilotprojekt, um eine Bitcoin-Mining-Infrastruktur auf Basis überschüssiger Energie zu betreiben. Das Mining soll zukünftig mit dem Strom aus erneuerbaren Energiequellen betrieben werden, der aufgrund mangelnder Einlieferungsmöglichkeiten in die Energienetze und/oder fehlender Speichermöglichkeiten ungenutzt bleiben würde. Das Pilotprojekt soll valide Felddaten und Erkenntnisse liefern, um Folgeprojekte zu planen.

Mit steigender Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen erhöht sich auch der Bedarf, das Energienetz zu stabilisieren (Regelleistung), da Produktionshochzeiten je nach Wetterlage unregelmäßig auftreten. Insbesondere durch Photovoltaik und Windkraft entsteht zunehmend überschüssige Energie. Diese Regelleistung durch Bitcoin-Mining wird bereits in anderen Ländern (u.a. USA und Finnland) erfolgreich praktiziert. Mit dem Pilotprojekt soll der Prozess für Deutschland validiert werden.

Durch die flexible Last könnten Bitcoin-Miner in Zukunft eine wichtige Rolle beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage im Energienetz spielen. Das langfristige Ziel ist, mit den gewonnenen Daten aus dem Pilotprojekt unter anderem einen Beitrag zur Stabilisierung des Energienetzes bei netzbelastenden Energieschwankungen zu leisten. Zudem könnten unter anderem Windkrafterzeuger oder Photovoltaikanlagenbetreiber von dieser Technologie profitieren. Sie stehen häufig vor der Herausforderung nicht planbarer Regelleistung.

### Mining beim Mittelständler

Das Hosting der Bitcoin-Miner des Pilotprojektes übernimmt die Metis Solutions GmbH aus Dresden. Die Mining-Container stehen auf dem Gelände der Riva GmbH Engineering, einem

Hersteller von Metall- und Glasfassaden, in Backnang. Das Unternehmen verfügt über eine eigene Stromproduktion aus einer Photovoltaikanlage. Die Telekom MMS hat jahrelange Erfahrung mit Blockchain-Infrastruktur und übernimmt den Betrieb der Geräte. Gemeinsam mit dem Bankhaus Metzler werden Testläufe und die Datenauswertung definiert und analysiert. Das Bankhaus Metzler eruiert mit dem Pilotprojekt die weiteren Möglichkeiten von Financial Services mit Digital Assets.

### Pilotprojekt „Digitale Monetäre Photosynthese“

„Mit der wachsenden Anzahl erneuerbarer Energiequellen und den daraus resultierenden Schwankungen an verfügbarer Energie erhöht sich der Bedarf an schnell verfügbarer Regelleistung. Dafür benötigen wir Mechanismen, die schnell auf die Veränderungen reagieren und Schwankungen abfangen können. Mit dem Bankhaus Metzler und der RIVA Engineering GmbH gehen wir einen Schritt in diese Richtung, um die Regelwirkung von Bitcoin Minern im Energienetz zu testen. Überschüssige Energie wird über die Miner in digitale Werte umgewandelt. Wir nennen das digitale monetäre Photosynthese.“ sagt Oliver Nyderle, Leiter Digital Trust & Web3 Infrastructure bei Deutsche Telekom MMS. Hendrik König, Head of Digital

Assets Office des Bankhauses Metzler: „Unser Ziel ist es, Erfahrungen in unterschiedlichsten Einsatzbereichen zu sammeln, um die Innovationskraft der Blockchain-Technologie in Deutschland weiter voranzutreiben. Daher freuen wir uns sehr, Teil dieses Pilotprojekts mit Telekom MMS zu sein. Die Blockchain-Technologie gewinnt im operativen Geschäft außerhalb der Finanzindustrie zunehmend an Bedeutung – und ein vertrauenswürdiger Finanzpartner ist beim Management von Krypto-Assets unerlässlich.“

### Web3-Infrastrukturanbieter seit 2020

Bereits seit 2020 bietet die Telekom MMS Infrastruktur für verschiedene dezentrale Protokolle im Web3-Bereich an, darunter unter anderem Chainlink, Fetch.ai und Polygon: Seit 2023 betreibt die Telekom auch einen Bitcoin-Knoten und weitet somit das Portfolio erstmalig mit einem Proof-of-Work-Netzwerk aus.

### Digitale Assets in der Finanzbranche

Das Bankhaus Metzler gründete 2022 das Digital Assets Office (DAO), das sich ausschließlich mit der Blockchain-Technologie und dem Digital-Assets-Ökosystem befasst. Metzler hat die Blockchain-Technologie als strategisches Zukunftsthema identifiziert und plant langfristig die Umsetzung von Blockchain-Lösungen für Kunden. Mit dem DAO positioniert sich Metzler als Vorreiter in der Branche und nutzt die Chancen der digitalen Transformation, um seinen Kunden innovative Lösungen und wettbewerbsfähige Vorteile zu bieten. □

Digital-Gipfel 2024:

## Digitalen Wandel passgenau gestalten

Mehr als 1.500 Experten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nahmen am 17. Digital-Gipfel der Bundesregierung in Frankfurt am Main teil und diskutierten mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Vertretern aus Bund und Ländern die digitale Zukunft Deutschlands. Unter dem Titel „Deutschland Digital – Innovativ. Souverän. International“ standen Digitale Souveränität und Künstliche Intelligenz im Zentrum der Debatte. Über 60 Veranstaltungen wurden zahlreiche Projekte vorgestellt: von digitalen Tools im Katastrophenschutz über Strategien gegen Desinformation bis zu neuen Möglichkeiten durch Quantencomputing.

„Unser Ziel ist klar: Wir wollen Deutschland zum führenden KI-Land in Europa machen“, betonte Bundesdigitalminister Dr. Volker Wissing. Die Bundesregierung schaffe dafür die Voraussetzungen mit einer wirtschaftsfreundlichen Umsetzung der KI-Verordnung, exzellenten Ausgangsbedingungen für die KI-Forschung, besserer Datenverfügbarkeit für innovative Start-ups und mit Rückenwind für den Mittelstand. „Nur Unternehmen, die KI nutzen, um ihre Produkte und Services zu optimieren, werden im globalen Wettbewerb bestehen. Daher wollen wir den Einsatz von KI im Mittelstand befeuern und konkret unterstützen: durch bundesweite KI-Zentren, in denen wir Testmöglichkeiten für die praktische Anwendung schaffen und Hilfe bei rechtlichen Fragen bieten“, erläuterte Wissing.

„Digitale Technologien sind entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Dafür trägt der Erfindergeist, die Innovation und der Fleiß Deutschlands heute noch“, stellte Bundeskanzler Olaf Scholz fest. Zudem schaffe die Bundes-

regierung wichtige Rahmenbedingungen, „denn mein Ziel ist, dass Deutschland – und auch insbesondere unsere Industrie – bei Zukunftstechnologien ganz vorn mitspielt“, so der Kanzler. Als Schwerpunkte nannte er allen voran Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Virtual Reality.

Laut dem aktuellen Innovationsindex des BDI liegt Deutschland auf Platz 2 aller großen Industrieländer. „Die OECD bescheinigt zudem, dass KI-Talente aus der ganzen Welt hierherkommen“, hob Scholz hervor. Deutschland liege mittlerweile auf Platz 3 der beliebtesten Länder. Als einzige große Volkswirtschaft Europas investiere Deutschland mehr als drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung. Private Investitionen wolle die Bundesregierung weiter steuerlich fördern.

Fortschritte seien auch bei der digitalen Infrastruktur zu verzeichnen: Mittlerweile verfügen 99 Prozent der Haushalte über Zugang zu einem 5G-Netz. Von Mitte 2022 und bis Ende 2023 sei der Anteil der Haushalte und

Unternehmen, für die ein Glasfaseranschluss verfügbar ist, um mehr als 75 Prozent gestiegen.

„Mein Anspruch ist, dass wir die digitale Transformation so gestalten, wie es zu uns passt – zu unserer Wirtschaft und zu unseren Werten“, erklärte Scholz. Dafür müssten die notwendigen Kompetenzen in zentralen Schlüsseltechnologien wie der Halbleiterindustrie oder der Quantentechnologie in Deutschland gebündelt werden.

### Digitale Transformation und KI

Ein Höhepunkt des Digital-Gipfels war die Verleihung des Deutschen Mobilitätspreises (DMP) an insgesamt fünf bundesweite Projekte, darunter zwei aus Bayern. In der Kategorie „Digitale Transformation und KI“ wurde das Münchner Projekt „SmartAls – Hinderniserkennungs-App für blinde und sehbehinderte Personen“ ausgezeichnet. Es ermöglicht, dass ein Smartphone blinden und sehbehinderten Personen assistiert, indem es die Umgebung erkennt und sie auf besondere Gegebenheiten und Hindernisse im Weg hinweist. Dazu tragen sie das Smartphone in einer speziellen Brusttasche. Die App nutzt die Kamera des Smartphones sowie Technologien aus den Bereichen Computer Vision, Robotik und autonomes Fahren, um aus den aufgenommenen Bildern in Echtzeit entsprechende Meldungen zu berechnen. Die Berech-

nungen werden mit KI-basierten Technologien durchgeführt und finden vollständig auf dem Smartphone statt.

Das Projektteam kooperiert mit Blinden und Sehbehinderten, die die App in realen Situationen testen, sowie mit großen deutschen Blindenverbänden und -institutionen, die ihre Expertise im Bereich der Blindenhilfsmittel einbringen.

In der Kategorie „Neue Mobilitätslösungen“ lag das Projekt „NeMo.bil – Mobilitätssystem aus vernetzten Fahrzeugen für öffentliche Bedarfsverkehre“ (Grafing bei München) vorne. Im Mittelpunkt stehen leichte, elektrisch-autonome und digital vernetzte Fahrzeuge (Cab) für Güter- und Personenbeförderung. Ausgehend von individuellen Startpunkten koppeln diese sich mit einem Zugfahrzeug (Pro), um größere Distanzen im Konvoi zurückzulegen. In der Zielregion entkoppeln sie sich wieder und bringen die Nutzer zu individuellen Endpunkten.

Für den direkten Datenaustausch zwischen den Fahrzeugen wird auf die Vehicle-to-Vehicle-Technologie gesetzt. Die Fahrzeuge sollen mittels künstlicher Intelligenz und Sensorik selbständig navigieren und fahren können. Die Fahrzeugflotte soll an Bedarfen ausgerichtet werden. Auch Cabs, die für die Inklusion von Personen mit bestimmten Bedarfen ausgestattet werden, sind vorgesehen.

Der Mobilitätspreis ist ein Innovationspreis für Unternehmen, Start-ups, Netzwerke, Initiativen aus der Mobilitäts- und Digitalbranche sowie Kommunen und Verwaltungen. Er zählt zu den wichtigsten Auszeichnungen im Bereich Digitales und Mobilität und wird jährlich vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) verliehen. **DK**

Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister:

## KI in der Verwaltung

Beim Herbstempfang der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister (Vitako) im Haus der Bundespressekonferenz stand das Thema „KI in der Verwaltung: Governance, Rahmenbedingungen und gemeinsame Potenziale“ im Mittelpunkt des politischen Abends. Namhafte Vertreter aus Politik und Verwaltung tauschten sich zu diesem zukunftsweisenden Thema aus.

Vitako-Vorstandsvorsitzender Sören Kuhn präsentierte das neue Positionspapier des Verbandes zur nationalen Implementierung des AI Acts, der EU-Verordnung zur künstlichen Intelligenz. Laut Bundes-Arbeitsgemeinschaft beleuchtet es die essenziellen Faktoren, die für die öffentliche Verwaltung zum vollen Ausschöpfen des Potenzials von KI wichtig sind.

### Dem Fachkräftemangel entgegenwirken

Kuhn zufolge sind automatisierte Prozesse und die Unterstützung durch KI wichtige Faktoren, um dem Fachkräftemangel in der Verwaltung entgegenzuwirken. Die Mitglieder der Vitako setzten sich dafür ein, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung voranzutreiben und eigene KI-Anwendungen bereitzustellen. Auch verwies er darauf, dass Kommunen und kommunale Dienstleister über Erfahrung und Know-how bei der Verwaltungsdigitalisierung verfügen und diese in KI-Reallabore einbringen sollten, um Innovation weiter voranzutreiben. Dabei seien Nachhaltigkeitskriterien zu beachten.

In der darauffolgenden Panel-Diskussion unter der Leitung von Katrin Giebel, Geschäftsstellenleitung von Vitako, erörterten

hochkarätige Teilnehmer, darunter Staatssekretär Dr. Markus Richter, Bundesministerium des Innern und für Heimat sowie Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik (CIO Bund), Mitglieder des Digitalausschusses des Deutschen Bundestags, Marc Groß (Vertreter des Vorstands und Programmereichsleiter der KGSt) sowie Rudolf Schleyer (Vorstand der AKDB, von Vitako und govdigital) die Umsetzung des AI Acts in Deutschland und die damit verbundenen Chancen, die sich für die öffentliche Verwaltung im Umgang mit KI ergeben.

### Sicherheit vermitteln

Einig war man sich in den Punkten einer möglichst zentralen Governance-Struktur als One-Stop-Shop für den flächendeckenden KI-Einsatz. Neben der Festlegung der Rollen im inter-föderalen Kontext komme es jetzt vor allem auf die Aktivierung an. Den Kommunen müsse dabei Sicherheit bei der Nutzung von KI-Lösungen gegeben werden; auch seien Experimentierräume bereitzustellen, um das Potenzial zur Effizienzsteigerung auszuschöpfen. Dabei dürfe ihnen nicht zu viel Bürokratie aufgebürdet werden. Stattdessen müssten vor allem Hürden bei der Nachnutzung von Lösungen abgebaut werden, betonte Staatssekretär Richter. **DK**

# T Glasfaser

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt



### Unsere Ziele für Bayern

Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Schnelles und stabiles Glasfasernetz als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse ihrer Bürger

Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung



[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

eGovernment Monitor 2024:

## Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Für 48 Prozent der Bürgerinnen und Bürger würde es das Vertrauen in den Staat stärken, wenn sie staatliche Angebote und Leistungen einfach und schnell digital nutzen könnten. Dies geht aus dem aktuellen eGovernment Monitor 2024, einer Studie der Initiative D21 und der Technischen Universität München hervor. Aktuell nehmen allerdings nur die wenigsten den Staat als leistungsfähig wahr, besonders im Vergleich zur Privatwirtschaft: Nur 19 Prozent (+6 Prozentpunkte) glauben, dass Behörden und Ämter so effizient arbeiten wie Wirtschaftsunternehmen. Gleichzeitig erwarten 70 Prozent (+7 Prozentpunkte), dass sie die Angebote der Verwaltung im 21. Jahrhundert genauso einfach und bequem online nutzen können, wie sie es in ihrem Alltag gewohnt sind.

Dass immer mehr Menschen digitale Verwaltungsleistungen nutzen, wird in diesem Jahr insbesondere beim Online-Ausweis sichtbar, der die Grundlage für viele weitere staatliche digitale Services bildet. Seit 2010 können sich die Bürger bereits digital ausweisen, aber erst im Jahr 2024 nimmt die Nutzung des Online-Ausweises in Deutschland deutlich zu: von 14 Prozent im Vorjahr auf aktuell 22 Prozent.

### Online-Ausweis

Laut Studie ist dieser Anstieg in allen Bevölkerungsgruppen messbar und vor allem darauf zurückzuführen, dass mehr Menschen Anwendungsfälle für sich entdeckt haben. Dennoch nutzten immer noch drei von vier Personen den Online-Ausweis nicht. „Zu oft fehlten Nutzen und alltagsrelevante Anwendungsmöglichkeiten; außerdem erscheint vielen die Einrichtung der Online-Funktion zu kompliziert oder sie wissen gar nicht, wie das geht. Trotz eines deutlichen Anstiegs der Nutzung ist der Online-Ausweis aktuell noch weit davon entfernt,

eine zentrale Schlüsselfunktion für E-Government zu übernehmen“, heißt es in dem Bericht.

Ein wichtiges Anliegen der Bürger ist der Bedarf an einer zentralen Plattform (47 Prozent), die alle digitalen Verwaltungsdienste bündelt. Dahinter steht der Wunsch nach einer besseren Auffindbarkeit digitaler Dienste: 42 Prozent betonen, dass sie nicht wissen, ob ein bestimmtes Angebot online verfügbar ist. 38 Prozent haben Schwierigkeiten, sich auf den entsprechenden Websites zurechtzufinden, 66 Prozent wünschen sich, dass der Staat sie aktiv informiert und sie nicht selbst nach Informationen suchen müssen.

### Registermodernisierung

Für 46 Prozent ist der schnellere Erhalt von Leistungen im Vergleich zum analogen Verfahren der entscheidende Impuls für die Nutzung von E-Government. „Dies erfordert eine umfassende und effektive Digitalisierung innerhalb der Verwaltung, damit Prozesse automatisiert und Fachkräfte entlastet werden können“, so die Untersuchung. Auch Personalisierung

motiviere potenzielle Nutzer: 42 Prozent der Bürger haben den Wunsch, dass bereits eingegebene Daten für künftige Anträge verwendet werden, anstatt sie jedes Mal neu eingeben zu müssen. „Dieses Bedürfnis unterstreicht die Dringlichkeit einer Registermodernisierung, die viele Angebote einfacher und durchgängig digital nutzbar machen würde.“

### Digitale Nutzungslücke

Das ungenutzte Potenzial der digitalen Verwaltung wird in der Digitalen Nutzungslücke messbar: Mit ihr definiert der eGovernment Monitor eine wirkungsorientierte Kennzahl, die beziffert, wie hoch der Anteil der Personen ist, die in den vergangenen zwölf Monaten alle notwendigen Verwaltungsangelegenheiten offline abgewickelt haben. In diesem Jahr beträgt die Digitale Nutzungslücke 31 Prozent, d.h. drei von zehn Bürgern wählen bei Bedarf an einer Leistung den analogen Weg. Ein Blick in die Nachbarländer Österreich und Schweiz zeigt, dass sie mehr Menschen von ihrem digitalen Verwaltungsangebot überzeugen: In Österreich beträgt die Digitale Nutzungslücke 21 Prozent, in der Schweiz 19 Prozent.

Die Nutzung digitaler Verwaltungsleistungen variiert allerdings auch stark zwischen verschiedenen Leistungen: Während bereits 79 Prozent ihre Einkommensteuererklärung digital abwickeln, erledigt nicht einmal jeder Zweite die Beantragung des Führerscheins sowie die An-

Um- und Abmeldung von Kraftfahrzeugen oder der Wohnung online. „Jede Leistung hat charakteristische Herausforderungen, z. B. Probleme bei Auffindbarkeit oder Bekanntheit, Abbruchgründe oder Desinteresse an der Nutzung. Beim Bürgergeld ist ein mobilfähiger, einfacher Prozess essenziell für die Nutzung, bei der Kfz-An-/Ab-/Ummeldung hingegen scheitert es bei oft bereits an Bekanntheit und Auffindbarkeit“, macht die Studie deutlich.

„Bayern ist das führende Flächenland bei der Digitalisierung in Deutschland. 257 Online-dienste werden flächendeckend im Freistaat angeboten. Die Ergebnisse des aktuellen eGovernment Monitor 2024 bestätigen diese Vorreiterrolle. Die Bürger und Bürgerinnen aus dem Freistaat sind im Vergleich der Flächenländer am zufriedensten mit dem E-Government-Angebot, Bayern liegt damit auf Platz 2 (65 Prozent) direkt hinter dem Stadtstaat Hamburg mit 71 Prozent“, kommentiert das bayerische Digitalministerium.

Laut Studie herrscht in Bayern eine große Online-Nutzungsbeurteilung, jedoch reagieren nur gut 50 Prozent auf mobile Angebote. Die Digitale Nutzungslücke ist mit 24 Prozent gering: Drei von vier Personen haben in den vergangenen 12 Monaten digitale Angebote für ihre Anliegen genutzt. Zwei Drittel waren mit den Online-Angeboten zufrieden, ein Plus von 3 Prozentpunkten. Der Online-Ausweis wird mittlerweile von 22 Prozent genutzt, 2021 waren es noch 9 Prozent.

### Lohnender Einsatz

„Mancher Unkenrufe zum Trotz zeigt der eGovernment Monitor eindrucksvoll: Die Menschen in Bayern sind mit großer Mehrheit zufrieden mit den digitalen Services im Freistaat. Unser Einsatz zahlt sich also aus und wir sind auf dem richtigen Weg“, führte Digitalminister Dr. Fabian Mehring aus.

„Trotzdem will ich es freilich nicht beim Status quo belassen, sondern weiter ambitioniert vorgehen. Schließlich ist die Digitalisierung des Gemeinwesens eine gewaltige Chance für unseren modernen Staat: Ich will das Trugbild verstaubter Amtsstuben endgültig aus der Welt schaffen und das Vertrauen in unser Gemeinwesen mit einem modernen Staat zurückerobern. Wenn unsere Gesellschaft zusammenhalten soll, muss unser Staat in den Augen der Menschen wieder cool sein und den Menschen eine klare Idee davon vermitteln, wohin wir unsere Gesellschaft entwickeln. Dabei spielen Digitalisierung und Zukunftstechnologien eine zentrale Rolle.“

DK



M-net Regionalmanager Florian Wengert und Dr. Dr. Kristina Becker, 1. Bürgermeisterin von Treuchtlingen, bei der Vertragsunterzeichnung.

Bild: Stadt Treuchtlingen/Christian Kundinger

### Treuchtlingen-Auernheim:

## Realisierung von rund 190 neuen FTTB/H-Glasfaseranschlüssen

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net erweitert das Glasfasernetz im Ortsteil Auernheim der Stadt Treuchtlingen. Einen entsprechenden Kooperationsvertrag hat die Stadt nun mit dem Unternehmen geschlossen. Durch die Erschließung mit Glasfaserleitungen bis ins Haus oder die einzelnen Wohnungen bzw. Büros profitieren bald rund 190 Haushalte und Gewerbeeinheiten von Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Mbit/s).

M-net hat die Ausschreibung für den weiteren Glasfaserausbau in der Stadt Treuchtlingen gewonnen. Mit der offiziellen Vertragsunterzeichnung ist der Grundstein für den Ausbau im Ortsteil Auernheim nun gelegt. Bis Anfang des kommenden Jahres werden über 150 Grundstücke mit 170 Privathaushalten und 15 Gewerbeeinheiten im Ausbaubereich mit zukunftssicheren Glasfaserleitungen erschlossen. Dafür werden im Zuge des Ausbaus neue Glasfaserkabel über eine Tiefbaulänge von rund acht Kilometer verlegt.

### Kostenloser Hausanschluss

Der Hausanschluss ist für die förderfähigen Gebäudeeigentümer im Rahmen des nun vereinbarten Ausbauprojekts kostenlos. Für Eigentümer, die diese Gelegenheit nicht wahrnehmen und sich erst zu einem späteren Zeitpunkt für einen Anschluss entscheiden, können hingegen erhebliche Kosten für die individuelle Nacherschließung anfallen.

Bei dem sogenannten FTTB/H-Ausbau (Fiber-to-the-Building/Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis in die einzelnen Gebäudekeller oder Wohnungen hinein errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig sogar noch höhere Geschwindigkeiten bereitgestellt werden.

Die Bauarbeiten für den FTTB/H-Ausbau in Auernheim werden voraussichtlich Ende des Jahres 2024 abgeschlossen sein. Ende November/Anfang Dezember dieses Jahres ist eine Informationsveranstaltung für die Auernheimer Bürgerinnen und Bürger geplant.

M-net ist bereits seit vielen Jahren im Glasfaserausbau in Treuchtlingen aktiv und setzt dieses Engagement nun konsequent fort: „Mit dem FTTB/H-Ausbau erreichen wir die letzte Glasfaser-Ausbaustufe und schaffen die technologische Grundlage für künftig noch schnellere Internetverbindungen. Damit sind die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Unternehmen bestens für die digitale Zukunft gewappnet. Denn im Gegensatz zu allen kupferbasierten Anschlusstechnologien meistert ein reiner Glasfaseranschluss auch langfristig die Anforderungen, die mit der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft auf uns zukommen“, sagt M-net Regionalmanager Florian Wengert.

Die 1. Bürgermeisterin von Treuchtlingen, Dr. Dr. Kristina Becker, ergäuzt: „Der Glasfaserausbau ist ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge und damit auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Umso mehr freuen wir uns, dass wir mit M-net einen starken regionalen Partner dafür gewinnen konnten, Auernheim mit einem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz als Lebens- und Wirtschaftsraum für die Zukunft zu stärken.“

□

## Unsere Grüne Glasfaser stärkt den Glasfaserausbau im ländlichen Raum

Unsere Grüne Glasfaser (UGG) und Infracore Germany GmbH (IFG) mit ihren beiden Internet Service Providern, LEONET und der Breitbandversorgung Deutschland (BBV) sowie der Infracore Networks (IFN), haben eine Vereinbarung zur Übernahme der IFG durch UGG bekannt gegeben. Damit stärkt UGG ihre Position als Glasfaserinfrastrukturanbieter auf dem Weg zur geplanten Erschließung von 2,2 Millionen Haushalten mit modernster Glasfasertechnologie.

UGG, ein Gemeinschaftsunternehmen von Allianz und Telefónica Gruppe, und IFG teilen sich die Vision, die mit schnellem Internet unterversorgten, meist ländlichen Gebiete mit einer modernen Glasfaserinfrastruktur auszubauen. Alle aktuellen, sowie die in den nächsten Jahren mit den Kommunen bereits unterzeichneten, Projekte von UGG, LEONET und BBV sollen wie geplant ausgebaut werden. Zu einem späteren Zeitpunkt werden dann neue Projekte gemeinsam durchgeführt. Die geplante Übernahme unterstreicht das Vertrauen der Investoren Allianz und Telefónica Gruppe in den deutschen Glasfaser-Infrastrukturausbau, sowie in das Geschäftsmodell von UGG.

Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die zuständigen Kontrollbehörden. Der Abschluss wird bis spätestens Ende 2024 erwartet, und in der Zwischenzeit werden beide Unternehmen unabhängig voneinander geführt.

### Mehr Leistungsstärke im Ausbau

UGG und IFG sind zusammengekommen in acht Bundesländern aktiv. Derzeit befinden sich durch die Unternehmen über eine Million Haushalte im Ausbau oder wurden bereits erschlossen. Mit der Akquisition der IFG

durch UGG entsteht einer der größten und leistungsfähigsten Glasfaserinfrastrukturanbieter in Deutschland. Kommunen, Bürger:innen und Partner können damit von der gebündelten Kompetenz und Leistungsstärke beider Unternehmen im Glasfaserausbau profitieren.

### Größere Auswahl für Endkunden

UGG wird weiterhin einen offenen Zugang für kooperierende Internetdienstanbieter (ISPs) auf seinem Glasfasernetz anbieten. Mit der Übernahme der IFG gewinnt UGG neue ISPs für ihr Glasfasernetz. In Regionen, die bisher von LEONET und BBV betrieben wurden, wird das für ISPs offene Netz von UGG Endkund:innen künftig zusätzliche Angebote ermöglichen.

### Die passende Philosophie

„Angesichts des hohen Bedarfs an digitalen Infrastrukturen gilt es, Kapazitäten für den Glasfaserausbau effizient zu bündeln und einzusetzen“, kommentiert Jens Prautzsch, CEO bei UGG. „Deshalb sehen wir die geplante Übernahme von Infracore als wichtigen und richtigen Schritt an, um unser Ziel, 2,2 Millionen Haushalte in Deutschland mit modernster Glasfaser zu versorgen, noch schneller zu erreichen.“

Gemeinsam leisten wir so einen noch größeren Beitrag zur Erfüllung der Gigabitziele der Bundesregierung.“

„Gerade ländliche Regionen brauchen für digitale Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung dringend moderne IT-Infrastrukturen, dafür führt an der Glasfasertechnologie praktisch kein Weg vorbei“, ist Jürgen Hansjosten, CEO von Infracore überzeugt. „Mit dieser Philosophie passen wir sehr gut zu UGG. Wir freuen uns unter dem Dach der UGG, unterstützt von ihren finanzstarken und langfristigen Investoren, dieser wichtigen Aufgabe weiterhin gerecht zu werden.“

### Aus dem Kabinett:

## Erfolgreiche Bayerische Cybersicherheitsstrategie 2.0

Die Gewährleistung eines hohen Cybersicherheitsniveaus ist eine sich stetig ändernde Daueraufgabe, bei der der Staat auch auf die Mithilfe der Gesellschaft angewiesen ist. Die Staatsregierung hat am 19. September 2023 die Bayerische Cybersicherheitsstrategie 2.0 (BayCSS 2.0) beschlossen. Sie folgt der ursprünglichen Cybersicherheitsstrategie von 2013 nach, die bereits bundesweit Vorbildcharakter hatte. Seitdem baut der Freistaat seine Strukturen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Cyberkriminalität, Cyberspionage und -sabotage kontinuierlich aus.

Die BayCSS 2.0 legt insbesondere einen stärkeren Fokus auf den Selbstschutz der Zivilgesellschaft, unter anderem im ehrenamtlichen Bereich. Seit dem Startschuss für die BayCSS 2.0

wurden durch die Bayerische Staatsregierung bereits eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt oder gefördert. Durch verbesserte Medienkompetenz können Bürgerinnen und Bürger ihren digitalen Selbstschutz verbessern. Eine besondere Rolle spielt auch der Einsatz der Bayern-Allianz gegen Desinformation, die im Vorfeld der Europawahl gegründet wurde. Die Cybersicherheit im Ehrenamt wird durch Workshops beispielsweise zum sicheren Umgang mit Mitgliederdaten gestärkt, und die Beratungsangebote für Unternehmen der Kritischen Infrastruktur werden weiter ausgebaut.

Schließlich wird die Expertise der Strafverfolgungsbehörden durch internationale Kooperationen und Vernetzung mit der Wissenschaft weiter optimiert. □

## Startschuss für BVS-Digitalakademie

Um die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz des bayerischen Verwaltungssektors zu steigern, hat die Bayerische Verwaltungsschule (BVS) in München die Digitalakademie Bayern gegründet. „Damit schafft sie die Voraussetzungen, um die fortschreitende Digitalisierung erfolgreich zu meistern“, erklärte Innenminister Joachim Herrmann bei seinem Startschuss für das wegweisende Fortbildungsangebot.

Zum Start bietet die Digitalakademie Bayern rund 340 verschiedene Seminarangebote an, die ein breites Spektrum an digitalen Themen abdecken. Darunter sind 19 berufsbegleitende Weiterbildungen in Form von Lehrgängen, die eine tiefgehende Qualifizierung in zentralen Zukunftsfeldern ermöglichen.

Zu den innovativen Themenbereichen der Digitalakademie Bayern zählen unter anderem „KI-Lotse“, „Smart City“, „Corporate Influencer“ und „Digitalwirt BVS“. Auch neue Ansätze im Bereich Social Media Personal Recruiting werden Teil des Programms sein. Damit greift die Akademie aktuelle Trends auf und bereitet die Beschäftigten der bayerischen Verwaltung auf zukünftige Anforderungen vor.

Mit über 100 Dozenten, bestehend aus Fachkräften aus Ministerien, Behörden, Kommunen sowie Experten aus der Wirtschaft, legt die BVS großen Wert auf praxisnahe Weiterbildung. Unterstützt wird sie dabei von einem starken Netzwerk aus Partnern, darunter die LMU München, das BSI, das Zentrum für Digitale Entwicklung (ZDE), das Zentrum für angewandte KI und Transfer (AnKIT), und die Bayerische Drohnenakademie. DK



AKDB-Kommunalforum 2024:

## Verwaltung vor digitaler Herausforderung

München – Beim diesjährigen Kommunalforum der AKDB diskutierten Experten und Entscheider aus der öffentlichen Verwaltung, wie der Weg in eine neue Ära der Digitalisierung gelingen kann – angesichts einer besorgniserregenden Prognose: Bis 2030 könnten 20 Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt bleiben. Diese Lücke stelle die Fähigkeit des Staates, essenzielle Grundleistungen zu erbringen, vor immense Herausforderungen.

Rudolf Schleyer, AKDB-Vorstandsvorsitzender, betonte, dass viele Verwaltungsprozesse heute noch durch personalintensive, gebundene Tätigkeiten geprägt seien, die wenig Gestaltungsspielraum bieten. „Daten kommen rein, werden verarbeitet, das Ergebnis kommt raus – ohne, dass jemand eine Entscheidung treffen muss.“ Solche Routineaufgaben müssten dringend von menschlichem Eingriff befreit werden, um die Effizienz zu steigern. Schleyer

warnte: „Wir können es uns nicht leisten unsere Bürger, bei Sozialleistungen, Reisepässen oder in der Kfz-Zulassungsstelle warten zu lassen. In diese Situation können wir bald geraten.“

Besonders besorgniserregend sei der Personalmangel bereits jetzt schon in Jugendämtern: Laut den SOS-Kinderdörfern seien nur noch ein Drittel der Jugendämter in der Lage, Meldungen über Kindeswohlgefährdungen zeitnah nachzugehen.

Schleyer sieht darin eine dringliche Aufgabe, die nicht vernachlässigt werden darf. Er stellte klar: „Ob es uns gelingt, diese Herausforderungen zu bewältigen, entscheidet über das Funktionieren unserer Demokratie. Entweder wir schaffen es – oder wir scheitern.“

### Die Highlights

Viel Inspiration gab es für über 1.000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen auf dem 6. AKDB Kommunalforum. Mit 75 Referenzen, 30 Partnerständen, einem Hauptauditorium, vier Fachforen und einem Workshop-Format bot das Event für die kommunale Familie jede Menge neue Impulse für die Digitalisierung von

Verwaltungsprozessen. Und natürlich reichlich Gelegenheit zum Austausch.

Im Paulaner am Nockherberg gab es viel zu entdecken: von KI-Lösungen über Smart-City-Anwendungen bis hin zu leistungsfähigen Business- und Analyse-Tools, die Verwaltungen maximal entlasten, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Eines der Topthemen drehte sich um die kommunale IT-Infrastruktur, die sich dezidiert in Richtung Cloud verlagert.

### Demokratie stärken und für den Wandel rüsten

Im Grand Opening am Vormittag läutete der AKDB-Vorstand den Tag ein und nahm die Anwesenden auf eine Tech-Reise durch das AKDB-Universum mit: „Wir stellen Ihnen digitale Lösungen vor, die Sie entlasten und vor allem vorbereiten auf den rasanten demografischen Wandel, den Klimawandel und den steigenden Bedarf



Das AKDB-Führungsteam: Rudolf Schleyer und Gudrun Aschenbrenner. Bild: CH

an Rechenleistung, der mit der Digitalisierung einhergeht“, so Schleyer. Vorstandsmitglied Gudrun Aschenbrenner konkretisierte:

„Für Sie und uns alle bedeutet das: Wir müssen uns wappnen – gegen Überflutungen, Dürre und Wassermangel. Gleichzeitig stehen Kommunen vor der Aufgabe, bis spätestens 2028 eine Wärmeplanung für den Ausbau von erneuerbaren Energien zu erstellen – und das alles bei jetzt schon fehlenden und weiter schwindenden Mitarbeitenden!“

Passend dazu lautet das Motto der eintägigen Veranstaltung „digital.einfach.machen“: Denn digitale Lösungen versprechen, Gamechanger für die Verwaltung zu sein. Das geht nur, wenn sie den Arbeitsalltag nicht nur einfach machen, sondern auch einfach zu benutzen sind. Das Verb „machen“ ist als Aufforderung gemeint, ins Handeln zu kommen und innovative Lösungen auszuprobieren.

### Neue Herausforderungen: Cloud, KI und BI

„Neue digitale Technologien sind kein Selbstzweck oder Spielerei. Gerade für Kommunen sind sie wichtig, ja sogar überlebenswichtig. Denn es gibt immer mehr Herausforderungen, die mit den traditionellen analogen Prozessen bald nicht mehr zu bewältigen sind“, so Aschenbrenner. Beweis ist die rasante Entwicklung von Business-Intelligence-Lösungen, die die AKDB für kommunale Anwender vorantreibt und die sie auf dem Kommunalforum präsentierte. In diesem Zusammenhang schloss die AKDB im Oktober eine Kooperationsvereinbarung mit dem Softwareunternehmen HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH: Künftig wird HSH das BI-Tool der AKDB – SDS.Control Einwohner – in das eigene Fachverfahren fürs Meldewesen integrieren.

Das nächste AKDB-Kommunalforum findet 2026 statt. □

## Langmatz Kunststoffkabelschächte setzen neuen EU-Standard

Erstes Unternehmen mit europäischer Zulassung für komplettes Schachtsystem

Langmatz-Geschäftsführer Dieter Mitterer im Interview

Als Spezialist für technische Systemlösungen ist die Langmatz GmbH aus Garmisch-Partenkirchen einer der führenden Anbieter von Telekommunikations-, Energie- und Stadtinfrastruktur in Europa. Der Systemspezialist zählt zu den innovativsten Industrieunternehmen in Deutschland und ist Marktführer für Kabelschächte aus Kunststoff, die weltweit für den Aufbau unterirdischer Daten- und Stromnetze eingesetzt werden. Als erster Hersteller hat Langmatz eine europäische Zulassung (ETA) für das komplette Schachtsystem, bestehend aus Abdeckung und Schachtkorpus, erhalten. Ein Interview mit Dieter Mitterer, einem der drei Geschäftsführer von Langmatz, über die Vorteile von Kunststoffkabelschächten für den Netzausbau und die Hürden auf dem Weg zur europaweiten Zulassung.

Herr Mitterer, die Bedeutung von Kabelschächten beim Ausbau von Breitband- und Energienetzen ist unbestritten. Warum sind Kunststoffkabelschächte für diese Infrastrukturprojekte so wichtig?

Mitterer: Unsere Kabelschächte aus Kunststoff spielen eine entscheidende Rolle, weil sie eine Vielzahl von Vorteilen bieten, die für eine moderne Infrastruktur unverzichtbar sind. Zum ei-

ropa. Was zeichnet Ihre Produkte besonders aus?

Mitterer: Wir bei Langmatz haben schon früh erkannt, dass es nicht nur darum geht, ein Produkt zu entwickeln, sondern um perfekte Lösungen für die spezifischen Anforderungen unserer Kunden. Bereits seit Beginn der 90er Jahre produzieren wir Schachtsysteme aus Kunststoff. Dabei haben wir ein einzigartiges Spritzgussverfahren entwickelt, das unsere Produkte besonders belastbar macht. Dieses Verfahren ermöglicht es uns, Kabelschächte herzustellen, die sehr widerstandsfähig und stabil sind und hohen thermischen und chemischen Belastungen in der Praxis standhalten.

Sie erwähnten das speziell von Ihnen entwickelte Spritzgussverfahren und die hohe Belastbarkeit Ihrer Kabelschächte. Welche Bedeutung haben dabei die Zulassungen durch das Deutsche Institut für Bautechnik (DIBt) und der Europäischen Organisation für Technische Bewertung (EOTA)?

Mitterer: Das ist ein wichtiger Punkt. Die Zulassungen des DIBt besitzen wir schon seit vielen Jahren, weil es für uns selbstverständlich ist, die Qualität und Sicherheit unserer Produkte zu belegen. Als europaweit tätiges Unternehmen wollten wir aber über die nationalen Zulassungen hinaus einen Schritt weiter gehen. Da es in der Europäischen Union keine Norm für Schachtabdeckung und Korpus, sondern nur für die Abdeckung gab, haben wir uns entschlossen in Eigeninitiative eine Europäische Technische Bewertung für ein komplettes Schachtsystem zu beantragen. Diese haben wir mittlerweile erteilt bekommen. Wir sind der erste Hersteller für Kunststoffkabelschächte mit einer so genannten ETA. Diese Zulassung gibt unseren Kunden in ganz Europa die Sicherheit, dass unsere Schachtsysteme höchste Qualität und Sicherheit bieten und unterstreicht unseren Anspruch, in unserer Branche Standards zu setzen. Gleichzeitig sorgt sie für eine bessere Ver-

gleichbarkeit und schafft größere Transparenz im Markt.

### Made in Germany

Was waren die Herausforderungen bei diesem Zulassungsverfahren und warum ist die ETA für Langmatz so wichtig?

Mitterer: Der gesamte Zulassungsprozess dauerte fast vier Jahre. Gemeinsam mit unabhängigen Sachverständigen deutscher und europäischer Institute wurden zunächst die Kriterien für ein komplettes Schachtsystem aus Kunststoff erarbeitet. Denn bis dahin gab es in der Europäischen Union nur die Norm DIN EN 124, die lediglich die Anforderungen an Schachtabdeckungen regelte, nicht aber an den Korpus von Kabelschächten aus Kunststoff. Nachdem die nationalen Gremien aller 27 EU-Mitgliedsstaaten unsere Unterlagen geprüft und unserem Antrag zugestimmt hatten, wurde er schließlich von der Europäischen Organisation für Technische Bewertung (EOTA) bestätigt und wir erhielten eine ETA, ein Europäisches Technisches Bewertungsdokument. Dieses bescheinigt die in vielen Praxistests geprüften Leistungsmerkmale unserer Schachtsysteme aus Polycarbonat. Daher tragen unsere Schächte auch das begehrte CE-Zeichen.

Die ETA war in diesem Kontext für uns sehr wichtig, weil wir damit eine europaweit gültige und anerkannte Leistungserklärung nachweisen können. Damit geben wir unseren Kunden die Gewissheit, ein sicheres Bauprodukt zu erwerben und setzen ein starkes Zeichen für höchste Qualität „Made in Germany“.

Langmatz ist bekannt für seine Innovationskraft. Was können wir in Zukunft von Ihnen erwarten?

Mitterer: Wir bleiben unserer Linie treu und setzen auf Innovation. Das bedeutet, dass wir weiter an der Verbesserung unserer Produkte arbeiten, aber auch immer wieder neue Lösungen entwickeln, die den Anforderungen eines sich ständig verändernden Marktes gerecht werden. Mit Blick auf die Zukunft konzentrieren wir uns insbesondere auf die Entwicklung intelligenter Infrastrukturlösungen, die nicht nur für den Breitband- und Energiesektor, sondern auch für andere Bereiche von Bedeutung sein werden. Unsere Kunden können sich darauf verlassen, dass wir sie auch in Zukunft mit innovativen, qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Lösungen begeistern werden. □



Dieter Mitterer ist einer der drei Geschäftsführer der Langmatz GmbH mit Sitz in Garmisch-Partenkirchen. Bild: Langmatz

nen sind sie deutlich leichter als Schächte aus traditionellen Materialien wie Beton. Das vereinfacht die Installation und spart Kosten. Zudem sind sie aufgrund ihres modularen Aufbaus flexibel einsetzbar und schnell gesetzt, was insbesondere beim Ausbau von Breitband- und 5G-Netzen sowie der E-Ladeinfrastruktur für unsere Kunden entscheidend ist. Zum anderen sind sie dank hochwertiger Kunststoffe und der von uns entwickelten 3D-ribFrame-Technologie äußerst belastbar.

### Perfekte Lösungen für spezifische Anforderungen

Langmatz gilt als „Hidden Champion“ und Marktführer für Kunststoffkabelschächte in Eu-

### Digitalminister Mehring:

#### Bayern ist Deutscher Datenmeister

Laut Mitteilung des Bayerischen Digitalministeriums ist das von der Bayerischen Agentur für Digitale (byte) entwickelte Open-Data-Portal „open.bydata“ inzwischen integraler Bestandteil des Daten-Ökosystems im Freistaat. Es bildet den zentralen bayerischen Pool für sofort nutzbare Daten und konnte sich im unabhängigen Ranking der Open Knowledge Foundation (OKF) in der Kategorie Datenportal auf Platz 1 positionieren. Auch im Ranking des Datenportals für Deutschland GovData liegt „open.bydata“ inzwischen mit über 16.000 Datensätzen mit an der Spitze.

Ein Treiber des rasanten Wachstums seien vor allem die „Open-Data-Präsenzen“, kostenfreie und individualisierte Unterbereiche des Landesportals für Kommunen und weitere Datenbereitsteller. Die kürzlich erfolgte umfassende Überarbeitung dieser Open-Data-Präsenzen – von Design-Anpassungen über die Einbindung zentraler Datensätze des Landesamts für Statistik bis hin zu Datenvisualisierungen – bietet den Bereitstellern eine State-of-the-Art Infrastruktur zur Veröffentlichung ihrer Daten. Zum Relaunch der Open-Data-Präsenzen Anfang August nutzte die Stadt Penzberg die Gelegenheit und schloss sich als neue Kommune mit penzberg.bydata.de an. Somit sind aktuell 17 Kommunen in Bayern an das Portal angebunden, zahlreiche weitere Gemeinden wollen zeitnah folgen.

Auch die Datennutzung spiele in der Arbeit des open bydata competence centers, das das Portal „open.bydata“ betreut, eine große Rolle, betont das Digitalministerium. So fiel kürzlich der Startschuss für das neue Netzwerkformat Open Data Round Table, um Akteure aus Verwaltung, Zivilgesellschaft, Forschung und Wirtschaft zusammenzubringen. In diesem Kontext werden auch Best Practices und Anwendungsbeispiele aus Lehre, Zivilgesellschaft sowie Wirtschaft präsentiert. Hierzu zählen beispielsweise Softwarelösungen zur Stadtplanung für Kommunen von Anbietern wie Urbanistic.

„Vermessungsdaten, Satellitenbilder, aktuelle Bevölkerungszahlen: All diese Informationen sind Quellen für Innovationen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Sie sind der ungenutzte Schatz unserer Zeit und wirken als Benzin im Motor des modernen Freistaats“, stellt Digitalminister Dr. Fabian Mehring fest. „Mit unserem Portal ‘open.bydata’ geben wir Unternehmen und staatlichen Institutionen – insbesondere auch Kommunen im ländlichen Raum – die Möglichkeit, kostenlos und unkompliziert Daten zu teilen. Binnen eines Jahres sind wir in Bayern Vorreiter für Open Data geworden, was uns nun unabhängige Rankings bescheinigen. Wir sind damit gerne Vorbild für Deutschland und bleiben mit beiden Beinen auf dem Gaspedal für ein modernes Bayern.“

DK

**Mit Glasfaser in die Zukunft**

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de

## GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Gemeinde Ruhpolding mit etwa 7.200 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit dem 1. Mai 2023 als hauptamtlicher Bürgermeister von Ruhpolding tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich bin Offizier im fliegerischen Dienst der Deutschen Luftwaffe gewesen und bin dort den Kampfflugzeug Panavia Tornado geflogen. Der Beruf ruht jedoch aktuell, da die Tätigkeit als Bürgermeister hauptamtlich ist.



### Justus Pfeifer

Erster Bürgermeister der Gemeinde Ruhpolding

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Als stolzer Patriot wollte ich mich schon immer aktiv für meine Heimat engagieren – für Ruhpolding, Bayern, Deutschland und Europa. Schon mein Dienst bei der Luftwaffe war von diesem Wunsch geprägt. Es ist mir nach wie vor eine große Freude und Ehre, meiner Gemeinde auf diese Weise zu dienen und etwas Positives für die Menschen zu bewegen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Seit meinem 16. Lebensjahr bin ich kommunalpolitisch aktiv, vor allem durch mein Engagement in der Jungen Union und der CSU. Von 2014 bis 2020 war ich zudem Mitglied des Gemeinderats. Diese Erfahrungen haben mich auf das Bürgermeisteramt gut vorbereitet. Die Erfahrungen aus meiner fliegerischen Laufbahn, als Offizier der Luftwaffe sowie das Studium der Staatswissenschaften kann ich aber auch immer gewinnbringend in die tägliche Arbeit einfließen lassen. Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die größte Herausforderung ist, Ruhpolding zukunftsfähig aufzustellen. Wir haben sehr viele große Infrastrukturprojekte in Ruhpolding. Das beginnt mit der Chiemgau Arena, die jährlich für den Biathlon Weltcup genutzt wird, geht über das kommunale Heizwerk, das große Straßennetz bis hin zu unserem Vita Alpina Erlebnis- und Wellnessbad. Mit diesen Liegenschaften gehen natürlich finanzielle Belastungen für die Gemeinde einher. Aber auch die Kinderbetreuung ist mir ein großes Anliegen. Unsere Schulen und Betreuungseinrichtungen stabil aufzustellen ist gleichermaßen eine große Herausforderung.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell beschäftigt uns vor allem die Sanierung des Heizwerkes, der Ausbau der Kindertageseinrichtungen, die Entwicklung des Kurhausareals und die Sanierung des Vita Alpina. Dabei versuchen wir stets darauf zu achten, die Lebens- und Lebenswürdigkeit unseres Ortes zu erhalten und auch für künftige Generationen zu sichern. Das erfordert einen kontinuierlichen Wandel und die Anpassung an die Bedürfnisse der Gesellschaft sowie an aktuelle Herausforderungen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Ein großes Thema wird die Belebung des Ortszentrums sein, um Leerstände zu vermeiden und Ruhpolding trotz des wachsenden Online-Handels attraktiv zu halten. Auch der Tourismus bleibt ein zentraler Schwerpunkt, denn wir müssen ihn weiterentwickeln, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Gleichzeitig stellen uns der Klimawandel und die Entwicklung regenerativer Energien, etwa durch unser Heizwerk, vor große Herausforderungen. Hier wollen wir investieren und eine nachhaltige Energieversorgung fördern.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Augen und Ohren offen halten, Ratschläge annehmen und reflektieren, aber letztlich auch klare Entscheidungen treffen. Die Zusammenarbeit im Gemeinderat und die Rückkopplung mit der Bevölkerung ist entscheidend – Konsens und Kompromisse über Parteigrenzen hinweg ist der Schlüssel für erfolgreiche Kommunalpolitik.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Die Sachbearbeiter werden täglich in die Entscheidungsfindung eingebunden. Größere Punkte oder Projekte besprechen wir in Gremien oder Ausschüssen mit den Gemeinderäten, als Vertreter der Gesellschaft. Entscheidungen werden dann mehrheitlich im Gemeinderat getroffen. Wir setzen aber auch stark auf die direkte Kommunikation mit dem Bürger und die Einbindung von Vereinen. Neben unserer Bürger-App, dem Gemeindeanzeiger und unseren Social-Media-Kanälen, auf denen wir wertvolles Feedback erhalten, sind auch regelmäßige Monatsversammlungen der Parteien wichtige Austauschplattformen. Bei großen Entscheidungen, wie der künftigen Entwicklung des Kurparks oder des Schwimmbads, beziehen wir die Bürger und Vereine mit Umfragen oder der Durchführung einer Bürgerwerkstatt aktiv mit ein.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung, insbesondere die Künstliche Intelligenz, wird aus meiner Sicht enorme Auswirkungen haben. Sie kann Arbeitsprozesse in der Verwaltung effizienter gestalten und den Bürgerservice verbessern. Wir arbeiten bereits daran, diese Technologien stärker zu integrieren.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Ned umarananda mankein“ bzw. niemals rumjammern, sondern selbst versuchen, die Situation zum Besten zu beeinflussen und anpacken (dafür gibt's, glaub ich, keine passende hochdeutsche Übersetzung).

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ehrlich gesagt habe ich mich mit dieser Frage noch nicht wirklich auseinandergesetzt. Ich hoffe, dass ich der Gemeinde noch ein paar Jahre dienen darf. Wenn es aber mal soweit ist, würde ich gerne als jemand in Erinnerung bleiben, der Ruhpolding zukunftsfähig gemacht hat und gleichzeitig die Lebenswürdigkeit unseres wunderschönen Dorfs an unsere Kinder und Enkelkinder weitergetragen hat. Mein Ziel ist es, einen Ort zu hinterlassen, in dem künftige Generationen sowohl finanziell als auch gesellschaftlich gut aufgestellt sind.



V.l.: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Regierungspräsident Rainer Haselbeck, die Landräte Peter Dreier (Landshut), Josef Laumer (Straubing-Bogen), sowie Andrea Degl (Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Landkreistags) und die Landräte Dr. Ronny Raith (Regen), Sebastian Gruber (Freyung-Grafenau), Werner Bumedner (Dingolfing), Raimund Kneidinger (Passau) und Bernd Sibler (Deggendorf).

Text/Foto: Pressesprecher Dr. Frederik Weiner, Landratsamt Freyung-Grafenau.

Tagung der niederbayerischen Landräte in Freyung:

## Krankenhausreform und Kommunalfinanzen

„Es gibt derzeit viele herausfordernde Themen auf kommunaler Ebene“

Am Landratsamt Freyung-Grafenau hat kürzlich die Tagung des Bezirksverbandes Niederbayern des Bayerischen Landkreistages stattgefunden. Die niederbayerischen Landräte treffen sich in regelmäßigen Abständen abwechselnd in den jeweiligen Landkreisen, um sich über aktuelle Themen und überregionale Entwicklungen auszutauschen. Dieses Mal war der Landkreis Freyung-Grafenau an der Reihe. Im Fokus stand vor allem die Umsetzung der Krankenhausreform in Bayern, gerade mit Blick auf die Herausforderungen in den ländlichen Räumen.

Die Landräte waren sich aber auch einig: Landkreise, Städte, Märkte und Gemeinden, aber auch der Bezirk, stehen vor großen finanziellen Herausforderungen – vor allem im sozialen Bereich sowie in der Jugendhilfe.

### Immense Ausgabensteigerung

Gerade in diesen Bereichen steigen die Ausgaben aufgrund gesetzlicher Vorgaben immens.

„Es gibt derzeit viele herausfordernde Themen auf kommunaler Ebene, angefangen von Gesundheitsversorgung, Kinder- und Jugendhilfe, Migration bis hin zum ÖPNV, um nur einige Beispiele zu nennen. Das alles sind wichtige Bereiche, die wir bestmöglich stemmen möchten, damit die Menschen weiterhin eine hohe Lebensqualität haben. Wenn daraus aber – wie aktuell – eine finanzielle Schieflage für die Kommunen entsteht und diese im-

mer größer wird, bringt uns das an den Rand der kommunalen Selbstverwaltung. Umso mehr setzen wir auf die Unterstützung durch den Freistaat Bayern“, betonte Gastgeber Landrat Sebastian Gruber, der auch Bezirksvorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern im Bayerischen Landkreistag ist.

**BAYERISCHE GemeindeZeitung**  
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TEMA BAUEN

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern  
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle  
Redaktion:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,  
Jan Kiver  
Telefon 08171 / 9307-11  
Ständige Mitarbeiter:  
Sebastian Franz (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-12  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan  
Verantwortungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)  
Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWST.  
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
Verlags- und Geschäftsleitung:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
Druck und Auslieferung:  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



V.l. Dr. Stefan Detig, Bürgermeister Karsten Fischkal (Adelsdorf), Dr. Franz-Stephan von Gronau. Foto: Gemeindegewerke Adelsdorf KU

Karsten Fischkal ist Bürgermeister des Jahres 2024:

## Große Ehre für die Gemeinde Adelsdorf

Die Gemeinde Adelsdorf freut sich über die Auszeichnung von Ersten Bürgermeister Karsten Fischkal zum „Bürgermeister des Jahres 2024“. Diese renommierte Auszeichnung wurde ihm im feierlichen Rahmen von Altbürgermeister Dr. Stefan Detig aus Pullach und Dr. Franz-Stephan von Gronau aus München im Schloss Adelsdorf überreicht. Die Ehrung basiert auf einer Bewertung durch eine hochkarätige Jury aus Experten der Kommunalpolitik und Kommunalbera-

tung. In seiner Laudatio hob Dr. Franz-Stephan von Gronau das außergewöhnliche Engagement von Karsten Fischkal für die Gemeinde Adelsdorf hervor, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit. Seine zukunftsweisenden Projekte haben Adelsdorf in vielen Belangen zu einem Vorreiter in der kommunalen Entwicklung gemacht. Diese Auszeichnung ist nicht nur ein persönlicher Erfolg für Bürgermeister Fischkal, sondern auch eine Anerkennung der herausragenden Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

der Gemeinde Adelsdorf sowie aller Bürgerinnen und Bürger, die aktiv zur positiven Entwicklung Adelsdorfs beitragen.

Zweiter Bürgermeister Günther Münch gratulierte zur verdienten Auszeichnung. „Unsere Gemeinde setzt Maßstäbe in der regionalen Entwicklung, und wir sind stolz, dass Karsten Fischkal an der Spitze dieses Prozesses steht“, so Münch. „Ein herzliches Dankeschön an alle, die ihn in seiner Arbeit unterstützen – gemeinsam werden wir die Gemeinde Adelsdorf weiterhin stärken und in eine nachhaltige Zukunft führen.“



### Café Amtsstüberl im Landratsamt Traunstein: Bürgermeister-Familien spenden 6.000 Euro an Aktionsgemeinschaft Inklusion

Am Traunsteiner Blattl-Sonntag hatte auch wieder das „Café Amtsstüberl“ im Landratsamt geöffnet. Die Bürgermeister-Familien legten sich auch heuer wieder ins Zeug, um hunderte Gäste mit Kaffee und selbstgemachtem Kuchen zu verwöhnen. Bei bestem Herbstwetter waren am Abend 6.000 Euro in der Kasse – ein ansehnlicher Betrag, der umgehend an die Aktionsgemeinschaft Inklusion weitergegeben wurde. Landrat Siegfried Walch (vorne rechts im Bild) und stellvertretende Landrätin Resi Schmidhuber (vorne, zweite von rechts) als Organisatorin bedankten sich bei der Musikschule Inzell für die musikalische Unterhaltung. Ein herzliches Vergelt's Gott richtet sich an alle Sponsoren, die das „Café Amtsstüberl“ seit vielen Jahren auf besondere Weise unterstützen. Alexander Callegari von der Lebenshilfe (vorne, 3. von rechts) dankte seitens der Aktionsgemeinschaft Inklusion den Bürgermeister-Familien für ihren selbstlosen Einsatz. Seit der Premiere unter Heidi Strobl im Jahr 1992 wurden im Café Amtsstüberl insgesamt rund 150.000 Euro für wohltätige Zwecke erwirtschaftet.

Bild: Landratsamt Traunstein

Unterbringung von Geflüchteten:

# Hilferufe aus bayerischen Kommunen

Die angemessene Unterbringung von Geflüchteten stößt zunehmend an Grenzen. Vielerorts ist die Lage äußerst kritisch. Widerstände vor Ort, rechtliche Hürden und begrenzte Kapazitäten machen die Suche nach Lösungen immer schwieriger. Exemplarisch dafür stehen die Landkreise Miesbach und Bad Tölz-Wolfratshausen sowie die Stadt Bad Griesbach im Landkreis Passau.

„Wir stehen vor einem Problem, das wöchentlich größer wird“, betont der Miesbacher Landrat Olaf von Löwis. Alle zwei Wochen kämen Busse mit Geflüchteten an – mal sind es 50 Personen, mal 100 – die Unterbringungsmöglichkeiten im Landkreis seien jedoch ausgeschöpft. Derzeit seien drei Sporthallen seit zwei Jahren belegt und müssten so bald wie möglich geräumt werden, damit Schulen und Vereine diese wieder nutzen können. Doch es fehle an Alternativen. Der Landkreis verfüge über keine weiteren eigenen Immobilien, die Gemeinden im Landkreis meldeten von sich aus nicht ausreichend geeignete Unterkünfte, und so sei man auf die freiwilligen Angebote privater Immobilienbesitzer angewiesen.

Hinzu komme das Problem der sogenannten Fehlbeleger, in der Regel anerkannte Asylbewerber (zuzüglich Geflüchtete aus der Ukraine), die eigentlich aus den Asylunterkünften ausziehen müssten, aber oftmals keine Wohnung auf dem freien Markt finden und daher drohen, obdachlos zu werden. Momentan „blockierten“ rund 250 Fehlbeleger (Asyl) sowie die Geflüchteten aus der Ukraine dringend benötigte Plätze, die sonst für Neuankömmlinge genutzt werden könnten.

## Bemühungen werden massiv behindert

„Wir brauchen schnell große Lösungen“, fordert von Löwis und hat nun aufgrund der angespannten Situation einen Brandbrief an Bayerns Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann geschrieben. Darin stellt der Landkreischef die Frage: „Wie sollen wir weiterhin geeignete Unterkünfte akquirieren und errichten, wenn uns ständig die Gefahr droht, vor Gericht ausgebremst zu werden? Im Landkreis Miesbach werden unsere Bemühungen von vielen betroffenen Kommunen massiv behindert. Erst Hausham, dann Warngau und nun auch Waakirchen, Fischbachau und Schliersee – überall wird versucht, die Errichtung von Unterkünften mit allen rechtlichen Mitteln zu verhindern. Insbesondere bei privaten Anbietern führt diese kritische Haltung häufig zum Rückzug. Wir werden von vielen privaten Anbietern sogar gebeten, ihr Angebot so lange wie möglich vertraulich zu behandeln, also die Rathäuser nicht zu informieren.“

## Quotierung der Geflüchteten bringt keine Gerechtigkeit

Inzwischen sei er, so von Löwis, „überzeugt, dass die Quotierung der Geflüchteten auf die Landkreise nicht die erhoffte Gerechtigkeit bringt. Die Voraussetzungen und Möglichkeiten unterscheiden sich von Landkreis zu Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt. Dass trotzdem die Solidarität unter den Landrätinnen und Landräten so groß bleibt, ist wirklich bemerkens-wert.“

„Wir stehen in der Pflicht, alle Geflüchteten, inklusive der Fehlbeleger, unterzubringen, verfügen aber über keine Instrumente, um diese Verpflichtung gegenüber den kreiseigenen Kommunen durchzusetzen. Hier muss

sich dringend etwas ändern!“, fordert von Löwis. „Zwar versichern uns die Kommunen ihr Verständnis, doch zeigen einige eher aufeinander, anstatt selbst Verantwortung zu übernehmen.“ Selten werde der Heilige Sankt Florian so intensiv bemüht wie heute.

## Sofortige Unterstützung erforderlich

Die Lage sei äußerst kritisch, sofortige Unterstützung „von oben“ sei erforderlich, schreibt der Landrat. Dazu zählen aus seiner Sicht folgende Maßnahmen:

- Die bestehenden Ankerzentren müssten schnell und deutlich erweitert und neue zügig errichtet werden.
- Eine rechtlich abgesicherte Möglichkeit, die Fehlbeleger (z.B. aus den Turnhallen einer Kommune) in mehrere Kommunen verteilen zu dürfen, sei zwingend notwendig. Die bisherige „Mitwirkungspflicht“ der Gemeinden reiche nicht aus.
- Spezielle Herausforderungen, wie etwa die „Räumung“ der Turnhallen, müssten unbürokratisch unterstützt werden, indem bis dahin alle Zuweisungen ausgesetzt werden.

Hinzu komme, dass die Beschäftigten im Landratsamt extrem gefordert seien; Überstunden seien die Regel. Schlimmer noch: „Wie sollen wir angesichts dieser schwierigen Arbeitssituation offene Stellen überhaupt noch besetzen?“

Was den Landkreischef besonders nachdenklich stimmt, sind persönliche Anfeindungen: Über Monate hinweg wurde er zum Ziel von Bürgerprotesten und Drohungen, während die Gemeinden ihm die Unterstützung verweigerten. Von Löwis stellt klar: „Leider akzeptieren einige Menschen nicht, dass die Landratsämter gesetzlich verpflichtet sind, Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Sie fordern, dass der Landrat die Aufnahme verweigert und die Busse mit Geflüchteten zurückschickt. Das ist aber nicht möglich.“

„Mit diesem Schreiben möchte ich Dich herzlich bitten, auch die Rahmenbedingungen in Bayern zu prüfen“, so von Löwis an Herrmann abschließend. So dürfe es nicht weitergehen!

## Widerstand gegen den Bau eines Containerdorfs

In der bayerischen Gemeinde Dietramszell im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen regt sich wiederum Widerstand gegen den Bau eines Containerdorfs für 130 Flüchtlinge im Ortsteil Bairawies. Jeden Monat müsse das Landratsamt 100 neue Asylsuchende unterbringen, macht Landkreischef Josef Niedermaier deutlich. Die Not an Unterkünften sei erheblich. Um größere Unterkünfte im Außenbereich genehmigungsfähig zu machen, habe die Bayerische Staatsregierung eine Sonderregelung geschaffen. Damit sei die Planungshoheit der Gemeinde faktisch ausgehebelt.

## Umfassendes Sicherheitskonzept

Zwar versteht der Landrat alle Ängste und Bedenken in Dietramszell, jedoch müsse man abwägen, was das kleinere Übel

ist. Niedermaier verwies darauf, dass es im Landkreis ein umfassendes Sicherheitskonzept gebe und es bislang kaum zu Übergriffen gekommen sei. In Bairawies wäre zudem rund um die Uhr ein Sicherheitsdienst vor Ort.

## Versprechen in weite Ferne gerückt

Zu Beginn der Krise sei versucht worden, dem Flüchtlingsstrom Herr zu werden, indem Privatunterkünfte gesucht und Turnhallen belegt wurden, erläutert Niedermaier. Sein Versprechen, die Sporthallen in Geretsried und Wolfratshausen wieder freizubekommen, sei in weite Ferne gerückt. Gemeinden würden gegen das Verteilsystem klagen und er wisse nicht mehr wohin mit den Flüchtlingen. Er sei auf die Unterstützung von Kommunen ebenso angewiesen wie auf jene von Investoren. Denn der Landkreis könne allein keine Unterkünfte bauen.

## Erhebliche Dissonanzen

Für erhebliche Dissonanzen hat die Unterbringung weiterer ukrainischer Flüchtlinge in Bad Griesbach im Landkreis Passau gesorgt. Der Stadtrat hat sich offiziell von Bürgermeister Jürgen Fundke (Überparteiliche Wählergemeinschaft) distanziert. Dieser hatte sich geweigert, 35 ukrainische Flüchtlinge registrieren zu lassen mit der Begründung, dass diese landkreisweit ungerecht auf die 38 Städte und Gemeinden verteilt würden und zudem Schulen und Kindergärten am Limit seien.

Das Landratsamt wies Fundke amtlich an, sich um die Registrierung zu kümmern. Der Bürgermeister aber ignorierte die Anweisung, woraufhin das Landratsamt dessen Stellvertreter Georg Greil (SPD/FWG) bevollmächtigte, sich um die Anmeldung zu kümmern. Dieser veranlasste die Registrierung unmittelbar. Die Anordnung, die Ukrainer nicht anzumelden, sei schlichtweg rechtswidrig gewesen, begründete Greil seine Entscheidung. Das Meldegesetz sei ein Bundesgesetz, da habe das Rathaus keinen Spielraum.

## Bürgermeister ducken sich weg

Der Rathauschef stellte fest, er sei nicht ausländerfeindlich und wolle nur auf die ungerechte Verteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen hinweisen. Bad Griesbach mit seinen knapp 9.300 Einwohnern beherberge schon zu viele Ukrainer. „Andere Bürgermeister ducken sich weg, das ärgert mich“, erklärte Fundke gegenüber BR24. Er selbst habe zwei ukrainischen Familien geholfen, in Bad Griesbach unterzukommen. Die Stadt bemühe sich. Bei der Asylbewerberunterkunft sei beispielsweise ein Anbau für weitere 28 Plätze genehmigt worden. Insgesamt könnten dort dann 108 Menschen wohnen. Zudem seien in einem ehemaligen Hotel etwa 100 Ukrainer untergebracht.

Rund 174.000 Ukrainer sind seit Kriegsbeginn nach Bayern geflohen. Die meisten kamen privat unter, nur ein kleinerer Teil zog in staatliche Einrichtungen. Wie der Freistaat sie an die Regierungsbezirke verteilt, ist Regierungsbereich klar geregelt nach einem Schlüssel, der die Einwohnerzahl und Steuerkraft berücksichtigt. Wie die Flüchtlinge in den Landkreisen verteilt werden, ist jedoch nicht festgelegt. **DK**

## GZ PINOS WELT

Letzte Woche war ja wieder einmal Weltspartag. Und zwar ein ganz besonderer, denn dieses Hochamt der Tugend der Sparsamkeit und Mäßigung feierte seinen 100. Geburtstag.

Gut, wenn man sich an den Erzählungen des Bürgermeisters von früher orientiert, dann hat der Tag doch rapide an Bedeutung verloren. Als Kind ging er mit der Spardose, die er das Jahr über mit großer Ernsthaftigkeit mit den Zwickeln für gute Schulnoten, den Fuchzigerln für das Tragen der Einkaufstüten der betagten Nachbarin oder dem Fünfer für einen ganzen Samstag mühevoller Gartenarbeit gefüttert hatte, zusammen mit seiner Mutter oder seinem Opa zur nahen Sparkassenfiliale. Opa war besser, denn wenn die Dose geöffnet, die Münzen gezählt und ein Endbetrag festgestellt wurde, hat er diesen immer großzügig auf ein in den Augen des Kindes von damals stattlichen Betrag aufgerundet.



che à la „Die Rente ist sicher“. Aber dass dies dem verderblichen Einfluss der Erziehung zur Sparsamkeit geschuldet sei, die im Weltspartagsgedöns ihren fatalen Ausdruck gefunden habe, ist eine ziemlich steile These.

Gut, Sparsamkeit mag in der öffentlichen Wahrnehmung keine Tugend mehr sein. Im letzten Jahrhundert galt der Satz von Franz Josef Strauß, wonach sich eher ein Hund einen Wurstvorrat anlegt, als dass die Sozis einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, als derber Scherz. Heute haben wir uns daran gewöhnt, dass die Berliner Haute Volée, ob rot oder grün, fordert, beim Metzger auch noch unbegrenzt anschreiben zu dürfen. Will der eine 200 – 300 Milliarden in einen Subventionsschuldentopf geben, fordert ein anderer 500 Milliarden und die nächste gar 600 Milliarden – jeweils Euro wohlgeremert. Dem Publikum raucht der Kopf, denn diese Summen sind schon längst nicht mehr konkret fassbar und sagen ja einfach nur: Lass uns heute ungehemmt das Zeug verjuxen, die Rechnung zahlen irgendwann Leute in der Zukunft (oder auch nicht).

## Sparsamkeit, die Basis des Wirtschaftens

Dieser wurde dem Sparbuch gutgeschrieben. Die Freude über die bei aller Begeisterung für das Ritual doch eher abstrakte Zahl wurde durch ein Geschenk konkretisiert, entweder ein Comicheft oder eine neue Sparbüchse oder – wohl in wirtschaftlich sehr guten Jahren – ein sparkassenrotes Modellauto.

Heute wird dem Weltspartag nicht mehr so entgegengefeiert und er wird in Zeiten der Umwandlung von Filialen in Selbstbedienungspavillons auch nicht mehr so zelebriert. Im Gegenteil war der Weltspartag dieses Jahr für einige Redakteure von Wirtschaftszeitungen oder Wirtschaftsbeilagen Anlass zu böser Polemik. Tenor: Dem unseligen Erbe des Weltspartages verdanken wir es, dass die Deutschen noch immer ein Volk der Renditevernichter sind, das von den gut 7,7 Billionen Euro Geldvermögen immer noch 3,3 Billionen Euro in Barschaft und Sichteinlagen, also faktisch unverzinst, hortet.

Gut, die Deutschen sind nicht die Cleversten beim Geldanlegen, das mag wahr sein. Zu wenig Aktien und Risikokapital, viel zu wenig Immobilieneigentum und viel zu viel Vertrauen in private und vor allem öffentliche Versicherungsansprü-

chen. Gott sei Dank ist diese Mentalität noch nicht in der Welt der normalen Leute angekommen. Noch ist es Brauch, normalerweises nicht mehr auszugeben, als man hat. Und eben zu sparen, was übrigbleibt. Davon zwei bis drei Nettogehälter jederzeit greifbar für Unvorhergesehenes. Und dann kann man auch mal in richtige Investments wie Aktien oder Fonds gehen, wobei man dann schnell feststellen wird, dass bei einer Abgeltungssteuer von 25 Prozent und nur 1.000 Euro Freibetrag man die Rendite doch zu einem arg großen Teil mit Vater Staat teilen muss, der kein Anlegerrisiko beim Steuereintreiben eingieht.

Ich finde jedenfalls, Sparsamkeit ist die Basis jedes Wirtschaftens – ob im Privaten oder beim Staat. Deshalb sollte man den Weltspartag hegen und achten, aber ihn beizeiten mit Finanzbildung ergänzen, damit die jungen (und auch älteren) Leute wissen, was sie tun, wenn sie sich an Aktien und Anleihen wagen – und eben auch keine Angst davor haben. Denn wie sagt es die Investorenlegende Warren Buffet so schön: „Risiko entsteht daraus, dass man nicht weiß, was man tut.“

## Ihr Pino



Gesundheitsregion Plus – Stadt und Landkreis Ansbach mit Innenminister Joachim Herrmann, Regierungspräsidentin Dr. Kerstin Engelhardt-Blum, Landrat Dr. Jürgen Ludwig und Oberbürgermeister Thomas Deffner.

Bild: Giulia Iannicelli

## Mittelfränkische Integrationspreise 2024:

# Nachhaltig und erfolgversprechend

Drei besonders gelungene, nachhaltige und erfolgversprechende Integrationsprojekte wurden von Innen- und Integrationsminister Joachim Herrmann und Regierungspräsidentin Dr. Kerstin Engelhardt-Blum in Nürnberg mit den Integrationspreisen für den Regierungsbezirk Mittelfranken ausgezeichnet. Dafür wurde ein Gesamtbetrag von 5.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Der 1. Preis ging an das „Netzwerk zur beruflichen Integration von Migranten mit Gesundheitsberufen“ (Gesundheitsregion plus – Stadt und Landkreis Ansbach). Dr. Gerd-Rüdiger Franke, Mediziner im Ruhestand, hatte die großartige Idee, ein Netzwerk zur Unterstützung von Geflüchteten mit Erfahrung in Gesundheitsberufen aufzubauen. In Zeiten des Fachkräftemangels, der gerade die Gesundheitsberufe besonders hart trifft, ist es gelungen, zusätzliche Fachkräfte zu finden und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Christin Löhner von der Geschäftsstelle der Gesundheitsregion griff diese Idee auf und übernahm die Koordination des Projekts. Geflüchtete

Menschen erhalten in der Zeit, in der sie auf die Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse warten, vor Ort Unterstützung beim Erwerb der deutschen Sprache und beim Kennenlernen ihrer Kommune.

Mit dem 2. Preis wurde das „Haus der Begegnungen“ (Förderverein für Integration und Integrationsstiftung) bedacht. Seit seiner Eröffnung im Frühjahr 2022 ist es zu einem festen Bestandteil in Schwabach geworden. Philosophie des Hauses ist es, Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Vereine dazu zu motivieren, ihre Ideen, Projekte und Aktivitäten in den Bereichen Integration, Inklusion, Demokratieförderung und gesellschaftlicher Zusammenhalt zu verwirklichen. Im Mittel-

punkt stehen der Austausch und die Begegnungen von Menschen unabhängig von ihrer Herkunft. Darüber hinaus wird im Haus der Begegnungen freiwilliges Engagement gefördert und unterstützt.

Über den 3. Preis durfte sich das „Theaterlabor Nürnberg“ freuen. Es schafft einen Raum für Schauspiel und Kunst, für Jung und Alt, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, inklusiv und partizipativ. Seit 2002 bringt es unter der Leitung von Irfan Taufik unterschiedlichste Menschen zusammen, eröffnet und ermöglicht neue Perspektiven für gegenseitiges Vertrauen und fördert Sprach-, Kultur- und Schauspielkenntnisse. Das Theaterlabor fungiert als sozialer Kitt für Nürnberg und leistet einen entscheidenden Beitrag für die Kunstszene und die Stadtgesellschaft.

Integrationsminister Herrmann lobte das vorbildliche Engagement der Preisträgerinnen und Preisträger: „Es trägt nicht nur zu einer erfolgreichen Integration bei, sondern auch zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, zu einem guten Miteinander der Kulturen und damit auch zum sozialen Frieden vor Ort.“ **DK**

Bürgerdialog „Pflege am Wendepunkt?“ im Landkreis Dachau:

## Landrat Löwl diskutiert Herausforderungen für die Pflege

Vor kurzem fand im Adolf-Hölzl-Saal der Bürgerdialog „Pflege am Wendepunkt?“ statt. Landrat Stefan Löwl lud Bürgerinnen und Bürger ein, um angesichts des demografischen Wandels und der damit verbundenen Herausforderungen in der Pflege über Rahmenbedingungen und Lösungsansätze zu diskutieren. „Wir müssen uns dringend und unmittelbar dem demografischen Wandel und dem Thema Pflege stellen“, betonte Löwl in seiner Eröffnungsrede.

Die Bevölkerung wird zunehmend älter: Bereits jetzt sind etwa 20 Prozent der Bewohner über 65 Jahre alt – und dieser Anteil wächst weiter. Damit steigt auch der Bedarf an Pflegeleistungen, während der Fachkräftemangel in der Pflegebranche trotz deutlicher Steigerung der finanziellen Attraktivität immer spürbarer wird. Die Belastungen für Pflegekassen und Sozialsysteme nehmen zu, was die Bedeutung einer frühzeitigen Strategie

zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur unterstreicht.

### Ergebnisse des bayernweiten Monitorings

Im Mittelpunkt des Abends stand der Vortrag von Prof. Dr. habil. Thomas Klie, der die Ergebnisse des bayernweiten Monitorings zum Pflegepersonalbedarf 2023 präsentierte. Die von der Vereinigung der Pflegenden in Bayern (VdPB) in Auftrag ge-

bene Studie liefert umfassende Einblicke in die Pflegeinfrastruktur, die Beschäftigungssituation und den Qualifizierungsbedarf in Bayern. Besonders betont wurden die regionalen Bedürfnisse und Herausforderungen des Landkreises Dachau auch im Vergleich zu anderen Landkreisen.

Prof. Klie wies darauf hin, dass die Pflege immer mehr in den Fokus der Gesellschaft rückt und nicht mehr als Tabu oder schambefahret betrachtet wird. Dies führt auch zu einer stärkeren Nutzung von Pflegegeldern und Zuschüssen sowie Beratungs- und Unterstützungsangeboten, obwohl die Anzahl der Pflegebedürftigen insgesamt stabil bleibt. Er zeigte zudem die Problematik des Fachkräftemangels auf: Ab 2028 wird es mehr Menschen geben, die aufgrund ihres Alters aus den Pflegeberufen aussteigen, als neue Fachkräfte hinzukommen.

### Aufgaben besser verteilen

Ein zentrales Problem sei, dass der Pflegealltag zunehmend von Verwaltungs- und Dokumentationsaufgaben geprägt sei, wo-

durch Fachkräfte weniger Zeit für die eigentliche Pflege hätten. Klie plädierte dafür, diese Aufgaben besser zu verteilen, sodass Fachkräfte sich wieder verstärkt auf die Pflege konzentrieren können. Aktuell mache jede Fachkraft alles. Die Strukturierung der Pflegeaufgaben und die kompetenzorientierte Zuordnung von Aufgaben wird daher künftig immer wichtiger.

### Notwendigkeit einer breiteren Unterstützung

In der anschließenden Podiumsdiskussion tauschten sich Expertinnen und Experten, mit den gut 50 Besucherinnen und Besuchern über mögliche Lösungsansätze aus. Neben Prof. Klie nahmen auch MdL Bernhard Seidenath als lokaler Stimmkreisabgeordneter und Gesundheitsexperte, Nina Fuchs (Leiterin des Pflegeheims Wollomoos) sowie Angela Hansmann-Goertz (ehem. Schulleiterin der Berufsfachschule für Pflege und Altenpflegehilfe des Franziskuswerks) an der Diskussion teil. Aber auch im Publikum waren viele Akteure der Pflegelandschaft im Landkreis Dachau anwesend. Themen wie die Verbesserung der häuslichen Pflege, die Entlastung pflegender Angehöriger und die Notwendigkeit einer breiteren Unterstützung durch die Politik standen im Fokus. Besonders hervorgehoben wurde die

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der ACP IT Solutions AG bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Notwendigkeit einer Anpassung des Entlastungsbetrags für pflegende Angehörige, der seit 2017 nicht erhöht wurde.

### Neustrukturierung muss erfolgen

Landrat Stefan Löwl fasste die wichtigsten Punkte zusammen: „Der Status des Pflegeberufs muss weiter aufgewertet werden. Der Beruf gibt viel zurück und ist ein sozialkritisch wichtiger Baustein unserer Gesellschaft.“ Gleichzeitig wies Löwl darauf hin, dass es unwahrscheinlich sei, in naher Zukunft mehr Pflegepersonal zu gewinnen. Stattdessen müsse mit den vorhandenen Fachkräften eine Neustrukturierung erfolgen, um den steigenden Bedarf zu bewältigen. Auch die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland sei eine wichtige, aber begrenzte Ressource, da strukturelle Barrieren noch immer sehr hoch sind.

### Besondere Herausforderung: Kurzzeitpflege

Nina Fuchs betonte, dass Personen, die in der Pflege arbeiten

wollen, auch die Möglichkeit dazu bekommen sollten. Eine besondere Herausforderung sei die Kurzzeitpflege, die pflegende Angehörige entlasten könnte, wofür jedoch mehr Plätze geschaffen werden müssten. Dr. Hansmann-Goertz unterstrich abschließend, dass die aktuellen Strukturen der Pflegeausbildung angesichts der kommenden Herausforderungen nicht länger tragfähig seien. Es sei dringend notwendig, die Pflegebranche neu zu denken und zu gestalten.

Der Bürgerdialog verdeutlichte, dass in der Pflege tiefgreifende Veränderungen notwendig sind. Diese Veränderungen erfordern nicht nur neue Konzepte, sondern vor allem die enge Zusammenarbeit aller Akteure im Landkreis – von Pflegeeinrichtungen über pflegende Angehörige bis hin zu Bildungsträgern. Auch die Unterstützung und Mitwirkung der Politik auf Landes- und Bundesebene ist entscheidend, um langfristige und nachhaltige Lösungen zu finden. Nur gemeinsam können die anstehenden Herausforderungen bewältigt und eine zukunftsfähige Pflegeinfrastruktur geschaffen werden. □

### Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22/2024, die am 21. November 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management, Ausstattung und Einrichtung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte, Weiterbildung
- Sicherheit, Brand- und Katastrophenschutz
- Freizeitanlagen und Tourismus

### Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL**  
BRUNNENSERVICE

www.etsch.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

### Energiedienstleistung



### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KÖSSINGER**

Länderfahnen  
Gemeindefahnen  
Maste  
Bekleidung  
uvm.

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling  
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171 / 9307-12  
steer.monika@gemeindezeitung.de

### Glasfaser / Glasfaserausbau

**GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.**  
Aus der Region. Für die Region.

**LEONET.DE**

### Highspeed-Internet der NetCom BW

[www.netcom-bw.de](http://www.netcom-bw.de)

**T GLASFASER**  
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

### Glasfaser / Glasfaserausbau

**UG UNSERE GRÜNE GLASFASER**

**Grünes Licht für Glasfaser.**

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

**0800 410 1 410**

Unsere Grüne Glasfaser  
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning  
unseregrueneglasfaser.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171 / 9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Informationssicherheit und Datenschutz

**Daten schützen.**

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO  
ext. DSB  
ext. ISB  
LSI-Siegel  
BSI Kommunal  
CISIS12  
Schulungen  
eLearning

### Kommunalberatung

**KUBUS**  
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin  
0385/30 31-251  
info@kubus-mv.de

Standort München  
089/44 235 40-00  
bayern@kubus-mv.de

[www.kubus-mv.de](http://www.kubus-mv.de)

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

**BUCHER municipal**  
Driven by better



### Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

### Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) **Bayern Labo**

Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Kommunalfinanzierung

**KFB Leasfinanz GmbH**  
Kommunaler Mietkauf  
Kommunales Leasing  
für Mobilien und Immobilien  
[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



Kommunen **kompetent** erreichen:  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

### Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

- **Nachrüstbar im laufenden Betrieb**
- **Montage vor Ort durch modulare Bauweise**
- **Keim- und schadstoffübertragungsfrei**
- **Werkseitiger Kundendienst**
- **Systemverantwortung durch Gesamtplanung**

**Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):**  
Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

**SEW® GmbH**  
[www.sew-kempen.de](http://www.sew-kempen.de) **SEW®**

### Weihnachtsbeleuchtung

**weihnachtsbeleuchtung**  
beratung • planung • vertrieb  
grünware • lichtschlauch • led

**deko-jochum**

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
deko-jochum@t-online.de  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Wir liefern in **8-14 Tagen** - und das bis kurz vor Weihnachten!



# VIRTUELLES BÜRGERBÜRO

Ein Baustein zur digitalen Behörde.

IT for innovators.

## In Kontakt bleiben - auch virtuell

### Herausforderungen

In der modernen Verwaltung steht die Herausforderung, die Bürgererfahrung zu verbessern und gleichzeitig zu digitalisieren, im Mittelpunkt. Ein virtuelles Bürgerbüro bietet eine Lösung, indem es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht wird, ihre Anliegen und Anträge bequem von jedem Ort aus online zu erledigen, ohne persönlich vor Ort sein zu müssen. Diese digitale Innovation reduziert Wartezeiten und unterstützt etablierte Prozesse. Das Ergebnis ist eine effiziente Verwaltung und eine gesteigerte Zufriedenheit sowohl bei den Bürgern als auch bei den Verwaltungsmitarbeitern.

### Mehr als nur eine Videokonferenz

Am Beispiel einer Kommune haben wir eine individuelle Softwarelösung entwickelt, die es dem Bürger und dem Sachbearbeiter ermöglicht, in einer personalisierten Videokonferenz unkompliziert den kompletten Behördengang abzuwickeln. Teilen von Inhalten wie Bebauungspläne oder Urkunden und auch das gemeinsame Befüllen von Dokumenten ist bequem von zu Hause aus möglich.

### Als wäre man direkt vor Ort

Die Nutzeroberfläche ist auf beiden Seiten so einfach gestaltet, dass wenige Mausklicks zum Ziel führen. Für den Besucher beginnt der Behördengang auf der Homepage des Amtes. Hier findet er eine Übersicht aller Bereiche mit entsprechenden Öffnungszeiten. Im virtuellen Wartebereich ist sofort ersichtlich, ob der Schalter gerade frei ist oder wie viele Personen noch vor ihm warten. Der Mitarbeiter selbst kann per Mausklick den Besucher in sein virtuelles Büro einlassen.

### Ihre Vorteile

Die DSGVO konforme Lösung ist für den Bürger komplett kostenfrei, es braucht nur einen Laptop, Tablet, PC oder Smartphone.

Seit über 3 Jahren bei Kunden weltweit im Einsatz.

Hier kostenlos testen!



ACP IT Solutions AG  
 Brückenstraße 34  
 94051 Hauzenberg  
 vbb.hzb@acp.de  
 www.parbeiterkehr.de

**Virtuelles Bürgerbüro**  
 „Herzlich Willkommen in unserer Kommune. Bitte wählen Sie durch einen Mausklick Ihren gewünschten Gesprächspartner.“

**Bauamt**

Montag von 9-16 Uhr  
 Dienstag von 9-16 Uhr  
 Donnerstag von 14-16 Uhr

Büro geöffnet und frei

Büro betreten

**Einwohnermeldeamt**

Dienstag von 9-16 Uhr  
 Mittwoch von 9-11 Uhr  
 Donnerstag von 14-16 Uhr

Büro geöffnet und besetzt

Büro betreten

**Suchtberatung & Prävention**

Dienstag von 9-11 Uhr  
 Mittwoch von 9-11 Uhr  
 Donnerstag von 14-16 Uhr

Büro ist geschlossen

Termin vereinbaren